

aber in der Heide wohnen und starb als überzeugter Gegner der Nationalsozialisten in dem einst von ihm gegründeten Krankenhaus. Die jüngste Tochter dieses großen Forstmannes, Dr. Anna-Josepha Freiin Speck v. Sternburg/Bonn, stand dem Verf. mit Rat und Auskünften zur Seite und hat viel zum Entstehen des Buches beigetragen, was sehr charmant vermerkt wird (S. 131, 225).

Gautschi betont auch die Verdienste von Kaiser Wilhelm II. um das deutsche Jagd- und Forstwesen sowie insbesondere um die Rominter Heide (S. 100–108), in die er sehr viel eigene Mittel investierte; seine Jagdgewohnheiten werden aus zeitgenössischer Quelle sehr lebendig dargestellt (S. 166–176). Diese Passionen des Monarchen gehören zu den positiven Seiten seiner facettenreichen und schwer zu beurteilenden Persönlichkeit, die sonst leider häufig verschwiegen, hier aber von neutraler Feder gerecht und angemessen gewürdigt werden. Daß auch Hermann Göring als Reichsjägermeister vorkommt, liegt in der Natur der Sache. Auf sein Wirken wird sehr ausführlich eingegangen (S. 110–121 und öfter), was auf seiner übergroßen Jagdleidenschaft, die mit spießigem Neid gepaart war, beruht und damit auch zu begründen ist. Trotzdem wäre hier vielleicht weniger mehr gewesen. Dafür hätte über die Zeit der Weimarer Republik mehr als nur eine halbe Seite (S. 109) ausgeführt werden müssen; schließlich war der langjährige preußische Ministerpräsident Otto Braun selbst Ostpreuße und ein begeisterter Jäger, ein Steckenpferd, das ihn lange Zeit mit Reichspräsident v. Hindenburg verband und mit diesem eine Vertrauensbasis finden ließ. Gerechert werden auch die Bemühungen des polnischen Staates um den Wiederaufbau eines Teiles der Rominter Heide geschildert und die Verdienste des dort seit 1968 wirkenden Oberförstere Andrzej Krajewski/Szittkehen und Goldap betont.

Ein ausführliches Literaturverzeichnis und der Personen- und Ortsindex runden dieses sehr lezenswerte und schöne Buch ab, das ein wichtiger Beitrag zur Geschichte Ostpreußens und des deutschen Jagd- und Forstwesens ist.

Ludwig Bieber

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 32/1994

ISSN 0032-7972

Nr. 1

INHALT

Jarosław Wenta, Über die ältesten preußischen Annalen, S. 1 – Bernhart Jähnig, Amtsrechnungen und andere Akten der Kriegs- und Domänenkammern des Historischen Staatsarchivs Königsberg im Kaliningrader Gebietsarchiv, S. 16 – Buchbesprechung S. 30.

Über die ältesten preußischen Annalen

Von Jarosław Wenta

Man braucht niemanden davon zu überzeugen, daß die im preußischen Deutschordensstaat entstandene mittelalterliche Geschichtsschreibung ein überaus interessantes Forschungsgebiet darstellt. Die beträchtliche Zahl der erhaltenen, aus verschiedenen Zeiträumen stammenden Denkmäler führt dazu, daß auf die von uns formulierten Fragen endgültige Antworten nicht so schnell gefunden werden. Wir finden kaum eine historiographische Quelle, die nicht mindestens einmal im Laufe des vorigen und gegenwärtigen Jahrhunderts in der Wissenschaft diskutiert worden ist. Trotz dieser Erörterungen darf unser Wissen über die Geschichtsschreibung in Preußen noch lange nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden. Mehr als hundert Jahre nach dem Abschluß der wichtigsten Quellenedition, der fünfbandigen monumentalen Veröffentlichung „Scriptores rerum Prussicarum“, sind noch viele Fragen ohne Antwort geblieben. Was wir heute über die preußischen Annalen und Chroniken wissen, beruht größtenteils auf den Untersuchungen der im 19. Jahrhundert tätigen Wissenschaftler.

In den Forschungen über die Annalistik in Preußen bilden die sog. ältesten preußischen Annalen eines der noch nicht endgültig gelösten Probleme. Max Toeppen, gemeinsam mit Johannes Voigt der Entdecker und zugleich erste Herausgeber dieser Quelle, hat sich auf eine wahrscheinlich aus dem Ende des 13. oder dem Anfang des 14. Jahrhunderts stammende Handschrift gestützt, die sich im Königsberger Staatsarchiv befand und aus der Klosterbibliothek der Zisterzienser in Pelplin stammte¹.

¹ Annales Pelplinenses, hrsg. v. M. Toeppen, in: Scriptores rerum Prussicarum (im folgenden abgekürzt: SRP), Bd. I, Leipzig 1861 (Ndr. Frankfurt a.M. 1965), S. 270. Historische Notizen über den Burgen- und Städtebau in Preußen und verschiedene Schlachten, in: Codex diplomaticus Prussicus, hrsg. v. J. Voigt, Bd. VI, Königsberg 1861 (Ndr. Osnabrück 1965), Nr. 1.

Kommissionsverlag: Elwert'sche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 35037 Marburg (Lahn)

Manuskriptensendungen sind zu richten an:

Dr. Stefan Hartmann, Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Archivstraße 12–14, 14195 Berlin, oder
Dr. Klaus Neitmann, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, An der Orangerie 3, 14469 Potsdam

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Forschungsrates

Herstellung: Karlheinz Stahringer, 35085 Ebsdorfergrund

Toeppen vertrat die Auffassung, daß diese Handschrift eine direkt vom Original gemachte Abschrift darstelle. Die wenig später erfolgte Entdeckung eines ähnlichen Textes im Wiener Deutschordenszentralarchiv hat neues Licht auf die Herkunft der ältesten Annalistik im Deutschordensstaat sowie auf die ursprüngliche Gestalt der Annalen geworfen. Ernst Strehlke legte seiner Veröffentlichung der Quelle, die er „Kurze Preußische Annalen“ nannte, die 1514 aus einer älteren Handschrift von Johann Melhorn von Weissbach in Königsberg angefertigte Abschrift zugrunde². Nach der Strehlkeschen Edition, noch im selben Jahr, hat Wilhelm Arndt beide veröffentlichte Texte zusammengestellt und zweifelsfrei nachgewiesen, daß sie Kopien desselben annalistischen Werkes sind³. Als Strehlke sich mit grundsätzlichen, mit der Edition verbundenen Problemen auseinandersetzte, hat er einige Thesen über Entstehungsort, -zeit sowie über das Verhältnis der Handschriften zueinander formuliert. Nach ihm sind die ältesten preußischen Annalen ursprünglich in der lateinischen Sprache abgefaßt worden, möglicherweise in Thorn. Der letzte Teil der Annalen sei vielleicht ein Auszug aus einer umfassenderen Quelle gewesen, aber wahrscheinlicher handele es sich dabei um Originalnotizen⁴. Strehlkes Auffassung hat den Beifall aller Wissenschaftler, die sich mit der Annalistik im Deutschordensstaat befaßten, gefunden. Otto-Lorenz hat alle Schlußfolgerungen Strehlkes und Toeppens ohne Vorbehalte akzeptiert⁵.

Für die Befestigung dieser Auffassungen hat ihre Übernahme und Weiterentwicklung durch Max Perlbach eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Perlbach, einer der verdientesten Erforscher der Geschichte des Deutschordensstaates, hat die Thorner, Kulmseer⁶ sowie die ältesten preußischen Annalen und die Chronik Peters von Dus-

² Kurze Preußische Annalen 1190–1337, hrsg. v. E. Strehlke, in: SRP, Bd. III, Leipzig 1866 (Ndr. Frankfurt a.M. 1965), S. 1–4.

³ Annales Prussici breves, ed. W. Arndt, in: MGH SS, Bd. XIX, Hannover 1866, S. 693–695.

⁴ Siehe Anm. 2.

⁵ O. Lorenz, Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter seit der Mitte des 13. Jahrhunderts, Bd. II, Berlin 1877 (Ndr. Graz 1966), S. 202.

⁶ Franciscani Thorunensis Annales Prussici (941–1410), hrsg. v. E. Strehlke, in: SRP, Bd. III (wie Anm. 2), S. 57–316; zum Forschungsstand vgl. Annales Thorunenses, Annales Thorunenses (excerpta), Annales Fratrum Minorum Thorunenses, in: Repertorium fontium historiae medii aevi, Bd. II, Fontes A–B, Romae 1967, und letztens: J. Wenta, Über die Notwendigkeit einer Neuausgabe der Annalen für das Gebiet des Deutschordenslandes, in: Werkstatt des Historikers der mittelalterlichen Ritterorden. Quellenkundliche Probleme und Forschungsmethoden, hrsg. v. Z. H. Nowak (Ordines militares. Colloquia Torunensia Historica, Bd. IV), Toruń 1987, S. 185–192. Die Kulmseer Annalen kennen drei Ausgaben: Chronica terrae Prussiae 1029 (sc. 1098)–1450, hrsg. v. E. Strehlke, in: SRP, Bd. III, S. 465–471. Annales terrae Prussiae 1029–1450, ed. W. Arndt, in: MGH SS, Bd. XIX (wie Anm. 3), S. 691–693. Chronica terrae Prussiae, hrsg. v. W. Kętrzyński, in: Monumenta Poloniae Historica, Bd. IV, Lwów 1884, S. 31–40. Zum Forschungsstand vgl. Annales Culmensenses, in: Repertorium fontium historiae medii aevi, Bd. II, S. 271, und letztens Wenta (s.o.).

burg zusammengestellt⁷. Auf Grund der in der Chronik Dusburgs vorhandenen größeren Zahl von Jahresdaten hat er angenommen, daß in Dusburgs Zeit Annalen mit ausführlicheren Informationen existiert haben müssen; Peter von Dusburg kennt 42 Jahresdaten bis zum Jahr 1289 und damit mehr, als wir den heute überlieferten Annalen entnehmen können⁸. Die Schlußfolgerungen Perlbachs wurden von Gerard Labuda übernommen und weitergeführt. Seine Untersuchungen entsprangen der Absicht, die ältesten polnischen Annalen in einer Weise, die den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprach, herauszugeben⁹. Labuda stellte fest, daß die Pelpliner Annalen eine Kopie und ein Auszug aus dem Archetyp sind und daß sie in bezug auf die Handschrift Johann Melhorns sowie die Urannalen eine gekürzte Fassung darstellen. Der von Strehlke herausgegebene Auszug habe den Text, hingegen hätten die Pelpliner Annalen die ursprüngliche Gestalt der Annalen in zwei Spalten besser aufbewahrt¹⁰. Labuda meinte, daß Peter von Dusburg einen umfangreicheren Text benutzt hat und daß die uns heute bekannten Redaktionen die ältesten preußischen Annalen nicht im Ganzen aufbewahrt haben¹¹. Von Bedeutung ist für uns sein Vorschlag, die Chronik Peters von Dusburg und die Werke des Simon Grunau eingehender zu untersuchen, um daraus die ursprüngliche und vollkommene Gestalt der ältesten preußischen Annalen zu gewinnen¹².

Die Ergebnisse der Untersuchungen Labudas wurden von Marzena Pollakówna akzeptiert. Die Liste der Informationen, deren annalistische Herkunft Perlbach festgestellt hatte, ergänzte sie noch um zwei weitere. Die erste betrifft das Ende des Krieges zwischen Swantopolk und dem Deutschen Orden, und die zweite bezieht sich auf den Tod Swantopolks¹³. Bevor man dieser Meinung zustimmt, sollte man den möglichen Widerhall pommerellischen Quellen in Dusburgs Chronik in Betracht ziehen, der Pelpliner, Olivaer, Zuckauer Nekrologe oder anderer Formen nicht unbedingt historiographischen Charakters. Pollakówna hat mit Recht festgestellt, daß die Abhandlung von Labuda die Schlußfolgerungen aus den Forschungsergebnissen der älteren Wissenschaft gezogen habe¹⁴. Die letzte Arbeit Labudas, die sich den preußischen Annalen und Chroniken widmet, ist der in der kritischen Auseinandersetzung mit Pollakówna

⁷ Petri de Dusburg Chronicon terrae Prussiae, ed. M. Toeppen, in: SRP, Bd. I (wie Anm. 1), S. 3–219. Zuletzt dazu J. Wenta, Kronika Piotra z Dusburga a dzieje Zakonu Krzyżackiego zawarte w Kronice oliwskiej [Die Chronik Peters von Dusburg und die Geschichte des Kreuzritterordens, die in der Chronik von Oliva enthalten ist], in: Studia Zródłoznawcze, Bd. XXV, 1980, S. 121 ff. Dort auch der Verlauf der Diskussion über diese Quelle.

⁸ M. Perlbach, Zu Peter von Dusburg, in: Ders., Preußisch-polnische Studien, H. 2, Halle 1886, S. 101–103.

⁹ G. Labuda, Studia nad annalistyką pomorską z XIII–XV w. [Studien über die pommerische (pommerellische) Annalistik im 13.–14. Jh.], Teil 1, in: Zapiski Towarzystwa Naukowego w Toruniu, Bd. XX, 1954, H. 1–4, S. 101.

¹⁰ Ebd., S. 104–107.

¹¹ Ebd., S. 110 f.

¹² Ebd., S. 113 f.

¹³ M. Pollakówna, Kronika Piotra z Dusburga, Wrocław 1968, S. 119 f.

¹⁴ Ebd., S. 106 f.

entstandene Artikel. Er trifft hier die für uns wichtige Feststellung, daß Peter von Dusburg nach dem Jahre 1289 nicht unbedingt und grundsätzlich Zeugenaussagen als Quelle benutzt hat; die Autopsie könnte eine bedeutende Quelle gespielt haben. Man wird auch seine Bemerkung, daß der Zeitpunkt der Trennung der Texte der ältesten preußischen Annalen und der Chronik voneinander nicht sicher ist und daß der Inhalt des sog. Supplementum gewisse Übereinstimmungen mit den Annalen aufweist, zu schätzen wissen¹⁵. Interessant ist auch die von Pollakówna beobachtete Tatsache, daß sowohl Jahres- als auch Tagesdaten noch nach dem Jahre 1289 auftreten¹⁶.

Aus den referierten Untersuchungen über die ältesten preußischen Annalen sowie über die Chronik Peters von Dusburg ergibt sich, daß eine umfangreichere als die überlieferte Form der Annalen angenommen wird. Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Aufgabe, den Charakter der annalistischen Quellen der Annalen, der Chroniken Peters von Dusburg sowie Detmars von Lübeck, der ebenfalls preußische Quellen benutzt hat¹⁷, festzustellen. Man darf auch nicht vergessen, den Weg zu ergründen, auf dem die aus den Annalen stammenden Elemente die Chronik Simon Grunaus erreicht haben. Diese Fragestellungen beinhalten das Ziel, die Verbindungen zwischen den annalistischen Quellen der Chroniken nachzuweisen und ferner den Umfang der in diesen Quellen enthaltenen Informationen zu bestimmen. Es ist der einzige Weg, ein Bild der ursprünglichen Annalen zu ermitteln sowie deren Rolle für die Gestaltung der historischen Tradition im Preußen des Deutschen Ordens zu schildern.

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Analysen ihren Ausgang von den als Pelpliner Annalen bzw. als Kurze Preußische Annalen bekannten Denkmälern nehmen sollten. Obwohl wir entgegen dem Anschein heutzutage über keine genaue Charakteristik dieser Annalen verfügen, sind wir in einer guten Lage, weil wir über neue Handschriften verfügen. Wie eingangs erwähnt, sind bislang zwei Handschriften herausgegeben worden, die sowohl von den Herausgebern als auch von Gerard Labuda in seinen Studien über die pommersche Annalistik besprochen worden sind; dabei entstammen die Pelpliner Annalen der ältesten Handschrift. Von den zwei bisher unbekanntesten Handschriften befindet sich die eine im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz zu Berlin. Sie trägt die Signatur Ordensfoliant (OF) 296, ist aus Papier des Formates 30x24 cm, eingefasst in Pergament. Beschrieben sind die Seiten 1a bis 20a, der Rest ist leer. Die Handschrift stammt aus der Zeit des Hochmeisters Friedrich von Sachsen (1498–1510). Der Schreiber hat die folgenden Teile vereinigt:

1. Diss seint gewessenn hoemeisters des teutschen ordens bruder (S. 1a–2b).

¹⁵ G. Labuda, O źródłach „Kroniki Pruskiej“ Piotra z Dusburga, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1971, H. 2/3, S. 217–243, hier S. 228, dt. u. d. T.: Zu den Quellen der »Preußischen Chronik« Peters von Duisburg, in: Der Deutschordensstaat Preußen in der polnischen Geschichtsschreibung der Gegenwart, hrsg. v. U. Arnold u. M. Biskup (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 30), Marburg 1982, S. 133–164, hier S. 147.

¹⁶ M. Pollakówna (wie Anm. 13), S. 124.

¹⁷ Detmar Chronik, in: Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis 16. Jahrhundert, Bd. XIX, Leipzig 1884, S. 343.

2. Ad illustrissimum principem d.d. Fridericum Saxoniae ad manorum fratrum magistrum generalem dignissimum (S. 3a–3b).

3. Anfang der schlosser und stete teutschs ordens (S. 5a–5b).

4. Diesse hienachgeschriebenen seint die teutschen velche Marienburg das schlos und stadt verkawfft habenn (S. 6a–7a).

5. Vorpuntnus brief der Prewsen (S. 7b–10a).

6. Hirnach volgen dies ordens priuilegia so hinderm stiftt zu Magdeburg ligen (S. 12a–20a).

Die Seiten 4a bis 4b sowie 10b bis 11b sind leer. Den ersten Teil der Handschrift macht das Verzeichnis der Hochmeister aus, das bis Friedrich von Sachsen reicht. An dessen Ende ist später eine Information über Albrecht von Hohenzollern angefügt worden. Hinter Nummer 2 verbirgt sich ein lateinisches Gedicht, hinter Nummer 3 unsere ältesten preußischen Annalen.

Die zweite bislang unbekannteste Überlieferung wird in der Universitätsbibliothek in Uppsala unter der Signatur Biblen. Latin. N.T. 55:104 aufbewahrt. Sie ist ein Bestandteil des Druckes „Novi Testamenti totius editio longe, optima et accuratissima“, Basilea 1523. Die Provenienz gibt die Notiz an: „Liber Johannis Langij plebanii Heilspurgensis“¹⁸. Der für uns interessante Text steht auf der Seite 9a. Er ist im Unterschied zum vorigen Text nicht in deutscher, sondern in lateinischer Sprache abgefaßt.

Die wesentlichste Frage, zugleich der Schlüssel zur Lösung anderer Probleme, ist die nach der inneren Konstruktion der ältesten preußischen Annalen. Nur auf dieser Grundlage kann man feststellen, welcher der uns heute bekannten Texte dem verlorenen Urtext am nächsten steht. Wir wissen, daß wir in den beiden edierten Texten mit den Spuren der ursprünglichen Anordnung der Vermerke in zwei Kolonnen zu tun haben. Die beiden Spalten bildeten einzelne selbständige chronologische Einheiten. Wie man annehmen kann, umfaßte die erste Vermerke aus den Jahren 1190 bis 1270 und die zweite solche aus den Jahren 1115 bis 1293. Zwischen den Pelpliner Annalen und den Kurzen Preußischen Annalen besteht jedoch ein gewisser Unterschied. Vier Vermerke, die wir in den Pelpliner Annalen in der ersten Kolonne finden, erscheinen in den Kurzen Preußischen Annalen in der zweiten Kolonne¹⁹. Eine genaue Untersuchung der Pelpliner Annalen läßt vermuten, daß wir es hier mit zwei ursprünglich verschiedenen annalistischen Ganzheiten zu tun haben. Die kurzen Vermerke haben sicherlich dazu beigetragen, daß man zwecks Ersparnis wertvollen Schreibmaterials die beiden Texte auf ein Blatt umgeschrieben hat. In diesem Umstand kann man keine Absichten zur Redaktion von Annalen auf Grund anderen, älteren Materials erkennen, sondern wir haben es hier mit einer rein mechanischen Tätigkeit zu tun. Aber es ist auf diese Weise zur Bildung einer neuen Ganzheit, die man als die ältesten preußischen Annalen bezeichnet, gekommen.

¹⁸ Vgl. die nicht besonders präzise Beschreibung bei Cz. Pilichowski, Nieznane Polonica w bibliotekach szwedzkich [Unbekannte Polonica in schwedischen Bibliotheken], Gdańsk 1962, S. 83 f.

¹⁹ Vgl. die Bemerkungen von M. Toeppen (wie Anm. 1), S. 270.

Das erste annalistische Werk beginnt mit dem Datum 1190, dem Jahr der Gründung des Deutschen Ordens, bezeichnend für dessen historische Tradition. Die Annalen bestehen aus 16 Vermerken, die sich überwiegend auf den Festungsbau in Preußen beziehen, was ihnen ein charakteristisches Gepräge verleiht. Die übrigen Informationen betreffen die durch das Ordensheer sowie die Kreuzfahrer geführten Kämpfe in der Zeit der Eroberung des heidnischen Preußen. Man bezeichnet dieses Denkmal am besten als eine Chronik der Eroberung Preußens.

Der Vergleich der die Jahre 1115 bis 1293 umfassenden Annalen mit den eben besprochenen Informationen erlaubt die Schlußfolgerung, daß sich ihr Verfasser auf andere Angelegenheiten konzentrierte, nämlich vor allem auf die zu den Kreuzzügen nach Preußen gekommenen Gäste. Viel wird über das Interesse sowie die Grundlage, auf der das Denkmal entstanden ist, durch die eröffnende Information verraten. Das Datum 1115 – die Schlacht am Welfesholz – entstammt mit Sicherheit einer Quelle niedersächsischer Herkunft²⁰. Daraus ist abzuleiten, daß unser Text auf der Grundlage eines älteren, nach Preußen mitgebrachten annalistischen Werkes niedersächsischer Wurzel abgefaßt wurde. Er knüpft an die Ostertafeln, den Kalender sowie an die darin notierten, mit einem bestimmten Machtzentrum verbundenen Ereignisse an. Die Gäste weisen auf den Hof des preußischen Landmeisters und auf dessen Kanzlei hin. Den Wohlklang der inneren Struktur dieser Annalen stören am Schluß drei Informationen, die den Festungsbau und die Gründung von Städten in Preußen betreffen und in ihrer Form an die Vermerke der Annalen von 1190 bis 1270 erinnern. Indem sie sich am Ende der Annalen von 1115 bis 1293 befinden, bilden sie unter stilistischem wie thematischem Aspekt eine gesonderte Gruppe. Man sollte diese Vermerke als einen Versuch betrachten, beide annalistische Ganzheiten fortzuführen, der Fortsetzer hätte sich dabei, die Richtigkeit unserer Interpretation vorausgesetzt, von der Form der ersten Annalen beeinflussen lassen.

Bei einer solchen Deutung der Pelpliner und der Wiener Handschriften darf man vermuten, daß die Gestaltung beider Annalen in zwei Kolonnen auf einem Blatt dem Original entsprach. Für das Original sollte man in diesem Fall die Handschrift halten, in welche die beiden früher voneinander unabhängigen Annalen zusammen umgeschrieben wurden. Die ersten Annalen werden in der uns bekannten Gestalt etwa um das Jahr 1270 entstanden sein, wie ihr chronologischer Umfang vermuten läßt. Die zweiten Annalen werden demnach um 1272 verfaßt worden sein. Der unter diesem Datum enthaltene Vermerk betrifft die Ankunft des Markgrafen von Meißen in Preußen, damit wird die unter stilistischem wie thematischem Aspekt einheitliche Reihe der Informationen abgeschlossen. Es kann angenommen werden, daß die beiden Annalen zwischen 1272 und 1282 in eine Handschrift, auf ein Blatt umgeschrieben worden sind. Unter dem letzteren Datum erscheint nämlich der Vermerk, der den Bau der ersten der drei am Ende erwähnten Festungen behandelt²¹. Wenn die hier vorgestellte Interpretation der Texte richtig ist, dann bilden die drei die Jahre von 1282 bis 1293

²⁰ Vgl. G. Labuda, *Studia* (wie Anm. 9), S. 12.

²¹ *Annales Pelplinenses* (wie Anm. 1), S. 271.

umfassenden Vermerke eine Fortsetzung, die schon nach der gemeinsamen Umschreibung beider Annalen auf ein Blatt entstanden ist.

Für die Bestätigung dieser Annahmen ist ihre Gegenüberstellung mit dem Text der Kurzen Preußischen Annalen erforderlich. Wie schon erwähnt, weisen diese in bezug auf die Pelpliner Annalen sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede auf. In den Kurzen Preußischen Annalen ebenso wie in den Pelpliner Annalen können wir zwei grundsätzliche Bestandteile unterscheiden. Der erste Teil umfaßt die Jahre von 1190 bis 1270 und der zweite die Jahre von 1232 bis 1293. Dabei ist die Änderung des chronologischen Bereichs des zweiten Teils im Vergleich mit den Pelpliner Annalen dadurch verursacht worden, daß der Kampf bei „Welpesholt“, der in den Pelpliner Annalen unter 1115 auftaucht, in den Kurzen Preußischen Annalen unter 1250 zu finden ist. Dieses neue Datum hat wahrscheinlich die Verschiebung des Vermerkes in die Mitte der Ganzheit verursacht²². Ein zusätzlicher Beweis ist die Korrektur im Text der Handschrift OF 296, wo das Datum 1250 in 1280 verbessert wurde.

Diese Beobachtungen lassen die Vermutung zu, daß in den Kurzen Preußischen Annalen im Vergleich zu der originären Handschrift einige Veränderungen vorgenommen wurden. Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand, daß die Pelpliner Annalen unter den Gesichtspunkten der wörtlichen Datumsangaben, der Sprache und der chronologischen Struktur dem Original näher stehen. Die Spur für die ursprünglich deutsche Sprache der Annalen bildet der Eintrag unter dem Jahr 1115. Höchstwahrscheinlich wurde die wörtliche Fassung des Datums – tulent hundred und funfzehn jar – in ihrem Endteil deformiert und infolge eines lapsus linguae als fünfzig geschrieben. Da diese Information nach der Einordnung aller Vermerke der linken Seite in einer Reihe nach dem Vermerk über den Bau von Lochstedt im Jahre 1270 auftaucht, erscheint die Umänderung von hundert auf zweihundert verständlich. Der Kopist oder Redakteur hat wahrscheinlich einen Fehler seiner Vorlage angenommen, weil er nur über eine Notiz aus dem 12. Jahrhundert und dazu noch ausgerechnet in der Mitte von lauter Daten aus dem 13. Jahrhundert verfügte. Einen paläographischen Irrtum im Bereich der römischen Zahlen sollte man ausschließen, da es schwerfällt, eine Erklärung für die Möglichkeit eines derartigen Fehlers zu finden. Ein zusätzlicher Beweis ist die Veränderung des Fehlers von 1250 (hunderte) auf 1290 auf Grund des früheren Datums 1270 im OF 296.

Auf die größere Nähe der Pelpliner Annalen zu dem Original weist ferner die Einordnung der Vermerke im ersten Teil der Kurzen Preußischen Annalen hin. In den Pelpliner Annalen findet sich das Datum 1247 zwischen den Vermerken über die Jahre 1233 und 1237. In den Kurzen Preußischen Annalen wurde das Ereignis gemäß der chronologischen Reihenfolge verschoben. Möglicherweise rührt der Vermerk über die Gründung Marienburgs, der in den Kurzen Preußischen Annalen enthalten ist und der in den Pelpliner Annalen fehlt, von der Tätigkeit einer solchen Person, die den Text der Annalen „in Ordnung gebracht“ hat, her. Die Marienburger Notiz taucht unter dem Datum 1281 auf und leitet die Fortsetzung ein. Aus der Feststellung, daß die Kur-

²² Vgl. M. Perlbach, *Die ältesten preußischen Annalen*, in: Ders., *Studien* (wie Anm. 8), S. 78.

zen Preußischen Annalen einen „geordneten“ Text darstellen, kann man die Konsequenz ziehen, daß der Kopist in diesen Annalen vier Vermerke aus den Jahren 1190 bis 1270 in die Gruppe der Vermerke aus den Jahren 1115 bis 1293 eingeschoben hat. Obwohl die Pelpliner Annalen dem Original am nächsten stehen, darf man die Möglichkeit nicht ausschließen, daß die Kurzen Preußischen Annalen manche Vermerke in einer richtigeren und vollkommeneren Form aufbewahren. Als Beispiel dient uns hier der die Ankunft des Landgrafen von Thüringen und des Fürsten von Braunschweig in Preußen betreffende Eintrag²³.

Kurze Preußischen Annalen, S. 3

Do der lantgrafe von Doringen und der herzogk von Braunschwigk woren zu Preussen, ym MXX und LXV.

Pelpliner Annalen, S. 271

Da der lantgreue und der herzoge zu Preusen waren, tusent zwiehundert vunf und sechzec.

Die Kurzen Preußischen Annalen verfügen über einen weiteren für uns interessanten Teil, über den sich bereits Gerard Labuda geäußert hat. Nach seiner Meinung soll der Verfasser der Thorner Annalen eine Fassung der Preußischen Annalen benutzt haben, die bis zum Jahre 1331 reichte²⁴. Der Schluß der Kurzen Preußischen Annalen umfaßt sieben, gelegentlich sehr umfangreiche Vermerke, die von 1311 bis 1337 reichen. Es ist zuzugestehen, daß die den Kreuzzug Johanns von Luxemburg nach Preußen und den Überfall Władysław Łokieteks auf das Kulmerland betreffenden Informationen einige Ähnlichkeiten aufweisen. Es fällt somit schwer auszuschließen, daß der Autor der Thorner Annalen an dieser Stelle die in der Fortsetzung der ältesten preußischen Annalen enthaltenen Informationen nicht benutzt hat. Man darf jedoch die deutlichen Unterschiede, die die beiden Texte voneinander trennen, nicht vergessen. Um die obigen Schlußfolgerungen anerkennen zu können, ist es erforderlich, den Text der Thorner Annalen unter dem Gesichtspunkt der Aneignungen aus den vorstehend analysierten Denkmälern zu untersuchen. Gerard Labuda, der das Vorhandensein breiterer Informationen im Archetyp der ältesten preußischen Annalen annimmt, hat festgestellt, daß die sog. Kulmsee- und Thorner Annalen sowie die Chronik Peters von Dusburg Informationen enthalten, die in einem solchen Archetyp zu erwarten wären.

Die Thorner Annalen, eine Kompilation aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts, sind nicht geeignet, die Frage zu beantworten, ob Labudas Vermutung über den Archetyp der ältesten preußischen Annalen zutrifft. Man sollte mehrere der uns bekannten historiographischen Werke, die von unseren annalistischen Denkmälern abhängig sind, zusammenstellen, um sie klassifizieren und die Entwicklungslinien des Informationsbereiches vom 13. bis zum 16. Jahrhundert skizzieren zu können. Die vier Handschriften der ältesten preußischen Annalen, die wichtigsten Grundlagen für unsere Untersuchungen, weisen nicht auf irgendeine erweiterte Redaktion hin. Die Thorner Annalen sowie die Annalen aus Neuenburg, welche einen Bestandteil der sog. Kulmsee Annalen bilden, bieten sehr wertvolles Vergleichsmaterial. Keinesfalls darf man die *Canonici*

²³ G. Labuda, *Studia* (wie Anm. 9), S. 106.

²⁴ Ebd., S. 112f.

Sambiensis epitome gestorum Prussiae, ein aus der Mitte des 14. Jahrhunderts stammendes Werk, außer Acht lassen. Von Bedeutung sind auch die Chroniken Peters von Dusburg und Detmars von Lübeck. Zusätzlich soll das zu untersuchende Material um die älteste Thorner Chronik sowie um die annalistischen Fragmente, die mit den aus dem 16. Jahrhundert stammenden Danziger Chroniken verbunden sind, bereichert werden. Darunter befinden sich auch die Annalen aus der Handschrift, die früher in der Bibliothek der Grafen von Stolberg zu Wernigerode, jetzt in der Landes- und Universitätsbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle aufbewahrt wird²⁵. Sie wurde durch Jan Powierski in die Diskussion eingeführt und bereichert das Bild der preußischen Annalistik um neue Elemente.

Die älteste Thorner Chronik enthält in ihrem ersten Teil ein Verzeichnis der in Preußen gegründeten Städte²⁶. Jan Powierski hat im Zuge seiner Forschungen über die Anfänge Marienburgs bemerkt, daß dieses Verzeichnis mit den ältesten preußischen Annalen identische Texte enthält, wobei aber die Daten voneinander abweichen. Er hat diese Tatsache in dem Sinne interpretiert, daß der Autor der Thorner Chronik zwei Fassungen der Annalen benutzt hat und daß eventuell eine Spur für eine dritte, bisher unbekannt gebliebene Fassung vorliegt²⁷. Um die von Powierski aufgeworfenen Fragen lösen zu können, sollte man auf die Informationen zurückgreifen, welche in den aus der Zeit des Humanismus stammenden Danziger historiographischen Sammlungen der annalistischen Werke enthalten sind.

Von großer Bedeutung sind hier die Feststellungen von Jolanta Dworzaczkowa, die die Danziger humanistische Geschichtsschreibung systematisiert hat und dabei von der Kritik der in der älteren Literatur durch Arbeiten Gehrkes, Simsons und vor allem Hirschs repräsentierten Anschauungen ausgegangen ist²⁸. Sie teilt die Danziger historiographischen Denkmäler in drei grundsätzliche Redaktionen ein:

²⁵ Die Handschrift in der Bibliothek in Halle trägt die alte Signatur aus Wernigerode: Codex Chartaceus Zh. 84 Folio.

²⁶ Die älteste Thorner Stadtchronik, hrsg. v. Max Toeppen, in: Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins (im folgenden zitiert: ZWG) 42, 1900, S. 117–181. Vgl. S. Kujot, Rez.: Die älteste Thorner Stadtchronik, in: *Kwartalnik Historyczny* 18, 1904, S. 560–562. Toeppen hat die Chronik nach der aus der Thorner Gymnasialbibliothek stammenden Handschrift ediert. Eine andere Handschrift befindet sich in der Landes- und Universitätsbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle in dem erwähnten Codex Chartaceus Zh. 84 Folio, S. 99–172. Vgl. die Beschreibung des Codex bei E. Jacobs, Ein Manuscript zur altpreußischen Geschichte in der Gräflisch Stolbergischen Bibliothek zu Wernigerode, in: *Altpreussische Monatsschrift* (im folgenden zitiert: AM) 4, 1867, S. 551–557.

²⁷ J. Powierski, *Chronologia początków Malborka* [Chronologie der Anfänge Marienburgs], in: *Zapiski Historyczne* 44, 1979, S. 10, Anm. 12.

²⁸ J. Dworzaczkowa, *Dziejopisarstwo gdańskie do poł. XVI w.* [Danziger Geschichtsschreibung bis zur Mitte des 16. Jhs.], Gdańsk 1962, S. 13–20. P. Gehrke, Das Ebert Ferber-Buch und seine Bedeutung für die Danziger Tradition der Ordensgeschichte, in: ZWG 31, 1892. Ders., Der Geschichtsschreiber Bartholomeus Wartzman im Kreise seiner Abschreiber, in: ZWG 41, 1900. P. Simson, Die Sprache des Ebert Ferber-Buches, in: AM 30, 1893. Ders., Geschichte der Stadt Danzig, Bd. I, S. 221, 223, 387 Th. Hirsch, Die Danziger Chroniken, in: SRP IV, Leipzig 1870 (Ndr. Frankfurt a. M. 1965), S. 299f.

- „A“ – ohne Annalen oder mit Reihen von Vermerken außer den Texten der Chroniken (aus dieser Redaktion ist für uns der sog. Codex Rosenbergs interessant.)
 „B“ – mit annalistischen Einsätzen,
 „C“ – mit vereinheitlichtem Text und mit vollkommen in ihn einbezogenen Vermerken.

Dem Original, also der verschwundenen Sammlung von historischen Materialien, die auf Befehl des Bürgermeisters Ferber niedergeschrieben und später nach ihm „Ferbbers Buch“ genannt wurde, soll die Reihe „A“ am nächsten stehen. Für uns sind die auf Grund dieser Systematik formulierten Bemerkungen über die Danziger Annalen aufschlußreich. Die Gelehrte hat sich hier auf die Handschriften von Stegman und Rosenberg als die am vollständigsten erhaltenen sowie auf andere Handschriften von geringerer Bedeutung gestützt²⁹. Ursprünglich sollten die annalistischen Bemerkungen in Reihen geteilt werden. Die erste von ihnen dürfen wir als die Olivaer Reihe bezeichnen. Sie stützt sich auf den Text der Olivaer Chronik sowie auf den Olivaer Nekrolog. Die zweite Reihe bilden die Vermerke über die Gründung der Städte in Preußen, die den ältesten preußischen Annalen entstammen. Die dritte Reihe verrät ihre kölnische Herkunft. Die vierte Reihe der Vermerke ist mit Danzig verbunden und bezieht sich auf lokale Ereignisse in der Stadt, beginnend mit der Gründung des Dominikanerklosters unter dem Datum 1227 und dem Bau der Marienkirche im Jahre 1343³⁰. Es ist mit Dworzaczkowa darin übereinzustimmen, daß die Vermerke ursprünglich in voneinander unabhängigen, selbständigen Reihen existiert haben, wie es die ältesten Handschriften, die Codices von Rosenberg und Stegman, beweisen. Besonderer Bedeutung erfreut sich hier die Reihe der Vermerke über die Gründung der Städte in Preußen, die aus den ältesten preußischen Annalen stammen. Diese Reihe war in fast allen im Deutschordensstaat entstandenen historiographischen Denkmälern vorhanden und bildete die Grundlage der humanistischen, durch die Danziger Sammlungen repräsentierten historischen Tradition.

Dworzaczkowa hat festgestellt, daß die im Codex Rosenbergs vorhandenen Vermerke in zwei grundsätzlich unterschiedliche Gruppen zerfallen. Die erste Gruppe enthält einige auf die Abhängigkeit von den ältesten preußischen Annalen hinweisende Vermerke. Die zweite Gruppe soll den Thorner und Kulmseer Annalen nahe stehen³¹. Ähnliche Vermerke finden sich auch im Codex Stegmans³². Es erscheint natürlich, daß man in Danzig dem Verzeichnis der Städte auch eine Notiz über den Bau der Stadt Danzig angefügt hat. Ursprünglich hat der Vermerk über den Bau der Marienkirche

sowie über die Stadtmauer in zwei Fassungen existiert, wie wir im Rosenbergschen Codex beobachten können, in dem sich die beiden Fassungen im Tagesdatum voneinander unterscheiden. Außerdem können wir diesen Vermerk in der Handschrift aus der Bibliothek in Gotha verfolgen sowie in anderen aus der Danziger historischen Tradition des 16. Jahrhunderts stammenden Annalen, unter denen die in einer Handschrift der Landes- und Universitätsbibliothek in Halle enthaltenen besondere Erwähnung verdienen³³. Die Reihe der aus den ältesten preußischen Annalen stammenden Vermerke wurde höchstwahrscheinlich in Danzig mit dem Datum der Lokation der Stadt durch Hochmeister Ludolf König erweitert und bildete so die Grundlage für die älteste Chronik der Stadt Thorn. Dort erscheint das Danziger Lokationsdatum, das die Reihe der Vermerke beendet, in beschädigter Gestalt, statt 1343 haben wir das Datum 1243. Es ist klar, daß die annalistischen Elemente der Thorner Chronik in Bezug auf die Annalen in den humanistischen Danziger Chroniken sekundär sind. Demzufolge ist die Thorner Überlieferung auch im Hinblick auf die ältesten preußischen Annalen sekundär und darf nicht als Beweis für das Vorhandensein einer weiteren Redaktion oder Fassung der Annalen herangezogen werden. Der oben dargestellten Vermutung Jan Powierskis ist damit die Grundlage entzogen.

Man kann in den Danziger Handschriften eine Abhängigkeit von einem Text, der sowohl den Pelpliner Annalen nahe steht als auch an die Thorner Annalen erinnert, bemerken. Wir wissen, daß zwischen der ersten, Pelpliner, und der zweiten, Thorner, Redaktion oder Fassung der Annalen Unterschiede bestehen. Sie weisen auf deren jeweiligen Entstehungsumstände, auf Ort, Zeit und Ziel hin. Der Informationsbereich in den Kurzen Preußischen Annalen sowie in den Pelpliner Annalen deutet darauf hin, daß ihre Autoren bzw. ihre Autoren und Kopisten an der Gesamtheit der mit dem Deutschen Orden in Preußen verbundenen Probleme interessiert waren. Die Anlegung der Festungen, die Kämpfe und die Kreuzzüge der Landesherrn nach Preußen erlauben uns, in diesen Annalen eine Chronik der Eroberung zu sehen, eine in einer solchen Zeit entstandene Chronik, in der die Kämpfe mit den heidnischen Prußen noch aktuell waren.

Der Inhalt der Thorner und Kulmseer Annalen sowie der aus den Danziger humanistischen historischen Sammlungen stammenden Annalen läßt annehmen, daß die ältesten preußischen Annalen auf dem Gebiet des Kulmerlandes umredigiert worden sind. Auf einen städtischen Empfänger deutet das Interesse an der Translokation der Städte – damit sind die Ortsveränderungen von Thorn³⁴ sowie die zweimalige Trans-

²⁹ J. Dworzaczkowa (wie Anm. 28), S. 28–33. Biblioteka Gdańska Polskiej Akademii Nauk, Ms. 1265, Ms. 1266 (Druck bei J. Wenta, *Kierunki rozwoju rocznikarstwa w państwie zakonu niemieckiego w XIII–XVI w.* [Richtungen der Entwicklung der Annalistik im Staat des Deutschen Ordens vom 13. bis 16. Jh.], Toruń 1990, S. 129) sowie Ms. 1275. Archiwum Państwowe w Gdańsku, 300 R, LI 65 – die sog. Annalen von Hans Schmidt, 300 R, LI 88 (Druck bei Wenta, *Kierunki*, S. 126f.).

³⁰ J. Dworzaczkowa (wie Anm. 28), S. 45–51.

³¹ Ebd., S. 46f.

³² Ms. 1265, f. 5v (Druck bei Wenta, *Kierunki* [wie Anm. 29], S. 127f.).

³³ Forschungsbibliothek Gotha, Cod. Chart. A. 810, f. 1229–1233, mit dem Titel: „Varia civitatem Gedanensem afficientia ex veteri manuscripto ordinem et nomina Electorum Magistratum ab anno 1342 continente congesta“. Landes- und Universitätsbibliothek Sachsen-Anhalt, Halle, Cod. Chart. Zh. 84, f. 41–43 (Druck bei Wenta, *Kierunki* [wie Anm. 29], S. 122–125). Die dort überlieferten Annalen umfassen die Jahre 1190 bis 1553. Die Handschrift ist durch die Zusammenstellung mehrerer Ganzheiten verschiedener Herkunft um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert entstanden. Vgl. J. Wenta, *Datacje kościołów gdańskich* [Datierungen Danziger Kirchen], *Sprawozdania Towarzystwa Naukowego w Toruniu*, 1983.

³⁴ *Annalista Thorunensis* (wie Anm. 6), S. 58. *Chronica*, ed. E. Strehleke (wie Anm. 6), S. 468.

lokation Kulms³⁵ gemeint – hin. Es fällt schwer, die charakteristischen Vermerke über die Brände wie über die Ankunft Swantopolks in der Nähe von Thorn während des Krieges mit dem Deutschen Orden anders zu interpretieren. Daß der Notiz über den Zug Swantopolks eine lokale Färbung gegeben wurde, muß als bedeutungsvolles Argument gesehen werden. Die Veränderung oder eigentlich Umredigierung ist in bezug auf die ältesten preußischen Annalen so deutlich, daß man keinen Zweifel an der späteren Abfassung dieser Stelle der Thorner Annalen hegen kann. Der die Geschichte des Deutschen Ordens betreffende Vermerk wurde zu einem Stück Geschichte des Kulmerlandes reduziert.

Pelpliner Annalen, S. 271

Da sich die lant vornoierten mit ern Swanzcebolde, tusedt zweihundert und zwei und vierzec.

Annalista, S. 59

Anno 1242 Swantopoltus dux Pomeraniae ante Thorn fuit.

Die Bemerkung über die Anlegung der Stadt Kulmsee verrät viel über den Gesichtspunkt des Autors derjenigen Redaktion der Annalen, mit der wir in den Thorner und Kulmseer Annalen zu tun haben. Stilistisch paßt sie zu keinen anderen Notizen ähnlichen Inhalts. Sie enthält nämlich eine Information über den die Stadt anlegenden Bischof Heidenreich, während ansonsten Hinweise auf den Stadtgründer fehlen. Wir dürfen die spätere Herkunft dieses Vermerkes nicht für ausgeschlossen halten³⁶. Auf das Kulmerland als Gegenstand des besonderen Interesses dieses Autors weisen mehrere Angaben – über die Erneuerung der Kulmer Handfeste 1251, die Zerstörung des Kulmerlandes 1286 sowie die Niederbrennung der Stadt Kulm im selben Jahr – hin. Die Unterschiede zwischen den beiden Fassungen sind also sehr deutlich. Die erste Fassung sollte man als Chronik der Eroberung Preußens und die zweite als fragmentarische Geschichte des Kulmerlandes betrachten. Die zweite Redaktion wurde in bezug auf die ältesten preußischen Annalen und auf die aus der Handschrift in Uppsala bekannte Fassung um neue Vermerke bereichert. In den Annalen aus Uppsala wurde auf der Grundlage eines die ältesten preußischen Annalen enthaltenden Teiles eine Chronik über die Anlegung und Translokation der Städte redigiert. Höchstwahrscheinlich hat das Original dieses Textes den Thorner Annalen zugrunde gelegen. Daß der Vermerk über die Gefangennahme des Fürsten von Braunschweig sowohl in den Thorner als auch in den Kulmseer Annalen fehlt, weist darauf hin, daß diese beiden Denkmäler denselben Text benutzt haben. Diese erweiterte Fassung bildete teilweise die Grundlage für die humanistische Danziger Annalistik. Den Autoren dieser Annalen war auch die an die Pelpliner Annalen erinnernde Fassung bekannt. Außerdem ist zu vermerken, daß die Chronik von Berndt Stegman eine Gruppe von neunzehn den Thorner Annalen nahestehender Vermerke enthält. Dagegen verfügen wir über keine Beweise dafür, daß die Thorner Annalen selber den Danziger Kompilatoren bekannt waren.

³⁵ Annalista Thorunensis, S. 58, 60. Chronica, S. 468.

³⁶ Vgl. Series episcoporum Culmensium, hrsg. v. W. Kętrzyński, in: Monumenta Poloniae Historica, Bd. IV (wie Anm. 6), S. 50.

Die Thorner Annalen sowie die Vermerke in der Chronik Berndt Stegmans enthalten die Informationen, die uns erlauben, den chronologischen Bereich unserer Annalen und demzufolge die vermutliche Entstehungszeit der erweiterten Fassung festzustellen. In beiden Quellen ist ein Vermerk über die Zerstörung der Stadt Danzig durch den Deutschen Orden im Jahre 1308 enthalten. In der Chronik Stegmans schließt er eine Gruppe von Vermerken annalistischer Herkunft ab, wobei diese Gruppe mit der erweiterten Fassung der ältesten preußischen Annalen verbunden ist³⁷. Daraus kann man schlußfolgern, daß als terminus post quem der Entstehung der durch den Thorner franziskanischen Kompilator benutzten Annalen das Jahr 1308 anzusehen ist. Es fällt schwer festzustellen, ob das die Annalen aus Neuenburg abschließende Datum des Überfalls Władysław Łokieteks auf das Kulmerland (1329) einen terminus ante quem bildet. Man sollte sich dafür entscheiden, daß dieses Datum die obere Grenze der Fortsetzung bedeutet. Demzufolge ist die erweiterte Fassung (die sog. Kulmer Fassung) der ältesten preußischen Annalen auf Grund des früher umredigierten Textes zwischen den Jahren 1308 und 1329 entstanden.

Die dem Archetyp nächststehenden Fassungen sind die Pelpliner und die Kurzen Preußischen Annalen. Die ersteren stellen den um die Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert entstandenen Text dar. Er weicht von dem Bild, das den ältesten preußischen Annalen durch den die beiden Annalen auf ein gemeinsames Blatt umschreibenden Kopisten verliehen wurde, unter den Gesichtspunkten der Form, der Zahl der Vermerke, der Sprache sowie des inneren Aufbaues des Ganzen mit Sicherheit nur in unbedeutendem Ausmaß ab.

Es ist die Frage zu stellen, woher die in der zweiten Fassung vorhandenen Informationen stammen. Die charakteristischen Notizen mit „städtischem“ Gepräge waren sicherlich nicht von Anfang an in den Annalen enthalten. Was könnte die Quelle der neuen städtischen Redaktion gewesen sein? Man kann hier an die mündliche Tradition, an Dokumente oder vielleicht auch an andere Annalen denken. Die letzte Vermutung erscheint anziehend und weist einen hohen Grad an Wahrscheinlichkeit auf. Man darf das kirchliche Milieu nicht außer acht lassen, wenn man an annalistische Arbeiten im Kulmerland denkt. An potentiellen Schöpfern von Geschichtsschreibung fehlte es nicht in diesem reichsten und wichtigsten Teil des Deutschordensstaates, man denke nur an die Franziskaner- und Dominikanerklöster sowie an das Kulmseer Domkapitel. Wenn man Versuche zur Abfassung solcher Werke auch nicht ausschließen kann, so fehlt es jedoch außer den Annalen aus Neuenburg an konkreten Spuren dafür.

Man sollte auch die Frage zu beantworten versuchen, welche Quellen Peter von Dusburg während der Redaktion seiner offiziellen preußischen Chronik verwendet haben könnte. Es sind Spuren dafür vorhanden, daß der Ordenschronist sich für seine Arbeit eines mit Jahres- und gelegentlich mit Tagesdaten versehenen Textes bedient hat. Einige Vermerke deuten darauf hin, daß Dusburg einen der erweiterten Fassungen der ältesten preußischen Annalen ähnlichen Text benutzt hat. Der Beleg für diese The-

³⁷ Wie Anm. 32.

se ist in den Thorner und Kulmseer Annalen zu finden³⁸. Die beiden Annalen haben an manchen Stellen Texte, die mit analogen Stellen in der Chronik Peters von Dusburg konvergieren. Ein in seiner Deutlichkeit herausragendes Beispiel, das deswegen hier zitiert werden soll, bieten die Texte über die Gründung der Stadt Kulm.

Dusburg, S. 56

— frater Hermannus magister edificavit castrum et civitatem Colmensem anno domini MCCXXXII in eum locum, ubi nunc situm est castrum antiquum.

Annalista, S. 58

Anno 1232 civitas Colmen edificata est circa antiquum castrum.

Daß die Chronik Peters von Dusburg Informationen über die Translokation der Städte enthält³⁹, erlaubt die Feststellung, daß er sich der zweiten Fassung der ältesten preußischen Annalen bedient hat. Wir können auch vermuten, daß ihm beide Redaktionen der Annalen bekannt waren, was zu beweisen jedoch schwerfällt, da wir über keine überzeugenden Argumente verfügen.

Die Konvergenzen zwischen der Chronik Peters von Dusburg und dem Werk des franziskanischen Lektors Detmar von Lübeck bringen zusätzliche Interpretationsmöglichkeiten mit sich. In beiden Quellen enthalten die Vermerke über die Kämpfe in Kurland Merkmale, die sowohl in den Pelpliner als auch in den Thorner Annalen nicht zu finden sind⁴⁰. Damit ist eine dritte Fassung der ältesten preußischen Annalen möglich. Es ist durchaus ein dergestaltiger Vermerk aus der ersten oder zweiten Redaktion in einer der Handschriften zu erwägen. Man darf nicht ausschließen, daß der Kopist mit einer solchen Initiative hervorgetreten ist. Weil uns die Versionen der in den beiden Fassungen der ältesten preußischen Annalen vorhandenen Vermerke bekannt sind und der Vermerk aus der Chronik Peters von Dusburg den uns überlieferten Texten nicht nahe steht, darf man eine solche Möglichkeit nicht ablehnen. Daß Peter von Dusburg, wie wir oben angenommen haben, zwei Redaktionen der ältesten preußischen Annalen benutzt hat, wäre hier auch akzeptabel. Eine dieser Redaktionen wäre demnach den uns aus den Thorner Annalen bekannten Vermerken ähnlich⁴¹.

Um das Bild der Einflüsse der ältesten preußischen Annalen auf die spätere Geschichtsschreibung deutlich darstellen zu können, soll daran erinnert werden, daß beide Fassungen unserer Annalen in die Danziger Kompilationen oder in die historiographischen Sammlungen aus der Zeit des Humanismus eingegangen sind. Die Chronik Simon Grunaus ist mit der Danziger humanistischen Geschichtsschreibung eng verbunden. Ein Teil dieser Chronik enthält Vermerke, deren Form den uns aus unseren Annalen bekannten Vermerken nahe steht. Während seiner Untersuchung der ältesten

³⁸ J. Powierski, *Chronologia* (wie Anm. 27), S. 8f. Vgl. M. Perlbach, *Zu Peter von Dusburg* (wie Anm. 8), S. 101.

³⁹ Dusburg (wie Anm. 7), S. 50, 56.

⁴⁰ Annalista, S. 60. *Annales Pelplinenses*, S. 270. Dusburg, S. 97. Detmar, S. 343.

⁴¹ In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, in welchem Maße und Umfang Dusburg Annalen gebraucht hat. Offenkundig verdienen die Bemerkungen Labudas angesichts der Benutzung der Annalen durch Dusburg bis zum Jahr 1330 Anerkennung.

preußischen Annalen hat Gerard Labuda die Notwendigkeit betont, eine gemeinsame Analyse der annalistischen Informationen Grunaus mit den entsprechenden Fragmenten aus der Chronik Peters von Dusburg durchzuführen⁴². Indem wir die Bedeutung dieser Bemerkung zu schätzen wissen, soll man hervorheben, daß gerade die Chronik Peters von Dusburg den durch Grunau zitierten Informationen zugrunde liegt.

Abschließend soll festgestellt werden, daß es einige aufeinander folgende Fassungen der ältesten preußischen Annalen gegeben hat. Manche von ihnen sind bekannt und sowohl direkt als auch indirekt bis zur Gegenwart erhalten geblieben. Die aus Pelplin stammende Handschrift stand mit Sicherheit der ursprünglichen Form der Annalen sehr nahe. Die zweite Fassung entstand auf der Grundlage der ersten auf dem Gebiet des Kulmerlandes und wurde für die Thorner Annalen sowie für die franziskanischen Annalen aus Neuenburg zur Quelle. Die Annalen aus Neuenburg sind Bestandteil einer Gruppe von drei annalistischen Werken, die uns als die Kulmseer Annalen bekannt sind. Von den zwei Peter von Dusburg bekannten Fassungen stimmte eine mit der Fassung der ältesten preußischen Annalen überein, welche den Thorner Annalen zugrunde lag, und die zweite erinnerte an die Pelpliner Annalen. Aus der letzteren Redaktion hat Detmar von Lübeck höchstwahrscheinlich geschöpft, was jedoch noch der Bestätigung durch weitere Untersuchungen bedarf.

Es ist wichtig, daß auf der Grundlage der Chronik der Eroberung Preußens eine Kompilation entstanden ist, die im Grunde genommen als Chronik des Kulmerlandes mit einer städtischen Auffassung zu betrachten ist. Die Umarbeitungen dieser Annalen wurden zum bedeutenden Bestandteil der humanistischen städtischen Geschichtsschreibung in Danzig. Gemeinsam mit der Olivaer Tradition, die ein lokaler pommerellischer Charakter kennzeichnete, bildeten die ältesten preußischen Annalen die Anfänge historischer Tradition in Preußen. Es fällt schwer, ihre Rolle und Bedeutung zu unterschätzen.

Die Reihe der Vermerke über die Festungsanlagen in Preußen wurde durch die Hände der städtischen Schöpfer der historischen Tradition in ein Verzeichnis der Lokation der Städte umgestaltet. Die Darstellung der Eroberung Preußens, die eigentlich als Leistung des Deutschen Ordens zu betrachten ist, wurde durch die neue, sich erst herausbildende gesellschaftliche Elite des Deutschordensstaates umgestaltet. Die Gruppen, die die führende Rolle in den großen Städten Preußens spielten, haben später durch den dreizehnjährigen Krieg die Macht sowie die Gestaltung der historiographischen Tradition aus der Hand des Deutschen Ordens übernommen und denselben historischen Fakten neue Bedeutung verliehen. Die ältesten preußischen Annalen weisen durch ihre Umarbeitungen auf die Veränderungen in den gesellschaftlichen Funktionen der preußischen Geschichtsschreibung an der Schwelle zum Humanismus hin. Als ersten Schritt in diese Richtung sollte man die aus der Handschrift von Uppsala bekannten Redigierungen ansehen.

⁴² G. Labuda, *Studia* (wie Anm. 9), S. 110, Anm. 22.

Amtsrechnungen und andere Akten der Kriegs- und Domänenkammern des Historischen Staatsarchivs Königsberg im Kaliningrader Gebietsarchiv

Von Bernhart Jähnig

Als Kurt Forstreuter im Jahre 1955 einen „geschichtlichen Rückblick“ auf die Bestände des Preußischen Staatsarchivs in Königsberg gab, deren bedeutendste Teile zehn Jahre zuvor, im Herbst 1944 und Januar 1945, aus dem bedrohten Ostpreußen in ein Bergwerk bei Graslleben Kr. Helmstedt verlagert worden waren, sagte er gegen Ende des Abschnitts „Aufbau und Zusammenbruch (1921–1945)“, daß sich „z. Zt. nicht feststellen“ lasse, „was aus den in Ostpreußen gebliebenen Teilen des Archivs geworden ist“¹. Inzwischen wissen wir etwas mehr. Noch in den 50er Jahren wurden die ersten genaueren Nachrichten über Königsberger Bestände veröffentlicht, die während des Krieges im Süden Ostpreußens ausgelagert und von den polnischen Behörden im dafür neu errichteten Staatlichen Wojewodschaftsarchiv in Allenstein untergebracht worden waren². Seit den 60er Jahren war auch bekannt, daß wenigstens Teile der Handschriften aus dem Königsberger Staatsarchiv nach Wilna gelangt waren³. Nur aus Königsberg selbst waren aus den bekannten politischen Gründen jahrzehntelang keine Nachrichten zu erhalten. Das änderte sich erst mit der politischen Wende seit dem Ende der 80er Jahre.

Zu den ersten Zeichen, daß die heute im nördlichen Ostpreußen tätigen Menschen Verbindungen mit dem Westen und damit einen geistigen Anschluß an die Geschichte ihres Raumes vor 1945 suchten, gehörten gezielte Anfragen aus dem Staatlichen Archiv des Kaliningrader Gebiets (Gosudarstvennyj Archiv Kaliningradskoj Oblasti), künftig „Gebietsarchiv“ genannt, beim Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Als der Verfasser dieser Zeilen im September 1991 anlässlich einer Tagung in Wilna eine ganze Woche lang in Litauen weilte, nutzte er die Gelegenheit eines Tagesausfluges von Memel über die Kurische Nehrung nach Königsberg, um unter Vermittlung litauischer Historikerkollegen mit dem genannten Archiv eine erste

Verbindung aufzunehmen. Der in Aussicht genommene Kurzbesuch ermöglichte die erste Begegnung mit Alla N. Fedorova, der neuen Leiterin des Gebietsarchivs. Das Gespräch mit ihr und zwei weiteren Mitarbeitern dehnte sich rasch über eine Stunde aus und endete mit der Einladung und der Frage nach dem nächsten Besuch, der hoffentlich etwas länger dauern würde. Inzwischen hat der Verfasser im April 1992 und im Juli 1993 jeweils eine Woche lang im Gebietsarchiv gearbeitet. Ihm wurden dabei Arbeitsbedingungen fast wie einem Angehörigen dieses Hauses eingeräumt⁴.

Das Gebietsarchiv ist 1949 eingerichtet worden⁵. Zuständig wurde es für die Überlieferung von Einrichtungen dieses Gebietes, das schon damals keine territoriale Verbindung zum eigentlichen Rußland hatte. Da die Verwaltung noch ganz jung war, wurde zunächst kein größeres Haus benötigt. Das im Jahre 1930 neu erstellte Gebäude des Preußischen Staatsarchivs am Hansaring, damals ein ganz moderner Bau⁶, wurde während des Krieges nur in geringem Maße beschädigt und wurde wohl daher bald von der neu gegründeten Gebietsbibliothek bezogen; Nachrichten gelangten darüber früh in den Westen⁷. Für das Gebietsarchiv wurde 1976 ein Neubau errichtet, und zwar in der früheren Luisenallee, nunmehr ul. Komsomol'skaja 32, im Stadtteil Mittelhufen, einem der um die letzte Jahrhundertwende entstandenen Neubaugebiete, das den Zweiten Weltkrieg im Vergleich zur Innenstadt verhältnismäßig gut überstanden hat. Gegenwärtig ist das Magazin dieses Archivgebäudes kaum noch aufnahmefähig, so daß ein Anbau geplant wird.

Neben der großen Zahl der nach 1945 entstandenen Aktenbestände aus sowjetischer Zeit gibt es eine kleine Zahl von Beständen aus deutscher Zeit vor 1945. Die Bestände sind durchnummeriert und werden als Fonds 1 oder F 1 usw. zitiert. Da die Bestände aus deutscher Zeit verständlicherweise die ältesten sind, haben sie die Bestandssignaturen mit den kleinsten Zahlen erhalten, und zwar F 1–23, 44–47, 49–50 und 52–54. Die Lücken sind durch nachträgliche Bestandszusammenlegungen entstanden. Bei den deutschen bzw. preußischen Beständen handelt es sich zum einen um Teile oder Reste von Beständen, die bereits vor 1945 dem Staatsarchiv gehört hatten und in diesem signiert worden waren, zum anderen um Akten, die keine Signatur des Staatsarchivs aus der Zeit vor 1945 tragen. Diese letzteren Akten könnten sich bei Kriegsende entweder noch im Gebäude ihrer Behörde, in der sie entstanden waren, befunden haben oder sind zwar noch während des Krieges ins Staatsarchiv gelangt, jedoch nicht mehr archi-

¹ Kurt Forstreuter: Das Preußische Staatsarchiv in Königsberg. Ein geschichtlicher Rückblick mit einer Übersicht über seine Bestände (Veröffentlichungen der niedersächsischen Archivverwaltung 3), Göttingen 1955, S. 92.

² Über verschiedene Aufsätze von Tadeusz Grygier berichtete zusammenfassend Ernst Bahr: Das Staatliche Wojewodschaftsarchiv in Allenstein, in: Zeitschrift für Ostforschung 13, 1964, S. 535–543. – Vgl. inzwischen Krystyna Cybulska, Maria Tarnowska: Zasób Wojewódzkiego Archiwum Państwowe w Olsztynie [Der Bestand des Staatlichen Wojewodschaftsarchivs in Allenstein]. Informator, Olsztyn 1982.

³ Vgl. Kurt Forstreuter: Handschriften aus dem Staatsarchiv Königsberg in Wilna, in: Der Archivar 19, 1966, Sp. 469–470. Vgl. inzwischen Sven Ekdahl: Archivalien zur Geschichte Ost- und Westpreußens in Wilna, vornehmlich aus den Beständen des Preußischen Staatsarchivs Königsberg, in: Preußenland 30, 1992, S. 41–55. – Bernhart Jähnig: Amtsrechnungen aus dem Historischen Staatsarchiv Königsberg in Wilna, ebd., S. 56–61.

⁴ Frau Direktorin Alla N. Fedorova und ihrer Mitarbeiterin, Frau Svetlana E. Čekina, die für die sprachliche Verständigung unentbehrlich war, sei auch an dieser Stelle für alle Unterstützung im Hause und für die gemeinsamen Unternehmungen außerhalb des Archivs herzlich gedankt.

⁵ Vgl. Alla N. Fedorova: Das Staatsarchiv des Kaliningrader Gebiets, in: Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen, hg. v. Bernhart Jähnig und Silke Spieler, Bonn 1993, S. 29–30.

⁶ Max Hein: Das neue Gebäude des Staatsarchivs zu Königsberg, in: Archivalische Zeitschrift 40, 1931, S. 17–25.

⁷ Vgl. Peter Wörster: Das nördliche Ostpreußen nach 1945. Politisches und kulturelles Leben (Dokumentation Ostmitteleuropa 5, 1/2), Marburg 1979, S. 43 f.

varisch bearbeitet worden. Die Akten sind zum größten Teil vor 1952 dem Gebietsarchiv von der Miliz (Polizei) übergeben worden. Nähere Einzelheiten über das Schicksal dieser Akten in den Jahren zuvor sind nicht bekannt. Immerhin ist es möglich, litauischen Berichten einige Hinweise zu entnehmen. Unmittelbar nach Kriegsende sollen sich im Gebäude des Staatsarchivs am Hansaring jüngere Akten aus dem 19./20. Jahrhundert befunden haben. Ältere Bestände, die teilweise bis ins 16. Jahrhundert zurückreichten und bei den Litauern größeres Interesse fanden⁸, wurden in der Burgruine Lochstedt entdeckt, einer von zahlreichen Auslagerungsstätten des Staatsarchivs. Da die Litauer nur einen Teil der von ihnen gesehenen Archivalien und Handschriften nach Wilna gebracht haben, ist davon auszugehen, daß die übrigen Bestände in russische Hand fielen. Über den Umfang der von den Litauern nicht mitgenommenen Bestände können zwar keine näheren Angaben gemacht werden, doch müßte es sich um vergleichsweise größere Mengen gehandelt haben. Angesichts der Tatsache, daß alle in das Gebietsarchiv gelangten Teilbestände aus deutscher Zeit nur etwa 1100 Archivalieneinheiten umfassen, ist daher mit größeren Transporten an dritte Orte, etwa im Innern Rußlands, oder mit Archivalienverlusten in nennenswertem Ausmaß zu rechnen, auch wenn sich der Umfang der nach Allenstein und Wilna gelangten Archivalien hinsichtlich des Gesamtumfangs des Preußischen Staatsarchivs Königsberg vor 1945 noch nicht abschätzen läßt.

Die einzelnen deutschen Teilbestände im Gebietsarchiv sind nicht sehr umfangreich, etwa die Hälfte besteht aus weniger als zehn Archivalieneinheiten. Zu den größeren Teilbeständen gehören F. 15: Kriegs- und Domänenkammer Königsberg und F. 47: Kriegs- und Domänenkammer Gumbinnen mit 123 bzw. 21 Nummern, die hier vorgestellt werden sollen. Um dem Konkurrenzverhalten verschiedener Behörden der Innen-, Finanz- und Militärverwaltung ein Ende zu bereiten, hatte König Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1723 das General-Ober-Finanz-Kriegs- und Domänendirektorium, kurz „Generaldirektorium“ genannt, als Oberbehörde geschaffen, dem für die einzelnen brandenburg-preußischen Länder die regionalen Kriegs- und Domänenkammern als Mittelbehörden unterstellt wurden. Diesen wiederum unterstanden auf örtlicher Ebene die Domänenämter, die jeweils für sechs Jahre in Generalpacht an finanzkräftige Leute, meist bürgerlichen Standes, vergeben wurden. Im früheren Herzogtum Preußen war zunächst eine Kammer in Königsberg gegründet worden, ehe wegen der großen Aufgabe des Retablisements im östlichen Landesteil, dem sog. Preußisch Litthauen, 1736 eine eigene Kammer in Gumbinnen eingerichtet wurde⁹. Die Akten der Kriegs- und Domänenkammern wurden 1808 von den Regierungsprä-

⁸ Vgl. vor allem den erst 1978 veröffentlichten Bericht von Juozas Jurginis, inhaltlich referiert bei Ekdahl (wie Anm. 3), S. 41 f.

⁹ Vgl. Fritz Terveen: Gesamtstaat und Retablisement (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 16), Göttingen 1954. – Rolf Engels: Die preußische Verwaltung von Kammer und Regierung Gumbinnen (1724–1870) (Studien zur Geschichte Preußens 20), Köln, Berlin 1974, sowie die weitere dort zitierte Literatur.

sidenten als Nachfolgebehörden übernommen und sind später von diesen ans Staatsarchiv abgegeben worden.

Eine Besonderheit des Königsberger Staatsarchivs lag darin, daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor allem durch Friedrich A. Meckelburg (1809–1881), aus den Amtsbüchern aller nach 1525 entstandenen Bestände die große Reihe der „Ostpreußischen Folianten“ mit einer durchlaufenden Numerierung geschaffen wurde¹⁰. Das wurde auch nicht geändert, als nach der amtlichen Einführung des Provenienzprinzips im Preußischen Geheimen Staatsarchiv 1881 unter Erich Joachim (1851–1923) und besonders durch den aus Berlin gekommenen Max Hein (1885–1949) die Aktenüberlieferung der seit dem 18. Jahrhundert entstandenen Behörden zu Provenienzbeständen formiert wurde. Das betraf auch die beiden Kriegs- und Domänenkammern. Umfangreiche Amtsbuchreihen waren bei beiden Kammern neben anderem durch die jährliche Einsendung der Jahresrechnungen über die Generalpacht der einzelnen Domänenämter, also durch die Kammerexemplare der Amtsrechnungen, sowie ergänzend durch die in größeren Abständen angelegten Prästationstabellen entstanden, in denen die abgabepflichtige ländliche Bevölkerung der Domänenämter verzeichnet wurde. Daneben erwuchsen in beiden Kammern durch den Schriftwechsel mit Landesherr und Generaldirektorium sowie mit den Domänenpächtern und anderen Stellen Sachakten. Nur aus diesen letztgenannten Akten wurden im Staatsarchiv Königsberg die Rep. 5: Kriegs- und Domänenkammer Königsberg und Rep. 8: Kriegs- und Domänenkammer Gumbinnen gebildet. Diese Bestände haben Max Hein und Kurt Forstreuter geordnet und eigenhändig in den Findbüchern 258 (in Folio) und 260 (in Quart) verzeichnet. Beide Bestände haben sowohl im Bereich der Amtsbücher als auch der Sachakten in älterer Zeit stark gelitten. Bei der Königsberger Kammer haben die während des Siebenjährigen Krieges im Auslagerungsort Küstrin eingetretenen Verluste vor allem die Prästationstabellen und die Sachakten getroffen. Die Gumbinner Kammer hat durch zwei Behördenhausbrände im 19. Jahrhundert vor allem die Masse der Amtsrechnungen und den sicher größeren Teil der Sachakten verloren, weshalb Findbuch 260 besonders kümmerlich ausgefallen ist¹¹.

Bei der Auslagerung in den Westen Deutschlands wurden die Amtsrechnungen in der Regel nur bis zum Rechnungsjahr 1750/51 berücksichtigt. Die Reposituren 5 und 8 sollten wohl vollständig ausgelagert werden, tatsächlich haben sie durch diese Auslagerung „nur unwesentlich gelitten“¹², denn in den beiden Findbüchern 258 und 260 mußte nur bei einem sehr kleinen Teil der Aktentitel festgestellt werden, daß die entsprechenden Aktenbände nicht mehr beim Bestand waren. Die Mehrzahl dieser Bände hat sich nunmehr in F. 15 und F. 47 des Gebietsarchivs angefundenes. Das gleiche gilt für eine größere Zahl der Kammerexemplare von Amtsrechnungen vor allem aus dem Königsberger Kammer-Departement. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß Amtsrechnungen aus der Zeit nach 1750/51 in weit größerem Ausmaß nach

¹⁰ Vgl. Forstreuter (wie Anm. 1), S. 66.

¹¹ Vgl. ebd., S. 36 f.

¹² Ebd., S. 37.

Wilna¹³ als in das Gebietsarchiv gelangt sind. Vereinzelte Amtsrechnungen aus der Zeit nach 1808 waren an die Regierungen als Nachfolgebehörden eingesandt worden. Der Einfachheit halber waren sie früher bei den Ostpr. Fol. den Amtsrechnungen aus der Zeit vor 1808 angeschlossen worden und finden sich auch im Gebietsarchiv bei F. 15 und F. 47.

In den Findbüchern des Gebietsarchivs sind die einzelnen Aktentitel mit laufender Nummer ohne zeitliche oder sachliche Ordnung angeordnet und verzeichnet. In der folgenden Übersicht werden daher die Akten in Anlehnung an die chronologisch-sachliche Ordnung des Historischen Staatsarchivs Königsberg dargeboten, wie sie sich weitgehend aus den nach Berlin gelangten Findmitteln ergibt. In Spalte 1 stehen die Signaturen des Gebietsarchivs (GAKO), die aus dem genannten Grund hier als Springnummern erscheinen. Zu den Signaturen von Archivalien in russischen Archiven gehört zwischen Bestands- und Aktennummer noch eine Nummer des Findbuchs; bei unseren Beständen ist das stets eine 1. In Spalte 2 folgt die alte Königsberger Signatur (StA Kbg.). Diese fehlt bei einigen Aktenbänden, wenn sie weder auf den Archivalien selbst, noch mit Hilfe der alten Königsberger Findbücher zu ermitteln war. Bei den meisten Sachakten, aber nur bei wenigen Amtsrechnungen ist der alte Aktendeckel mit der Signatur aus deutscher Zeit erhalten. Bei einigen Amtsrechnungen sind die alten Signaturen beim Neueinbinden überklebt worden. Spalte 3 schließlich enthält den eigentlichen Aktentitel, im Fall der Amtsrechnungen nur den Namen des Amtes, mit Umfangsangabe und Laufzeit, ggf. mit Erläuterungen und Vermerken. Wenn nicht anders angegeben, handelt es sich bei den Amtsrechnungen um das Kammerexemplar. Bis auf einige der im Grunde gleichförmigen Amtsrechnungen hat Verfasser alle Akten selbst in Händen gehabt und hat die Aktentitel vielfach neu formuliert, da sich die Eintragungen in den Findmitteln des Gebietsarchivs oft nur auf Formalien beschränken. Neben den Amtsrechnungen als umfangreichster Gruppe der Kammerbestände finden sich unter den Sachakten von Rep. 5/F. 15 und Rep. 8/F. 47 die Gruppen Ämter- und Domänensachen, Städtesachen sowie Etat, Finanzen, Steuern.

1. Kriegs- und Domänenkammer Königsberg

Jahrrechnungen der Generalpacht von Domänenämtern (Amtsrechnungen)

GAKO F. 15, 1	StA Kbg. Ostpr. Fol.	Amtsname	Rechnungs- jahr
Nr. 83	1369	Allenstein. 169 Bll.	1790/91
Nr. 59	1540	Balga. 206 Bll.	1752/53
Nr. 80	1564	Balga. 85 Bll.	1776/77
Nr. 82	1744	Barten. 102 Bll.	1769/70
Nr. 100	1765	Barten. 99 Bll.	1790/91
Nr. 35	1766	Barten. 90 Bll.	1791/92
Nr. 109	1772	Barten. 82 Bll.	1797/98
Nr. 21	1895	Bartenstein. 124 Bll.	1753/54
Nr. 72	1899	Bartenstein. 114 Bll.	1757/58
Nr. 107	2054	Behlenhof. 73 Bll.	1758/59
Nr. 23	2318	Brandenburg. 149 Bll.	1766/67
Nr. 86 ¹⁴	2319	Brandenburg. 111 Bll.	1767/68
Nr. 111	2322	Brandenburg. 160 Bll.	1770/71
Nr. 44	2346	Brandenburg. Bl. 1–116, 165–200 ¹⁵ .	1793/94
Nr. 36	2348	Brandenburg. 161 Bll.	1795/96
Nr. 97	2381	Braunsberg. 96 Bll.	1785/86
Nr. 4	2543	Caporn. 58 Bll.	1769/70
Nr. 46	2572	Caporn. 116 Bll.	1798/99
Nr. 105	2696	Carben. 118 Bll.	1751/52
Nr. 73	2703	Carben. 126 Bll.	1758/59
Nr. 57	2704	Carben. 71 Bll.	1759/60
Nr. 48	2722	Carben. 140 Bll.	1777/78
Nr. 93	2731	Carben. 164 Bll.	1786/87
Nr. 65	2736	Carben. 137 Bll.	1791/92

¹³ Vgl. für einzelne Ämter die unten angeführten Jahresrechnungen mit den Angaben bei Jähmig (wie Anm. 3), obwohl dort nur eine Auswahl von Ämtern berücksichtigt werden konnte. Es bleibt bemerkenswert, wie zufällig 1945/46 benachbarte Aktenbände auseinandergerissen wurden und daher heute an verschiedenen Orten stehen.

¹⁴ Ein gleichartiger Eintrag bei Jähmig (wie Anm. 3), S. 58, könnte auf einem Schreibfehler beruhen, falls nicht das Amtsexemplar nach Wilna gelangt sein sollte.

¹⁵ Irrtümlich eingebunden ist in diesen Band der Vorgang: Finanzen der Stadt Nasielska in Polen, 1934 (Bl. 117–164).

GAKO F 15, 1	StA Kbg. Ostpr. Fol.	Amtsname	Rechnungs- jahr
Nr. 25	2739	Carben. 153 Bll.	1794/95
Nr. 71	2889	Caymen. 62 Bll.	1770/71
Nr. 32	2918	Caymen. 111 Bll.	1799/1800
Nr. 77	2922	Caymen. 32 Bll.	1803/04
Nr. 74	3158	Dirschkeim. 69 Bll.	1767/68
Nr. 69	3159	Dirschkeim. 47 Bll.	1768/69
Nr. 27	3161	Dirschkeim. 58 Bll.	1770/71
Nr. 17	3182	Dirschkeim. 82 Bll.	1791/92
Nr. 89	3376	Dollstädt. 96 Bll.	1778/79
Nr. 87	3377	Dollstädt. 61 Bll.	1779/80
Nr. 22	3381	Dollstädt. 62 Bll.	1783/84
Nr. 102	3385	Dollstädt. 53 Bll.	1787/88
Nr. 88	3389	Dollstädt. 23 Bll.	1791/92
Nr. 13	3686	Fischhausen. Einschließlich des vom dis- membrierten Amte Palmnicken zugegan- genen Anteils. Bl. 1–149. Rechnungssachen des Domänenamtes Kragau. Bl. 150–201 ¹⁶ .	1786/87 1783/84
Nr. 95	3745	Frauenburg. 107 Bll.	1796/97
Nr. 92	3817	Friedrichsberg. 79 Bll.	1752/53
Nr. 60	3818	Friedrichsberg. 19 Bll.	1753/54
Nr. 81	3822	Friedrichsberg. 61 Bll.	1757/58
Nr. 26	3823	Friedrichsberg. 100 Bll.	1758/59
Nr. 91	3828	Friedrichsberg. 79 Bll.	1763/64
Nr. 103	3899	Friedrichsfelde. 68 Bll.	1768/69
Nr. 55	3902	Friedrichsfelde. 62 Bll.	1771/72
Nr. 116	3906	Friedrichsfelde. 91 Bll.	1775/76
Nr. 76	4311	Grünhof. 79 Bll.	1770/71
Nr. 47	4327	Grünhof. 98 Bll.	1786/87

¹⁶ Es ist fraglich, ob es sich hierbei um den Ostpr. Fol. 5217 oder einen Teil desselben handeln könnte.

GAKO F 15, 1	StA Kbg. Ostpr. Fol.	Amtsname	Rechnungs- jahr
Nr. 122a	4373a	Guttstadt. Amtsexpl. 19 Bll.	1782/83
Nr. 42	4379	Guttstadt. 117 Bll.	1788/89
Nr. 66	4417	Guttstadt. 110 Bll.	1795/96
Nr. 61	4388	Guttstadt. 116 Bll.	1797/98
Nr. 84	4402	Heilsberg. 153 Bll.	1780/81
Nr. 19	4406	Heilsberg. 47 Bll.	1784/85
Nr. 62	4407	Heilsberg. 114 Bll.	1785/86
Nr. 40	4535	Hohenstein. 165 Bll.	1753/54
Nr. 120	4567	Hohenstein. 69 Bll.	1784/85
Nr. 53	4570	Hohenstein. 103 Bll.	1787/88
Nr. 49	4576	Hohenstein. 120 Bll.	1793/94
Nr. 20	4577	Hohenstein. 114 Bll.	1794/95
Nr. 31	4837	Kalthof. 86 Bll.	1773/74
Nr. 118	4839	Kalthof. 49 Bll.	1775/76
Nr. 33	4994	Karschau. 119 Bll.	1758/59
Nr. 85	4998	Karschau. 90 Bll.	1762/63
Nr. 54	5028	Karschau. 133 Bll.	1792/93
Nr. 28	5083	Kobbelbude. 169 Bll.	1740/41
Nr. 64	5104	Kobbelbude. 205 Bll.	1761/62
Nr. 117	5116	Kobbelbude. 41 Bll.	1773/74
Nr. 63	5131	Kobbelbude. 123 Bll.	1788/89
Nr. 70	5139	Kobbelbude. 104 Bll.	1796/97
Nr. 98	5141	Kobbelbude. 101 Bll.	1798/99
Nr. 96	5207	Kragau. 53 Bll.	1773/74
Nr. 78	5210	Kragau. 49 Bll.	1776/77
Nr. 34	5232 u. 5233	Kragau ¹⁷ . 89 Bll.	1798/99, 1799/1800
Nr. 43	5744	Laukischken. 100 Bll.	1754/55

¹⁷ Zu 1783/84 vgl. oben unter Fischhausen.

GAKO F. 15, 1	StA Kbg. Ostpr. Fol.	Amtsname	Rechnungs- jahr
Nr. 67	6580	Mehlauken. 108 Bll.	1771/72
Nr. 52	6588	Mehlauken. 188 Bll.	1779/80
Nr. 94	6608	Mehlauken. 186 Bll.	1799/1800
Nr. 24	6615	Intendanturamt Mehlauken. Reg.-Expl. 21 Bll.	1817
Nr. 110	7053	Mensgut. 81 Bll.	1793/94
Nr. 108	7264	Mohrungen. 125 Bll.	1788/89
Nr. 104	7273	Mohrungen. 124 Bll.	1797/98
Nr. 79	7352	Natangen. 73 Bll.	1770/71
Nr. 119	7353	Natangen. 45 Bll.	1771/72
Nr. 90	7380	Natangen. 102 Bll.	1798/99
Nr. 114	7584	Neidenburg. 493 Bll.	1760/61
Nr. 45	7614	Neidenburg. 186 Bll.	1790/91
Nr. 75	7831	Neuhausen. 66 Bll.	1778/79
Nr. 101	9762	Rößel. 115 Bll.	1789/90
Nr. 29	9766	Rößel. 89 Bll.	1793/94
Nr. 41	9840	Rossitten. 72 Bll.	1787/88
Nr. 56	10390	Schippenbeil. 19 Bll.	1751/52
Nr. 115	10391	Schippenbeil. 20 Bll.	1752/53
Nr. 99	10393	Schippenbeil. 30 Bll.	1754/55
Nr. 37	10451	Seeburg. 19 Bll.	1782/83
Nr. 39	10457	Seeburg. 124 Bll.	1788/89
Nr. 68	10728	Soldau. 117 Bll.	1770/71
Nr. 106	10730	Soldau. 39 Bll.	1772/73
Nr. 38	11054	Tapiau-Großhof. 29 Bll.	1758/59
Nr. 113	11103	Tapiau-Kleinhof. 96 Bll.	1761/62
Nr. 112	11126	Tapiau. Groß- und Kleinhof. 189 Bll.	1772/73
Nr. 58	11387	Taplacken. 178 Bll.	1765/66

Ämter- und Domänensachen

GAKO F. 15, 1	StA Kbg. Rep. 5	Aktentitel mit Laufzeit
Nr. 11	¶ ¹⁸	Dom.-Amt Brandenburg. Schadenstand wegen Überschwemmung der Wiesen beim Schatullgut Kathrinlauck. Hof-Expl. 5 Bll. 1793
Nr. 6	Tit. 2 Hohenstein Nr. 1	Einrichtung des Amtes Hohenstein durch die Domänen-Commissarien. Über 100 ungez. Bll. 1723 Darin: Bauernlisten und -befragungen der einzelnen Dörfer. Abschriften älterer Texte. Kolorierte Zeichnung. Besitz der Büdner zu Hohenstein.
Nr. 2	Tit. 2 Hohenstein Nr. 2	Austung der in den Hohensteinschen Amtsdörfern befindlichen wüsten kölmischen Hufen. Etwa 300 ungez. Bll. 1732. 1786

Städtesachen

GAKO F. 15, 1	StA Kbg. Rep. 5	Aktentitel mit Laufzeit
Stadt Schippenbeil		
Nr. 18	Tit. 23 S II Nr. 5a	Handwerkerordnung der Schirr- und Rademacher. Bl. 34-40. Anfang und Deckblatt mit altem Sign.-stempel irrtümlich nach 1945 bei F. 15, 1, 121 beigegeben. Schif-fenburg 1597 April 18, revidiert. 1722
Nr. 18	Tit. 23 S II Nr. 6	Tischlergewerk. Bl. 1-33. 1624-1789 Darin: General-Privilegium und Güldebrief. Berlin 1744 Sept. 10
Nr. 1	Tit. 23 S II Nr. 7	Schneidergewerk. 105 Bll. 1663-1805 Darin: Rolle, revidiert. (1663) 1722 Generalprivileg und Innungsartikel. 1738
Nr. 30	Tit 23 S II Nr. 8 vol. 1	Rolle des Fleisbergwerks. 34 Bll. 1722-1789 Enthält: Privileg Kurfürst Friedrich Wilhelms, revidierte Fassung. (1666) 1722 Generalprivileg und Güldebrief. (1739) 1789
Nr. 3	Tit. 23 S II Nr. 8 vol. 2	Fleisbergwerk Schippenbeil. 61 Bll. 1744-1802

¹⁸ Keine alte Signatur zu erkennen, möglicherweise handelt es sich um ein Fragment aus einer Amtsrechnung.

GAKO F. 15, 1	StA Kbg. Rep. 5	Aktentitel mit Laufzeit
Stadt Wehlau		
Nr. 7	Tit. 23 W II Nr. 1	Wehlausche Kämmererwaldungen. Etwa 30 ungez. Bll. 1765–1807
Nr. 112b	Tit. 23 W II Nr. 2	Ansetzung und Bestallung der geistlichen Bedienten der Stadt Wehlau. Enthält: Schulkollege Schettler, Einkommenserhöhung. 11 Bll. 1802–1803
Stadt Willenberg		
Nr. 5	Tit. 23 W III Nr. 2	Anlage einer neuen Warschauer Vorstadt der Stadt Willenberg. Etwa 300 ungez. Bll. 1770–1811 Darin: Kolorierter Situationsplan, 1770. Grund- und Aufriß von je 2 Handwerker- und Beutnerhäusern; Nachweise über die Fabrikanten der Städte Gilgenburg, Hohenstein, Ortelsburg, Neidenburg, Soldau, Osterode, Willenberg, 1784. Namen der Beutnerbürger und Handwerker, 1787.

Etat, Finanzen, Steuern

GAKO F. 15, 1	StA Kbg. Rep. 5	Aktentitel mit Laufzeit
Nr. 10	Tit. 6 Nr. 57	Leistungen der Ämter an die Domänenkasse. 4 Bll. 1793–1794
Nr. 16	Tit. 6 Nr. 59 vol. 2	Einsendung der Kontributionsanschlätze der Ämter. 5 Bll. 1799–1800
Nr. 18	?	Kontributions-Etat Amt Brandenburg. Kammer-Expl. Bl. 41–45. 1799/1800
Nr. 8	Tit. 6 Nr. 60	Angeblich von den adeligen Gütern Perpolken, Garbnicken und Karpau (Hauptamt Labiau) bisher bezahlte Tranksteuer. 21 Bll. 1795–1796 Früher: EM 102 d Perp
Nr. 121	Tit. 6 Nr. 61 vol. 1	Domänen- und Forstverwaltung, Steuern in der Provinz Neustpreußen. Etwa 200 ungez. Bll. 1798–1799
Nr. 9	Tit. 6 Nr. 61 vol. 2	Etats- und Rechnungswesen der Provinz Neustpreußen. 176 Bll. 1799–1800

GAKO F. 15, 1	StA Kbg. Rep. 5	Aktentitel mit Laufzeit
Nr. 14	Tit. 6 Nr. 61 vol. 2	Etats- und Rechnungswesen der Provinz Neustpreußen. Bl. 187–233 ¹⁹ . 1800
Nr. 12	?	Etat der Kontributions- und Steuergelände der Kreisämter Balga und Pr. Eylau. Kammer-Expl. Keine Bl.-Zählung. 1799–1800
Nr. 15	?	Kontributions- und Steuergelände des Neidenburgschen, Braunsbergischen und Heilsbergischen Kreises. Kammer-Expl. Kein alter Aktendeckel. Etwa 40 ungez. Bll. 1799–1800
Nr. 51	?	Anschätze von Gollominer Güterschlüssel Przasnyszen Kreises. 61 Bll. 1804–1805
Nr. 50	?	Verzeichnis der steuerpflichtigen und -freien Liegenschaften nach Gemarkungen und Klassen mit den zu fordernden Beträgen, Kreis Heiligenbeil. 233 Bll. Alter Deckel, Rücken überklebt ²⁰ . [nach 1861]

2. Kriegs- und Domänenkammer Gumbinnen

Jahrrechnungen der Generalpacht von Domänenämtern (Amtsrechnungen)

GAKO F. 47, 1	StA Kbg. Ostpr. Fol.	Amtsname	Rechnungsjahr
Nr. 10	2961	Clemmenhof. 129 Bll.	1759/60
Nr. 11	2968	Clemmenhof. 87 Bll.	1766/67
Nr. 13	2974	Clemmenhof. 129 Bll.	1772/73
Nr. 14	2975	Clemmenhof. 95 Bll.	1773/74
Nr. 15	2976	Clemmenhof. 113 Bll.	1774/75
Nr. 17	2987	Clemmenhof. 135 Bll.	1785/86
Nr. 19	2992	Clemmenhof. 130 Bll.	1790/91

¹⁹ Hier handelt es sich offensichtlich um die Fortsetzung von F. 15, 1, 9, wobei allerdings an der Bruchstelle ein Verlust von 10 Bll. eingetreten ist.

²⁰ Bei diesem Band handelt es sich um ein reines Zahlenwerk, dessen Provenienz aus sich heraus nicht festzustellen ist. In Frage kommen der Regierungspräsident oder eine nachgeordnete Steuerbehörde. Der ‚Terminus post quem‘ ergibt sich aus dem Formulareindruck.

GAKO F. 47, 1	StA Kbg. Ostpr. Fol.	Amtsname	Rechnungs- jahr
Nr. 20	4712a	Jurgaitschen. Reg.-Expl. 140 Bll. Enthält: Hauptpacht und Außerord., auch Magazingetreide und Geldrechnung, Per- sonen dorfweise verzeichnet unter bestän- digen Gefällen (Domänenzins, Mühlen- arrende, Mühlenzwangsbefreiungsgelder).	1813/14
Nr. 12	9353	Prökuls. 143 Bll.	1769/70
Nr. 16	9361	Prökuls. 335 Bll.	1777/78
Nr. 18	9373	Prökuls. 361 Bll.	1789/90

Ämter- und Domänensachen

GAKO F. 47, 1	StA Kbg. Rep. 8	Aktentitel mit Laufzeit
		Domänenamt Memel
Nr. 3	II Nr. 109	Verschreibung des Amtskruges des Amtes Althof/Memel an Landreiter Adam Schmiedefeld sowie andere Ver- schreibungen in diesem Amt. Etwa 100 ungez. Bll. 1763–1803
Nr. 4	II Nr. 110	Verschreibung eines Wohnhauses mit 6 Quadratruten magd. Rechts in Melneraggen an den Losmann Jurge Ernest aus Schmeltz. Etwa 40 ungez. Bll. 1779–1784
Nr. 21a	II Nr. 111	Vorkehrungen wegen der durch Bischof v. Massalski zu Crottingen eigenmächtig veränderten Grenze. Keine Bl.- Zählung 1780–1788
Nr. 7	II Nr. 113	Vermessung der Ländereien Micken-Gerge und Schei- pen-Toms. 50 Bll. 1801–1806
Nr. 5	II Nr. 114	Aufhebung des Scharwerks in den Ämtern Althof/Me- mel und Clemmenhof. 51 Bll. 1802–1804
Nr. 8	II Nr. 117	Verbesserte Nutzung der in den übermemelschen Äm- tern gelegenen wüsten Ländereien. Keine Bl.-Zählung. 1806
		Domänenamt Nassauen
Nr. 1	II Nr. 120	Annehmungsbriefe für Salzburger und versetzte Litauer. Je Person 1–2 Bll. Aufgeführt werden Fläche, Gebäude (deren Zustand), Besatzvieh, Hofwehr (Geräte), Saat- getreide, weitere Wirtschaftsbedingungen. 127 Bll. 1734

GAKO F. 47, 1	StA Kbg. Rep. 8	Aktentitel mit Laufzeit
		Domänenamt Tollmingkehmen
Nr. 2	II Nr. 185 Bd. 2 ²¹	Belastungen des den Salzburgern Martin und Bartlme Herzog übertragenen kölmischen Gutes Schaikuhmen. Etwa 300 ungez. Bll. 1735–1782

Städtesachen

GAKO F. 47, 1	StA Kbg. Rep. 8	Aktentitel mit Laufzeit
Nr. 6	IX Nr. 13	Unterstützung der Wolleherstellung, Führung des Wolle- magazins Insterburg und dessen Lagerrechnung. Etwa 300 ungez. Bll. 1787–1803
Nr. 9	IX Nr. 14	Nachweisung von den von der Insterburg von den fran- zösischen Truppen erhobenen Naturallieferungen. Keine Bl.-Zählung. 1807

²¹ Der vorangehende Aktenband mit dem Titel: Gut Schakummen: Kauf durch den Salzburger
Hertzog. Rep. 8 Abt. II Nr. 185 Bd. 1 (1732–1735) befindet sich beim Hauptbestand in Berlin.

Buchbesprechung

Heinz Neumeyer: *Westpreußen. Geschichte und Schicksal*. München, Universitas 1993, 525 S.

In der vorliegenden Publikation zeichnet der Vf. die Geschichte Westpreußens von der Vor- und Frühgeschichte bis zur Gegenwart nach. Der in 14 Kapitel gegliederten Darstellung ist eine Einleitung vorangestellt, die sich mit Deutschen und Polen seit 1945 und dem Problem Westpreußens beschäftigt. Seiner Auffassung, die polnische Forschung der Nachkriegszeit habe Westpreußen wie auch die anderen preußischen Ostprovinzen als „integralen Bestandteil der allgemeinen polnischen Geschichte“ bezeichnet, wofür er Biskup, Labuda und Górski als Beispiele nennt, muß zwar zugestimmt werden, hervorzuheben ist aber, daß infolge des Bruchs in der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 diese immer weniger bereit war, in den Dialog zu den polnischen Thesen einzutreten. Bereitwillig wurde den Polen eine Monopolstellung in der Erforschung der Geschichte des Raumes östlich von Oder und Neiße eingeräumt, wofür die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche von 1972 bis 1977 ein Beispiel sind. Angesichts dieser von deutschem Desinteresse bewirkten Situation war es nur natürlich, daß die polnische Seite ihr Übergewicht ausbaute, wobei sie allerdings nicht immer nur das Geschichtsbild verzerrte, sondern vielerorts auch zur Bereicherung der Kenntnisse beitrug. Gerade in der jüngsten polnischen Historiographie ist das zu erkennen, die durchaus zum sachlichen Austausch mit der deutschen Seite bereit ist, dabei aber nicht die gebührende Resonanz findet, wofür auch die oft ungenügenden oder fehlenden polnischen Sprachkenntnisse deutscher Historiker verantwortlich sein dürften.

Nach einem Überblick über das untere Weichselland in der Vor- und Frühgeschichte und über das Verhältnis von Pomoranen, Polen, Preußen und Deutschen im 10. bis 12. Jh. – mißverständlich ist hier der Begriff „Deutschland“, den es damals noch nicht gab – wendet sich N. der Gründung des Deutschordensstaates im 13. Jh. zu, dessen Aufbau- und Kulturleistungen er zu Recht betont. Als störend erweist sich der ideologische Terminus „Volksgruppen“, der der damaligen Situation nicht gerecht wird. Das gilt auch für die Verwendung des Dreiklassenbegriffs der Deutschen, Slawen und autochthonen Preußen. In Wirklichkeit entstand eine allerdings unter der Herrschaft der Deutschen stehenden Mischbevölkerung im Ordensstaat. Eingehend betrachtet N. die Entwicklung der städtischen und ländlichen Siedlung im späteren Westpreußen, wobei er aber die wichtige Arbeit von Maksymilian Grzegorz über die Verwaltungs- und Eigentumsstruktur Pommerellens unter der Herrschaft des Deutschen Ordens¹ nicht berücksichtigt. In seiner Schilderung des Niedergangs des Ordensstaats von der Schlacht bei Tannenberg (1410) bis zum Zweiten Thorner Frieden (1466) referiert der Vf. im wesentlichen Erkenntnisse der gedruckten Literatur, wobei er – und hier vermag ihm der Rezensent nicht zu folgen – den Dreizehnjährigen Krieg als „den schrecklichsten in der deutschen Geschichte“ bezeichnet (S. 179). N. spricht hier häufig von der „polnischen Machtpolitik“, die von einem „unerhörten Nationalismus“ bestimmt worden sei, ohne darauf hinzuweisen, daß der Orden eine ähnliche „Machtpolitik“ betrieb, die allerdings nicht die erwarteten Folgen zeigte.

Im folgenden behandelt der Vf. das Königliche Preußen bis zum Dekret von Lublin (1569). Er richtet hier sein Augenmerk hauptsächlich auf die mit der Reformation verbundenen Veränderungen, während wirtschaftliche, kulturelle und soziale Aspekte zurücktreten. Die Lubliner Union war indes nicht – wie N. schreibt – nur ein Willkürakt, weil dem litauischen Adel zahlreiche Sonderrechte zugestanden wurden. Auch dem Königlichen Preußen blieben das eigene Steuerbewilligungsrecht, die Entscheidung über Teilnahme an Kriegen außerhalb der Landesgrenze und sein besonderes Gerichtswesen erhalten, wenngleich seine Inkorporation in Polen dekretiert wurde.

¹ Maksymilian Grzegorz: *Struktura administracyjna i własnościowa Pomorza Gdańskiego pod rządami zakonu krzyżackiego w latach 1309–1454* [Die Verwaltungs- und Eigentumsstruktur Pommerellens unter der Herrschaft des Deutschen Ordens in den Jahren 1309–1454] (Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu 82, H.2), Warszawa, Poznań, Toruń 1987.

Noch im 18. Jh. konnte es – vor allem gestützt auf die Städte Danzig, Elbing und Thorn – seine allerdings beschränkte Eigenständigkeit gegen die Unifizierungspolitik der Krone behaupten. N. überschätzt die Bedeutung der Gegenreformation in Polen in der zweiten Hälfte des 16. Jhs. Damals war die Adelsrepublik – ein einmaliger Fall in Europa – ein Hort religiöser Toleranz. Erst die Kriege mit den orthodoxen Kosaken und dem hinter diesen stehenden Moskau sowie mit dem lutherischen Schweden zwischen 1648 und 1660 bewirkten eine Zäsur in der Geschichte der konfessionellen Minderheiten Polens. Der Sieg der Gegenreformation wurde hier weniger von der ständig ohnmächtiger werdenden Krone als von einem Mentalitätswandel innerhalb der Magnaten und der Szlachta bewirkt, die ein dauerhaftes Bündnis mit der katholischen Kirche schlossen. Der ermländische Bischof und Kardinal Stanislaus Hosius war daher allenfalls ein erster Wegbereiter der Gegenreformation in Polen. Auch unter dessen Nachfolger Martin Kromer blieb trotz aller konfessioneller Verschiedenheit in wichtigen Fragen das Einvernehmen mit den lutherischen Herzögen in Preußen gewahrt. Die Geschichte Westpreußens im 17. Jh. sieht N. vor allem wegen der polnischen Unterdrückungspolitik unter negativem Aspekt. Zweifellos machte die Polonisierung des dortigen Adels wie auch der Landbevölkerung damals große Fortschritte, das deutsche Bürgertum in den größeren Städten, vor allem in Danzig, konnte aber seinen dominierenden Einfluß bewahren und ein reges geistiges und kulturelles Leben entfalten. Söhne des dortigen Patriziats besuchten in größerer Zahl protestantische Hochschulen in Deutschland, was ihnen bei der späteren Tätigkeit im Justiz- und Verwaltungsdienst zugute kam.

Auch in dem das 18. Jh. betreffenden Teil seines Buches hat N. die konfessionellen Aspekte stark herausgestellt, was zu Lasten der zum Verständnis der Epoche wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse geht. Das zeigt sich besonders deutlich in dem Kapitel über das „Thorner Blutgericht“ (1724), wo er die Feststellung des Rezensenten, die hiermit verbundenen Vorfälle würden nur vordergründig auf konfessionellen Konflikten beruhen und vielmehr den Kulminationspunkt von längst vorhandenen Spannungen im sozialen und ständischen Bereich darstellen², für „völlig abwegig und unverständlich“ hält. N. sei hier auf die zahlreichen Akten im Staatsarchiv Thorn verwiesen, die erkennen lassen, welche Rolle die sozialen und ständischen Konflikte in der Stadt bereits in und vor dem Nordischen Krieg gespielt haben. Ein Funke wie die Ereignisse bei der Prozession vom 16. Juli 1724 genügte, um sie zur Entladung zu bringen. Fraglich ist auch, wieweit in jener Zeit von einem „deutsch-preußischen Patriotismus“ gesprochen werden kann. Wie schon Copernicus sah sich auch der Chronist Gottfried Lengnich weniger als Deutscher denn als Pruthenus (Preuße). Die Geschichte Westpreußens und Polens in der zweiten Hälfte des 18. Jhs. muß vor allem unter dem dominierenden Einfluß Rußlands gesehen werden, das nur vordergründig die Dissidenten unterstützte, in Wirklichkeit aber dieses Problem zur Verstärkung seiner Protektoratsfunktion in der Adelsrepublik benutzte.

Eingehend befaßt sich N. im folgenden mit den Teilungen Polens, wobei die polnische Historiographie schon seit Beginn des 20. Jhs. dafür nicht nur die Machtpolitik der Großmächte, sondern auch die innere Paralyse der Adelsrepublik verantwortlich macht. Mit Recht würdigt der Vf. die Aufbauleistungen der preußischen Administration in den neuerworbenen polnischen Gebieten. Er hätte allerdings bei der Darstellung der Reform des westpreußischen Schulwesens auf die Vorarbeiten der polnischen nationalen Erziehungskommission, der ersten weltlichen Erziehungsbehörde Europas, verweisen müssen. Bei der weiteren Lektüre des Buches bemerkt man das weitgehende Aussparen des napoleonischen Herzogtums Warschau, obwohl dieses mit dem benachbarten Westpreußen in Berührung stand. Auch die für Westpreußen wichtigen polnischen Aufstände von 1830/31 und 1863/64 werden nur am Rande erwähnt. Der Vf. beschränkt sich hier im wesentlichen auf die Versöhnungspolitik Friedrich Wilhelms IV. und die 48er Revolution und stellt die auch für Westpreußen wichtige nationalpolnische Bewegung nicht in den internationalen Zusammenhang. Detaillierter wird seine Darstellung erst wieder nach 1871, als er auf den

² Stefan Hartmann: *Thorn im Nordischen Krieg*, in: *Thorn. Königin der Weichsel 1231–1981* (Beiträge zur Geschichte Westpreußens, Nr. 7), Göttingen 1981, S. 335.

wirtschaftlichen Aufschwung der Provinz, die Weichselregulierung, die Technische Hochschule Danzig und den Kulturkampf zu sprechen kommt. Die Bismarcksche Polenpolitik wird von N. positiv beurteilt. Die Gründe ihres Scheiterns, u. a. die Fehleinschätzung, daß das polnische Nationalgefühl im wesentlichen von Adel und Geistlichkeit getragen werde, die anderen Bevölkerungsgruppen aber dem Deutschtum durch Schule und Militär gewonnen werden könnten, werden jedoch nicht deutlich gemacht. Ein eigenes Kapitel ist dem „geteilten Westpreußen zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg“ gewidmet. Hier werden die nachteiligen Folgen des Versailler Vertrages für diese Region skizziert, wobei der Regierungsbezirk Westpreußen, die Grenzmark Posen-Westpreußen und die Freie Stadt Danzig gesondert behandelt werden. Vermißt wird dagegen die Betrachtung des vor 1918 zur Provinz Westpreußen gehörenden polnischen Korridorgebietes. Lediglich die Lage der deutschen Minderheit unter polnischer Herrschaft wird erörtert, die – und hier ist dem Vf. zuzustimmen – alles andere als erfreulich war. Abschließend geht N. auf die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs ein, wobei fraglich ist, ob die von der Gestapo und SS begangenen Gewaltakte an Polen nur ein „Vorspiel für die allerdings noch weit schrecklichere Vertreibung der Deutschen nach 1945“ gewesen sind. Zweifellos sind die Entrechtung, Verfolgung und Vertreibung der Deutschen im Zusammenhang mit der „russisch-polnischen Gewaltpolitik“ zu sehen. Es wird abzuwarten sein, wieweit diese Probleme zwecks einer wirklichen Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen überwunden werden können.

Die vorliegende Darstellung gibt zwar einen Überblick über die westpreußische Geschichte, sie leidet aber darunter, daß viele wichtige Fragen – vor allem aus dem sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Bereich – ausgespart bleiben und der deutsche Blickwinkel zu sehr in den Mittelpunkt gestellt wird. Eine ausgewogene Darstellung kann nur durch die Einbeziehung der Ergebnisse der polnischen Forschung – das hat Vf. nicht in ausreichendem Maß getan – und durch Heranziehung des umfangreichen ungedruckten Quellenmaterials, z. B. im Geheimen Staatsarchiv, aber auch in polnischen Archiven, erreicht werden. Das Buch kann daher die ein dringliches Desiderat bildende wissenschaftliche Darstellung der Geschichte Westpreußens nicht ersetzen.

Stefan Hartmann

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 32/1994

ISSN 0032-7972

Nr. 2

INHALT

Klaus Conrad, Bericht über die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung in Oldenburg (18.–19. Juni 1994), S. 33 – *Erhard Ross*, Die kurze Geschichte des Theaters in Lyck (Ostpr.) 1922–1926, S. 41 – *Friedrich Richter*, Hans Bernhard von Grünberg, letzter Rektor der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. 1937–1945, S. 57.

Bericht über die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung in Oldenburg (18.–19. Juni 1994)

Von Klaus Conrad

Auf ihrer diesjährigen Jahrestagung, die sie am 18. und 19. Juni 1994 abhielt, war die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung Gast des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg. Die öffentlichen Veranstaltungen standen unter dem Thema „450 Jahre Gründung der Universität Königsberg“. Nach der Eröffnung der Tagung durch den Kommissionsvorsitzenden Arnold begrüßte der Direktor des Bundesinstituts Broll als Gastgeber die Kommission und stellte ihr in kurzen Worten das 1989 gegründete Institut vor.

Den ersten Vortrag hielt Prof. Helmut Freiwald (Oldenburg) über „Das ständepolitische Umfeld der Universitätsgründung in Königsberg“. Im Mai 1539 erreichte der junge Wittenberger Mathematikprofessor Georg Joachim von Lauchen, latinisiert Rheticus, Frauenburg, wohin er zum Studium der Astronomie des Copernicus beurlaubt worden war. Etwa zur gleichen Zeit entschieden sich im östlich davon gelegenen Teil Preußens die Landstände auf einem Landtage des Herzogtums für die Gründung einer Hohen Schule. Rheticus' Schilderung läßt die damalige ständische Gliederung Preußens und grundlegende politische Bedingungen des dortigen wissenschaftlichen Lebens in Umrissen erscheinen. Wichtige handelnde Personen waren die Bischöfe Johannes Dantiscus von Kulm und Tiedemann Giese von Ermland, Herzog Albrecht, der Danziger Bürgermeister Johann von Werden. Dagegen verzichtete Rheticus als

Kommissionsverlag: Elwert'sche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 35037 Marburg (Lahn)

Manuskripteinsendungen sind zu richten an:

Dr. Stefan Hartmann, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Archivstraße 12–14, 14195 Berlin, oder
Dr. Klaus Neitmann, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, An der Orangerie 3, 14469 Potsdam

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Forschungsrates

Herstellung: Karlheinz Stahringer, 35085 Ebsdorfergrund

Gast des altgläubig gebliebenen ermländischen Domkapitels darauf, die kirchlichen Scheidungen des Landes zu akzentuieren.

1535 war in Elbing ein der Pflege der Literatur verpflichtetes Gymnasium gegründet worden. Kaum drei Jahrzehnte früher, im Jahre 1508 hatte die Stadt einen Versuch des ermländischen Bischofs Lucas Watzenrode abgewehrt, mit den Mitteln des Klosters St. Brigitten dort eine Universität einzurichten. Im Preußen königlichen Anteils hatte nach 1473 die Absicht, den ordenszeitlichen Versuch einer Universitätsgründung in Kulm zu erneuern, keine dauerhafte finanzielle Unterstützung aller Landstände gefunden, wie sie dafür nötig gewesen wäre. Die Bemühungen Lucas Watzenrodes um eine Universitätsgründung in Elbing weckten dort Befürchtungen vor einem wachsenden Einfluß des Bischofs in der Stadt, die in ihrem Widerstand Rückhalt bei Danzig fand. Es gelang, mit Hilfe des Danziger Brigittenklosters das Schwesterkloster in Elbing vorübergehend zu beleben, so daß sein Besitz für die Hochschulgründung nicht mehr verfügbar war.

Auch die Initiative der adligen Räte und Landtagsgesandten des Herzogtums Preußen vom 15. Mai 1539 sah vor, disponibles Kirchengut für den Aufbau einer Hohe Schule zu verwenden. Anders als in Elbing hatte aber dort seit 1523 der reformatorische Prozeß kirchliches Vermögen dauerhaft verfügbar werden lassen. Für ihr Votum machten die beiden Landtagsgremien, die ohne die Städte und außerhalb der landesherrlichen Agenda handelten, den Mangel an gelehrten Predigern und Räten geltend. Am 19. Mai stimmte Herzog Albrecht ihrem Begehren zu. Der politische Wille des Landadels schaffte damit die Grundlage für eine Hohe Schule in Preußen und verpflichtete sich hierfür den Landesherrn, der nach einem konfliktreichen Jahrzehnt den inneren Ausgleich suchte und dazu eine Brücke nutzte, die ihm sein Rat Georg von Kunheim gebaut hatte. Die Städte des Herzogtums waren den Weg der adligen Landtagsgesandten nicht mitgegangen. Widerstand regte sich besonders in den drei Städten Königsberg, mit denen es schon zuvor wegen der Pläne einer Zusammenschließung zu einer Stadt Auseinandersetzungen gegeben hatte. Sie wehrten sich dagegen, die geplante Hohe Schule aufzunehmen, und schlugen Wehlau als Standort vor. Aber sie waren isoliert, und so sollte doch der Kneiphof Königsberg Particular und Universität aufnehmen.

Es folgte der Vortrag von Prof. Joseph Kohlen (Luxemburg) über „Andrej Bolotows Königsberg-Aufzeichnungen (1758–1761) im Blickfeld der ostpreußischen Literaturgeschichte“. Bolotow, aus einer verarmten Landadelsfamilie stammend, kam nach der Besetzung Ostpreußens durch die Russen als junger Secondelieutenant im April 1758 nach Königsberg, das ihn als Handels-, Kultur- und Verwaltungszentrum begeisterte und das sich ihm als Bildungsparadies darstellte. Die Stadt stand damals am Beginn eines neuen literarischen Aufschwungs. Den russischen Gouverneur v. Korff allerdings, dessen deutschfreundliche Beschützerrolle die Historiker rühmen, beurteilte sein Kanzleischreiber Bolotow negativ. Doch kam es dank der von Rußland gewährten Freizügigkeit zu einer lebhaften Reisetätigkeit von Königsbergern nach Rußland und ins Baltikum. Bei schwankenden Sympathien versuchte man mit den erzwungenen Umständen auszukommen. In den Briefwechseln der örtlichen Schriftsteller stößt man auf ein merkwürdiges Schweigen über die politische Lage. Nach wie vor war Königsberg ein lebhafter Handelsplatz, und seine Jahrmärkte zogen große Menschenmengen

aus vielen „Völkerschaften“ an. Die Neigung des Gouverneurs v. Korff zu prunkvollen Belustigungen hatte als negative Seite einen vielfach belegten Sittenverfall zur Folge. Während Bolotow an den durchaus ehrbaren bürgerlichen Tanzveranstaltungen Gefallen fand, blieb er von den mondänen Empfängen der Adels- und Patrizierkreise, vor allem den Veranstaltungen der hochgebildeten Gräfin Keyserling, ausgeschlossen. Gesellschaftliche und kulturelle Höhepunkte waren für ihn die von Korff geförderten Theater- und Opernaufführungen, zu denen neben fremden Truppen eines der ersten stehenden Schauspielhäuser Deutschlands beitrug. Besonders wichtig wurde für Bolotow die Königsberger Buchkultur, die schon vor dem Auftreten von Johann Jakob Kanter (ab 1760) ein überaus reichhaltiges Buchangebot sowohl zum Ausleihen wie zum Kauf bereithielt. Aufschlußreich sind Erwerbungen Bolotows, so etwa die der Stücke Holbergs in deutscher Übersetzung. Bolotow war ein eifriger Leser Gottscheds und Sulzers. Gegen die neue deutsche Philosophie Wolffscher Prägung hegte er aus einer schlichten Glaubenshaltung heraus eine tiefe Abneigung. Wie viele russische Offiziere hat auch Bolotow die Möglichkeit zu Studien an der Königsberger Universität genutzt, dabei aber den jungen Kant wohl nicht gehört. Doch weist manches auf ein breit gefächertes Studium hin. Ablehnend stand Bolotow zeit seines Lebens der Freimaurerei gegenüber, deren Königsberger Loge 1760 wiederbelebt wurde und der namhafte Vertreter des russischen Offizierskorps angehörten. Begeistert hat Bolotow schließlich die bauliche Anlage Königsbergs, und zwar weniger die historischen Denkmäler, für die ihm ein sicheres ästhetisches Urteil fehlte, als die zahlreichen Grünanlagen, etwa die exotischen Illusionslandschaften des „Saturgussow“-Gartens. Bolotow entwarf als scharfer Beobachter ein weitgefächertes Gesamtbild des damaligen Königsberg und seiner Kultur, deren Atmosphäre in seinen Erinnerungen wiederersteht.

Den Vormittag beschloß der Vortrag von Dr. Rudolf Fietz (Oldenburg) „Herbarts Königsberger Zeit und die preußische Bildungsreform“. Als zweiunddreißigjähriger Göttinger Philosophieprofessor erhielt Herbart 1808 einen Ruf nach Königsberg als Nachfolger Kants. Aus der resignierenden Stimmung im französischbesetzten Göttingen geriet er in Königsberg in die Aufbruchsbewegung der preußischen Reformen, die den Staat erneuern und modernisieren sollten. Ein wichtiges Teilstück dieser Reformen war die Bildungsreform mit ihrem Ziel der Heranbildung verantwortungsbewußter Staatsbürger. 1809, im gleichen Jahr wie Herbart, kam Wilhelm v. Humboldt nach Königsberg, wo er 14 wichtige Monate lang wirkte. Die Gliederung des Schulwesens wurde organisatorisch in Königsberg begonnen, das ein humanistisches Gymnasium erhielt. Doch blieben die Reformen unvollendet. 1810 suchte v. Humboldt um seine Entlassung nach. Die pädagogische Ausrichtung der Reformen muß Herbart gereizt haben. Der König erhoffte von ihm den Einzug pestalozzischer Gedanken in Königsberg. Als Mitarbeiter am Reformwerk war Herbart von Anfang an eingeplant. Am 29. April 1809 traf er das erste Mal mit Wilhelm von Humboldt zusammen, auf den er unsympathisch wirkte, während er selbst respektvoll von Humboldt berichtete. Er wurde von ihm zum Mitglied der wissenschaftlichen Deputation in Königsberg, einer wichtigen Reforminstanz, ernannt, in der er vom Herbst 1810 bis zum Jahre 1816 mitwirkte. Zur Umsetzung seiner Vorstellungen konzipierte er das Pädagogische Seminar

als Keimzelle der Lehrerbildung, als Stätte, in der sich Erziehungstheorie und Praxis ergänzen sollten, als Einrichtung zur Verbesserung der schulischen Erziehung und als Ausgangspunkt für die Umsetzung von Reformen in größere Verhältnisse. Dieses von Herbart beantragte Seminar wurde vom Staat zwar bewilligt, jedoch finanziell zunächst ganz ungenügend ausgestattet, so daß es nur fragmentarisch verwirklicht werden konnte. Das besserte sich 1816. Dazu schaffte Herbart aus seinem Privatvermögen ein Haus an, das er für das Seminar nutzte. Trotz großer Schwierigkeiten gestaltete sich die Arbeit am Seminar erfolgreich, auch wenn die Wirklichkeit weit hinter Herbarts Idealvorstellungen zurückblieb. Daneben war Herbart Mitglied der Königsberger Stadtschuldeputation und für das öffentliche Schulwesen Ostpreußens tätig. Trotz dieser Aufgaben lagen die Schwerpunkte seiner Tätigkeit und seiner umfangreichen wissenschaftlichen Produktion auf dem Gebiete der Theorie und der Philosophie. Vor allem in der Zeit der Restauration kam es bei ihm zu einer Entfremdung zum preußischen Staat und zu langen, zermürbenden Auseinandersetzungen. Im September 1833 ging Herbart nach Göttingen zurück. Nach seinem Weggang wurde das Pädagogische Seminar geschlossen. In Göttingen stand für ihn wieder die Philosophie im Mittelpunkt.

Am Nachmittag sprach zunächst Dr. Stefan Hartmann (Berlin) über „Quellen zur Königsberger Universitätsgeschichte in der Frühen Neuzeit (16.–18. Jahrhundert)“. Er berichtete über bisher weitgehend unbekanntes Material aus dem Preußischen Generaldirektorium und der Repositur 7 „Preußen“ im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz Berlin. Ältestes Stück ist die „Fundation der Universität zu Königsberg 1557“ mit den 1554 verbesserten Statuten und einer Abschrift des Privilegs König Sigismunds II. August von 1560. Reicher fließen die Quellen dieses Fonds erst ab dem Anfang des 17. Jahrhunderts. Genannt sei hier der Visitationsbericht des Christophorus Perlagus, der Einblicke in die inneren Verhältnisse der Universität gewährt. Aus der Zeit des Großen Kurfürsten stammen Schreiben zu theologischen Streitigkeiten und anderen Querelen, eine Denkschrift des Senats zum Präsentationsrecht, eine Reglementierung des Lehrbetriebs durch den Kurfürsten und vieles andere. In der Zeit seines Nachfolgers Friedrich III. (I.) zeigen die Schriftstücke einen Zustand fortschreitenden Verfalls. Ein neuer Wind begann unter Friedrich Wilhelm I. zu wehen. Allerdings bezeugen die von ihm angeforderten jährlichen Berichte zunächst einen stetigen Rückgang der Studentenzahlen. Ein schwerer Mißstand waren die gewalttätigen Werbungen des Militärs. Erst als der König sie nach immer wiederholten Beschwerden in den dreißiger Jahren bei Studenten verbot, stieg die Zahl der Studierenden wieder an. Der König hat von Anbeginn seiner Regierung die Vorgänge an der Universität überwacht, wodurch wir viele Einblicke, u. a. auch in die Lehrtätigkeit der Professoren erhalten. Maßnahmen gegen Mißstände wurden 1725 eingeleitet. Reich belegt ist in den Akten der Streit zwischen dem orthodox-lutherischen Professor Johann Jakob Quandt und dem pietistischen Professor Franz Albrecht Schultz. Auch Friedrich d. Gr. hat sich intensiv mit der Albertina befaßt. Er empfahl die Berufung von Personen außerhalb Preußens, um das Niveau der Universität zu heben. Auch er griff mit Edikten und Reglements in das Leben der Institution ein. Angesichts ständiger Klagen über die Besoldung sind Informationen zu den Professorengehältern interessant. Die Zeit

der russischen Besetzung im Siebenjährigen Krieg wird in den Akten nicht belegt, dagegen die Maßnahmen zur Restitution in der Zeit danach. Über Kant und seine Lehrveranstaltungen berichten die Akten erstmals 1766/67. Abgesehen von Kant entsprachen die Lehrinhalte weitgehend dem traditionellen Schema. Die überwiegende Zahl der Studenten kam damals aus Preußen. In den achtziger Jahren zogen die Vorlesungen Kants zunehmend auch Studenten aus dem Ausland an.

Es folgten zwei Kurzreferate „Zum Stand der Katalogisierungsarbeiten der mittelalterlichen deutschsprachigen Handschriften der ehemaligen Staats- und Universitätsbibliothek Königsberg“. Zunächst berichtete Prof. Eckhard Grunewald (Oldenburg) über die Vorgeschichte. Im Rahmen eines reichweiten Vorhabens wurde in den dreißiger Jahren Ludwig Denecke mit Vorarbeiten für den Katalog der Königsberger Handschriften betraut. Sie konnten vor Kriegsende nicht fertiggestellt werden; doch gelang es Denecke, seine Materialien aus Königsberg in den Westen zu retten. Er hat sie dem neugegründeten Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg übergeben. Die Vorgänge am Ende des Zweiten Weltkrieges und beim teilweisen Untergang der Königsberger Bibliothek und ihrer ausgelagerten Bestände sind nicht geklärt und haben zu vielen Legenden Anlaß gegeben. Teile der Bibliothek und ihrer Handschriften sind in verschiedenen Bibliotheken im Osten erhalten.

Ralf Päsler M. A. (Oldenburg) sprach über die Arbeiten am Katalog, die sich auf die Versuche Steffenhagens aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, dann auf die 1933 begonnenen und 1940 abgebrochenen Arbeiten Ludwig Deneckes und schließlich auf die geretteten Stücke in der Universitätsbibliothek Thorn, in der Kantbibliothek Kaliningrad und in der Akademiebibliothek Wilna stützen. Weitere Ergänzungen liefern Veröffentlichungen in der Literatur. Auf Grund dieser Materialien soll versucht werden, die Handschriftenbibliothek zu rekonstruieren, ein Plan, der Unsicherheiten in sich birgt, da viele Handschriften nie beschrieben worden sind. Auch läßt das sehr ungleichartige Material keine einheitliche Katalogisierung zu, was der Referent an Beispielen belegte.

Der anschließende Vortrag von Prof. Janusz Małek (Thorn) „Polnische Studenten in Königsberg im 16./17. Jahrhundert“ wurde mit einem Überblick über den Forschungsstand eingeleitet. Dann ging Małek auf die Rolle Königsbergs für die kulturelle Entwicklung Polens ein. Das lutherisch gewordene Ostpreußen der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts erforderte eine Modernisierung der Ausbildung seines akademischen Nachwuchses. Dafür war die Universitätsgründung erforderlich, die Herzog Albrecht nach der Einrichtung einer Partikularschule (1541) im Jahre 1544 vornahm. Der Herzog hatte damit gleichzeitig auch ein Stück protestantischer Mission im Auge. König Sigismund II. August von Polen bestätigte auf seinen Wunsch die Neugründung und verlieh ihr die Privilegien der Krakauer Universität. Von Anfang an studierten Polen in Königsberg. Zuvor schon hatte Wittenberg trotz Verboten eine Anziehungskraft auf polnische Studenten ausgeübt. In Königsberg hatte zudem der Herzog im Hinblick auf die geistliche Versorgung der südlichen Landesteile Stipendien für Studenten mit Polnischkenntnissen ausgesetzt. In den Jahren 1544–1550 waren in Königsberg 69 Polen immatrikuliert; später sanken die Zahlen, und im 17./18. Jahrhundert übte Königsberg keine Anziehung für Polen mehr aus. Das polnische Interesse hing mit der Ent-

wicklung des Luthertums in Polen nach Sigismund Augusts Regierungsantritt (1548) zusammen. Damals schien ein Sieg des Protestantismus nicht ausgeschlossen. In gewissen Gebieten Polens nahm aber auch der Calvinismus zu und damit auch eine Hinneigung zu calvinistischen Universitäten, die nun viele Polen anzogen. Immer mehr von ihnen verließen Königsberg, wobei es wohl kaum einen Zusammenhang mit dem Osiandrischen Streit gab. Entscheidend wurde dann die Gegenreformation, die das protestantische Lager in Polen auflöste. Ein Großteil der Polen, die in Königsberg studierten, kam aus dem Königlichen Preußen. Auch in späteren Zeiten blieb die Ausbildung polnischsprachlicher Pastoren für die südlichen Teile des Herzogtums wichtig. Nur in der Anfangszeit waren die polnischen Studenten organisiert und gab es in Königsberg eine polnische Kolonie. Sie trug zur Übersetzung religiöser Werke ins Polnische bei, so daß viele polnische Veröffentlichungen damals in Königsberg erscheinen konnten. Der Dichter Jan Kochanowski, der zu dieser Zeit am Hofe Herzog Albrechts weilte, war zeitweise auch an der Universität tätig. Insgesamt war Königsberg besonders im 16. Jahrhundert eine in Polen sehr beliebte Universität.

Den letzten Vortrag des Tages hielt Prof. Manfred Lossau (Trier) über „Klassische Studien an der Universität Königsberg zur Zeit Kants“. Neben Philosophie und Astronomie hat auch die Klassische Philologie an der Albertina eine Blütezeit erlebt, freilich erst, beginnend mit Friedrich August Lobeck, im 19. Jahrhundert. Im 18. Jahrhundert lag diese Wissenschaft in ganz Deutschland darnieder. Der Einfluß des englischen Philologen Richard Bentley und des durch Winckelmann ausgelösten Neuhumanismus wurde vor der Wende zum 19. Jahrhundert nicht wirksam. Zu dem späteren Aufschwung allerdings hat Kant indirekt durch die Aufnahme von Rousseaus „Emile“ und Winckelmanns „Geschichte der Kunst des Altertums“ Entscheidendes beigetragen. Herder feierte ihn, der ihm durch Apoll gegeben sei. Kant hatte allerdings Griechisch auf der Schule (dem Fridericianum) nur an Hand des Neuen Testaments und Lateinisch nach einem sehr dürftigen Kanon gelernt, in dem philosophische Schriften nicht vorkamen. Direkte Anstöße für einen Aufschwung des Humanismus in Königsberg waren von ihm nicht zu erwarten; die großen griechischen Philosophen hat er offenbar nicht im Originaltext gelesen, seine Urteile auch über die anderen griechischen Autoren blieben im Allgemeinen. Etwas besser stand es mit dem Lateinischen. Die Defizite im Griechischen scheinen für die ganze Fakultät gegolten zu haben. Der Ordinarius dieser Sprache war nur zu Vorlesungen über das griechische Neue Testament verpflichtet. Das Lateinische war unter einen Ordinarius für Rhetorik und einen für Poesie aufgeteilt, das Studium sehr stark auf die Erwerbung praktischer Fähigkeiten abgestellt. Kant fühlte sich der kultivierenden Kraft der „Alten“ verpflichtet. Müßig scheint es zu fragen, was es für seine Philosophie bedeutet hätte, hätte er wichtige Werke der griechischen Philosophie wie etwa die „Nikomachische Ethik“ intensiv in sich aufgenommen. Die Wende für die Klassische Philologie in Königsberg setzte etwa zehn Jahre nach Kants Tod mit Christian August Lobeck ein. Dieser hielt im Jubiläumsjahr 1844 die Festrede, in der er mit dem Zitat von Trojas Untergang in merkwürdiger Weise das Ende der Albertina hundert Jahre später vorauszuahnen schien.

Am Abend des 18. Juni hielt die Kommission dann noch ihre Mitgliederversamm-

lung ab. Sie gedachte der seit der letzten Tagung Verstorbenen Leo Juhnke, Theodor Penners und Werner Thimm durch Würdigungen der Herren Karp, Jähnig und Wermter. Der Tätigkeitsbericht des Ersten Vorsitzenden lag der Kommission wie immer schriftlich vor. Die Umwandlung des Herder-Instituts und den Fortfall der bisherigen Funktion des Herder-Forschungsrats hatte er dabei zum Anlaß genommen, auf die derzeitige Lage der Kommission und ihr Funktionieren ausführlicher einzugehen. Darüber hinaus konnte er der Mitgliederversammlung die Korrekturfahnen von Band II 1 des Handbuches der Geschichte Ost- und Westpreußens vorlegen. Anschließend ging er auf schriftlich vorgetragene Einwände eines Mitglieds ein. Es folgten der Kassenbericht (K. Conrad) und der Bericht des Kassenprüfers (K. Militzer) und anschließend die Entlastung des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung. Zu neuen Mitgliedern wurden die Herren Garber, Heckmann, Sarnowsky, Tauber und Zdrenka gewählt. Ihre nächste Jahrestagung will die Kommission vom 16.–18. Juni 1995 in Mühlhausen (Thüringen) unter den Themen „Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Ost- und Westpreußen“ und „Die Beziehungen zwischen Thüringen und dem Preußenland“ abhalten. Herr Arnold berichtete dann noch über den aktuellen Stand der Umwandlung der Dachorganisation für die Kommissionen, bei der wichtige Entscheidungen bevorstanden.

Am Sonntagvormittag hielt zunächst Dr. Gerd Brausch (Freiburg) einen Vortrag über „Die Albertus-Universität vom Ersten Weltkrieg bis zum Jubiläum 1944“. Von den Kriegereignissen des Ersten Weltkrieges wurde die Universität nicht direkt erfaßt, der Lehrbetrieb ging weiter, allerdings mit einer jetzt zur Hälfte weiblichen Studentenschaft. 1915 wurde ein Lehrstuhl für slawische Philologie geschaffen, 1916 das Institut für ostdeutsche Wirtschaft gegründet. Durch die Unruhen nach dem Kriegsende steuerte Prof. Albert Bezenberger die Universität 1919–1921 als Rektor, dann noch bis 1922 als Kurator, nachdem dieses Amt von dem des Oberpräsidenten getrennt worden war. Sein Nachfolger als Kurator Friedrich Hoffmann, der das Amt bis 1945 versah, erwies sich als besonderer Glücksfall für die Universität. Er sah es als seine Aufgabe an, den Ausbau der Universität in der vom Reich abgeschnittenen Provinz zu betreiben. 1924 wurde der 200. Geburtstag Kants festlich begangen. Gleichzeitig erhielt die Königsberger Gelehrte Gesellschaft ihre staatliche Anerkennung. Nachdem bereits 1925 zwei neue Institute eingerichtet worden waren, zeitigten die Bemühungen des Kurators 1928 im Erweiterungsbau der Universität und im Neubau der medizinischen Poliklinik auch nach außen sichtbare Erfolge. 1929 konnte die Staats- und Universitätsbibliothek ihr vierhundertjähriges Jubiläum feiern. Veränderungen brachte auch für die Albertina die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Die Rechte des Senats und des Generalkonzils gingen auf den Rektor über, und auf Grund der Nürnberger Gesetze verloren Professoren, unter ihnen auch der Historiker Hans Rothfels, ihr Lehramt. 1934 begann der erste Lehrgang des „Langemarkstudiums“, durch das Begabungen aus Arbeiter- und Bauernschaft gefördert werden sollten. Die Erweiterung der Universität setzte sich mit mehreren Institutsgründungen fort. Die der Partei angehörenden Rektoren Gerullis und v. Grünberg arbeiteten darauf hin, die Universität von wissenschaftsfremden Einflüssen frei zu halten. 1941 konnte v. Grünberg verhindern, daß der Kanzler Hoffmann durch den ehemaligen Gauleiter Kube er-

setzt wurde. Doch gab es immer wieder von der Partei geprägte Großveranstaltungen, wie etwa den ersten Königsberger Studententag (1939). Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde im Jahre 1940 das Herder-Institut aus Riga nach Königsberg ausgelagert und dort als Institut für Ostforschung an der Albertina fortgeführt. Außer Institutsgründungen wurde noch 1943 eine landwirtschaftliche Fakultät eingerichtet. Das folgende Jahr war das Jahr des vierhundertjährigen Bestehens der Universität. Wollte die Universitätsleitung sich angesichts der Kriegslage auf eine Feier am Grabe Kants beschränken, so drängte die Partei auf ausgedehnte Veranstaltungen mit einer Vortragsreihe als Auftakt. Die Feiern wurden vom 17. August auf den 8. und 9. Juli vorgezogen. Sie erfolgten unter Beteiligung der Minister Rust und Funk, dazu von Rektoren, Kuratoren und Wissenschaftlern anderer Universitäten. Wenige Wochen nach den Feiern sanken Königsberg und mit ihm die meisten Einrichtungen der Universität in Schutt und Asche.

An diesen Vortrag schlossen sich aus persönlichem Erleben gewonnene Aspekte über „Studium in Königsberg im Zweiten Weltkrieg“ von Prof. Karl-Heinz Ruffmann an. Nach einer Verwundung konnte er im Sommersemester 1944, jenem letzten der Albertina, in Königsberg studieren. Seine Erinnerungen und Eindrücke faßte er in drei Punkten zusammen: 1. Der Vorlesungsbetrieb war noch nicht gravierend behindert. Von den von ihm besuchten Veranstaltungen beeindruckte ihn besonders das Hauptseminar von Herbert Grundmann über Nationalbewußtsein im späten Mittelalter. 2. Als Student war man zu dieser Zeit von Kommilitoninnen umgeben, die einen Anteil von 60% an der Gesamtzahl der Studierenden erreicht hatten. Die starke Zunahme des Frauenstudiums leitete einen strukturellen Wandlungsprozeß ein, der auch das allgemeine Bewußtsein änderte. 3. Zwar war die Albertina damals von Teilen ihrer Leitung, ihres Lehrkörpers und auch der Studentenschaft her gesehen eine braune Universität, doch gab es 1944 keine wirksamen Schulungsmöglichkeiten mehr, so daß neben dem Studium Raum für private Freizeit blieb. An den Jubiläumsfeierlichkeiten wurden die Studenten nur wenig beteiligt. Die in der Erinnerung heitere Zeit nahm mit dem Vorstoß der Russen und der freiwilligen Meldung zur Verteidigung des Landes für Ruffmann ein jähes Ende. Sie steht in scharfem Kontrast zu dem dann folgenden Untergang der Festung Königsberg.

Zum Abschluß der Tagung sprach Mag. Svetlana E. Čekina (Kaliningrad) über „Deutsche Studien in Kaliningrad“. Mit der Ausweisung der Deutschen in den Jahren 1947 und 1948 und der Neubesiedlung des Landes durch Russen begann die russische Zeit Königsbergs. Die deutsche Geschichte des Landes war mit einem Tabu belegt und durfte nicht erforscht werden. Doch entwickelte sich unter dieser Decke ein lebhaftes Interesse daran, das in den letzten fünf bis sechs Jahren aus seiner Illegalität heraustrat. Um Studienmöglichkeiten für das Gebiet zu schaffen, wurde 1948 die Universität Kaliningrad mit drei Fakultäten gegründet, zunächst mit Sitz in einer ehemaligen Volksschule, dann in dem wiederaufgebauten Gebäude der Albertina. Eine Abteilung für deutsche Philologie wurde 1967 eröffnet, zunächst mit einer Dozentin. Doch wurden die Möglichkeiten mit wachsender Studentenzahl bald erweitert, auch wenn die Lehrkräfte trotz des starken Interesses knapp blieben. Wegen der ungenügenden Grundkenntnisse der Studenten hat man Vorbereitungskurse geschaffen. Derzeit um-

faßt die Abteilung 30 Studienplätze, die stark umworben sind. Die Ausbildung ist auf fünf Jahre angelegt. In den ersten beiden Jahren wird auf das Grundziel der praktischen Beherrschung der Sprache hingearbeitet. Im dritten und vierten Jahr finden dann theoretische Vorlesungen statt, die in deutscher Sprache abgehalten werden. Daneben gibt es Sonderkurse auf russisch. Großer Wert wird auf selbständige wissenschaftliche Arbeit und auf theoretische Forschungen gelegt. Dazu werden Jahres- und Diplomarbeiten vergeben, wobei Diplomarbeiten zunächst nur für aussichtsreiche Studenten vorgesehen waren. Inzwischen können alle Studierenden eine solche Arbeit schreiben. Zur Förderung der wissenschaftlichen Arbeit ermöglicht die Universität Studienreisen nach Moskau und St. Petersburg. Neben zwei Schulpraktika an Königsberger Schulen war für das vierte Jahr auch ein Übersetzungspraktikum vorgesehen. Doch wurde 1983 die Übersetzungswissenschaft aus dem Studienprogramm ausgeschlossen. 1986 wurde sie für besonders begabte Studenten wiedereingeführt. Für die Geschichte Ostpreußens gab es vor 1987 zwar interessierte Lehrkräfte, doch wurde erst danach die Geschichte des Landes vor 1945 Studiengegenstand. Die deutschen Studien in Kaliningrad waren immer wieder durch das Fehlen von Mitteln beengt. Lange Zeit bestand ein Mangel an Sprachlaboren und technischen Geräten. Hier hat sich inzwischen manches gebessert, und an Interesse an diesen Studien fehlt es nicht.

Nach einer lebhaften Ansprache schloß der 1. Vorsitzende die Tagung mit einem Dank an den Gastgeber, die Vortragenden und alle Beteiligten.

Die kurze Geschichte des Theaters in Lyck (Ostpr.) 1922–1926

Ein Beitrag zur Theatergeschichte Ostpreußens

Von Erhard Ross

Die ostpreußische Kreisstadt Lyck gehörte jahrzehntelang zur Kategorie der „theaterlosen Städte“¹. Es gab hier zwar eine Spielstätte für gastierende Theatergruppen – den Saal des Hotels „Kaiserhof“, in dem seit 1905 gespielt wurde –, aber die Stadt hatte kein eigenes Theaterensemble. Erst im Jahre 1923 stellte sich Lyck der Öffentlichkeit

¹ Lyck, Kreisstadt im Reg. Bez. Allenstein, die Hauptstadt Masurens, 1925 zählte sie 15158 Einwohner; bei der Volksabstimmung (11. Juli 1920) stimmten 99,3% für den Verbleib bei Deutschland. 1390 Errichtung eines Ordenshauses, 1425 erhielt der Ort seine Handfeste. Lit.: Der Kreis Lyck. Ein ostpreußisches Heimatbuch, hrsg. von Reinhold Weber, Leer 1981; Reinhold Weber: Bildband des Grenzkreises Lyck, Leer 1985. Lycker Zeitung. Jubiläumsausgaben zu ihrem 90jährigen Bestehen, Lyck 1930. Sudauen. Blätter zur Heimatgeschichte des Kreises Lyck, H. 6, 1970; Zeitschrift Forum 1925. Die Nachrichten über das Lycker Theater sind spärlich. Grundlage dieses Beitrages sind Akten des Oberpräsidiums Königsberg im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, abgekürzt: GStPK XX. HA. Rep. 2, Nr. 2344 Bd. 1 und 2 „Ostpreußische Theaterfragen“ und ebd., Nr. 2345 Bd. 1 und 2 „Landesbühne Südostpreußen“.

als „Theaterstadt“ vor. Im Deutschen Bühnen-Jahrbuch erschien nämlich folgende Anzeige: „Lyck (Ostpr.), Luisentheater. (18.000 Einw. Das Theater faßt 700 Pers. Spielzeit: 1. Sept. 1922 bis 1. Mai 1923.) Eigentümer Stadtrat Dir. Max Dittrich. Direktion Max Dittrich und Bruno Bellmann“.

Den Sprung aus der Reihe der vielen theaterlosen Städte in den Rang einer Theaterstadt verdankte Lyck dem Wagemut des Lycker Stadtrats Max Dittrich und des Schauspielers Bruno Bellmann. Dittrich galt als geschickter Geschäftsmann. Er hatte nach dem Ersten Weltkrieg und der Zeit der Volksabstimmung (11. Juli 1920) in seinem Hotel „Kaiserhof“ am Luisenplatz den Saal zu einem Theater umbauen lassen, das nach dem Urteil von Sachverständigen ausgezeichnete Spielmöglichkeiten bot. Besonders beachtet wurden der Rundhorizont und der verdeckte Raum für das Orchester. Die Brauchbarkeit dieses Raumes hatte sich bei Gastspielen des Südostpreußischen Landestheaters (Allenstein) gezeigt, das seinerseits unter räumlich schlechten Bedingungen spielen mußte. An der Allensteiner Bühne war Bruno Bellmann Spielleiter. Als Ende April 1922 sein vierjähriger Vertrag endete, beschloß er, nach Lyck zu gehen, dessen Theater ihm bekannt war.

Lyck bekam damit zu dem eigenen Theater ein eigenes Ensemble und war zur „Theaterstadt“ geworden. Aber das Theater war nicht „städtisch“, wurde nicht vom Magistrat verwaltet, sondern war ein privates geschäftliches Unternehmen der Herren Dittrich und Bellmann.

Die Gründung dieser jungen Bühne fiel in eine Zeit, in der die beginnende Inflation den Weiterbestand vieler Theaterunternehmen gefährdete, weil auch die Hilfe der Kommunen oft nicht ausreichte, um den Bühnenbetrieb zu sichern. Da wandte man sich an den Staat, d. h. an den Oberpräsidenten, der aus einem ihm zur Verfügung stehenden Kulturfonds mit einer Beihilfe das vor dem Konkurs stehende Unternehmen rettete.

Damals hatte sich in der Behandlung der Theater durch die Behörden in Preußen ein entscheidender Wandel vollzogen. Wegen ihrer kultur- und nationalpolitischen Bedeutung war ihre Verwaltung dem Minister des Innern entzogen und dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellt worden. Im Volkstumskampf der östlichen preußischen Provinzen Schlesien und Ostpreußen benutzten die deutsche wie auch die polnische Seite das Theater als Kampfmittel. Nach der Beendigung der erregenden Periode der Abstimmungszeit² bemühte sich der preußische Staat, die Hilfen für diesen Bereich, die bisher von Fall zu Fall gewährt worden waren, in ein System zu bringen, um ein allgemeines Theatersterben zu verhindern. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Otto Boelitz, verband mit der Feststellung, daß das Theater ein Kulturfaktor höchsten Ranges sei, den sozialen Ge-

² Der Vertrag von Versailles (28. Juni 1919) trennte die Provinz Ostpreußen durch den „Polnischen Korridor“ vom Reich, die dann folgende Volksabstimmung unter französischer und italienischer Besatzung führte die polnische Propagandathese, daß die Masuren eigentlich Polen seien, ad absurdum; 97,5 % der Bewohner stimmten für den Verbleib bei Deutschland.

danken, daß es für alle Schichten des Volkes da sein sollte. Doch die Not der Zeit schien alle hochfliegenden Pläne einer weitgefächerten Kulturpolitik zu gefährden³.

Im Preußischen Landtag wurde zu Beginn des Jahres 1922 die Lage der Theater diskutiert. Einige Mitglieder der „Deutschen Volkspartei“ brachten unter der Führung des Abgeordneten Dr. Steffens am 14. März folgende „Kleine Anfrage“ ein: „Was gedenkt der Staatsminister zu tun, um Königsberg die Oper zu erhalten und die anderen Theaterinstitute in ihrem schweren Kampf hinreichend zu unterstützen?“⁴. Die preußische Regierung reagierte schnell. Am 8. 4. 1922 wurde in Berlin die Preußische Landesbühne G.m.b.H. gegründet. Sie war kein Theaterunternehmen, sondern ein halbamtliches Organ zur Bearbeitung aller theaterpolitischen Aufgaben in ganz Preußen. Die Gesellschafter waren der preußische Fiskus und die beiden großen Besucherorganisationen: der Verband der Volksbühnenvereine und der Bühnenvolksbund e.V. In allen preußischen Provinzen wurde durch die Oberpräsidenten ein besonderer Provinzialausschuß gebildet. In Königsberg geschah das am 1. Mai 1922. In diesem „Ausschuß für ostpreußische Theaterfragen“, dem etwa 15 Personen aus den Bereichen Theater, staatliche Verwaltung, kommunale Verwaltung und Besucherorganisationen angehörten, wurde über die Verteilung der Geldmittel beraten, die im Haushaltsplan der Regierung vom Landtag bewilligt worden waren⁵. Die Gewährung der Beihilfe war jedoch an gewisse Bedingungen geknüpft: die künstlerischen Leistungen des Theaters sollten anerkannt sein, seine Tätigkeit durch verbilligte Vorstellungen auch minderbemittelten Personen zugute kommen, durch Gastspiele waren bisher kulturell vernachlässigte Orte zu erreichen; die finanzielle Lage der Theater sollte durch Besucherorganisationen und die städtische Verwaltung gesichert sein, z. B. durch den Verzicht auf die Kartensteuer. Alle genannten Bedingungen wurden unter dem Begriff „Gemeinnützigkeit“ zusammengefaßt. Nur die Bühnen, die das Prädikat „gemeinnützig“ für ihre Arbeit in Anspruch nehmen konnten, gehörten zu den Empfängern einer regelmäßigen staatlichen Unterstützung. In der Provinz Ostpreußen waren es die Theater in Königsberg, Tilsit, Elbing, Allenstein und Marienwerder.

Zu diesen Theatern wollte auch Lyck gehören. Am 12. Juni 1922 richtete Bürgermeister Lasch ein ausführliches Schreiben an den Oberpräsidenten, in dem er die Ent-

³ Dr. Otto Boelitz war Preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung von 1921 bis 1925. Sein Theaterreferent Dr. Seelig verfaßte die Programmschrift: Geschäftstheater oder Kulturtheater? Berlin 1921. Er leitete später die Preußische Landesbühne.

⁴ Dr. Wilhelm Steffens, Oberstudiendirektor in Marienburg, Mitglied des Preußischen Landtags, rühriger Parlamentarier, brachte die „Kleine Anfrage“ Nr. 512 im Landtag ein, die der Minister Boelitz am 5. Juni 1922 beantwortete, in: Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags Bd. 4, Nr. 2333, S. 2712 u. Bd. 5, Nr. 2898, S. 3419.

⁵ Walter Feldmann: Die Preußische Landesbühne, Berlin 1932. Dem Provinzial-Ausschuß gehörten im Jahre 1922 an: Oberpräsident Ernst Siehr (1869–1945) und sein Stellvertreter Dr. Herbst, der Landeshauptmann, die Vertreter der Städte Königsberg, Tilsit, Tapiau, Lyck, Marienwerder, Dr. Rosenheim (Neues Schauspielhaus in Königsberg), Max Worgitzki (Theaterverein Allenstein), Direktor Spieß (Theater Elbing), Obering. Beil (Bühnenvolksbund), Dr. Nestriepke (Freie Volksbühne) und Dr. Gall (Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung), Rep. 2, Nr. 2344–1, Bl. 122.

wicklung des Theaters skizzierte und dann die Bitte um staatlichen Zuschuß etwas dürftig damit begründete, daß die Stadt keine Kartensteuer erhebe, daß das Theater auswärtige Gastspiele plane, daß leider der Magistrat eine Unterstützung abgelehnt habe. Der Oberpräsident reichte das Schreiben an den Regierungspräsidenten in Allenstein weiter, der wegen der ihm bekannten schwachen Leistungen der Bellmannschen Truppe, des kaum zu realisierenden Spielplans und der wirtschaftlich ungesicherten Situation des Lycker Experimentes eine Hilfe ablehnte. Die gleiche Ablehnung erfuhr der Lycker Antrag durch die „Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium“ in Berlin. Diesem war die Existenz eines Theaters in Lyck überhaupt unbekannt⁶. Trotz dieser abschlägigen Bescheide versuchte der Lycker Bürgermeister, der inzwischen Mitglied im „Ausschuß für ostpreußische Theaterfragen“ geworden war, ein drittes Mal die Bestätigung der Gemeinnützigkeit zu erreichen. Zu der am 25. Juli stattfindenden Sitzung des Ausschusses nahm er Direktor Dittrich mit. Der Haupttagungspunkt war die Verteilung der 2,5 Millionen Rentenmark an die oben genannten Theater. Vorher jedoch wurde der Fall Lyck behandelt. Das Ergebnis der Aussprache war die Ablehnung der Gemeinnützigkeit. Der Vertreter des Ministers selbst betonte seinen Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Bühne, auch sei sie ein Privatunternehmen; dem Minister sei es daher nicht möglich, ihm die Gemeinnützigkeit zuzuerkennen. Bei der Verteilung des Geldes gingen 1,6 Millionen RM an die Königsberger Theater, 500.000 RM an Tilsit, 100.000 RM an Elbing, 200.000 RM an Allenstein und 100.000 RM an Marienwerder. Mit diesem niederschmetternden Ergebnis kehrten beide Herren nach Lyck zurück, wo in fünf Wochen die Spielzeit beginnen sollte⁷.

Die erste Spielzeit (1. September 1922 bis 30. April 1923)

Für den Auftritt in der Öffentlichkeit hatte Bellmann, der künstlerische Direktor, ein Ensemble engagiert, mit dem er alle Sparten des Theaterbetriebes abdeckte: Schauspiel, Operette und Oper. Selbstbewußt hatte Direktor Dittrich am 25. Juli 1922 in Königsberg erklärt, das Theaterpersonal bestehe aus 54 Personen, der Monatsetat betrage 101.500 RM. Nimmt man das technische Personal und die für Opern notwendige Verstärkung des Orchesters durch Musiker aus der Bevölkerung hinzu, dann erhöht sich die Zahl der Beschäftigten noch. Woher die künstlerisch tätigen Kräfte kamen,

läßt sich kaum feststellen. Einige von ihnen dürften trotz der Reiseschwierigkeiten aus dem „Reich“ gekommen sein⁸.

Die Nachrichten über die künstlerische Leistung des Theaters sind sehr spärlich. Für die erste Spielzeit gibt es eine Übersicht über die gespielten Stücke mit der Angabe, wie oft ein Werk gespielt worden ist. Da diese Zusammenstellung einmalig ist und einen regelrechten Spielplan ersetzt, wird sie hier wiedergegeben. Sie erschien in der Lycker Zeitung vom 5. Mai 1923⁹.

Schauspiele:

Alt Heidelberg 1	Elga 2	Rabensteinerin 1
Othello 2	Ehre 2	Gespenster 2
Heimat 3	Jugend 2	Egmont 1
Adam, Eva und die Schlange 2	Tor und Tod 3	Kameraden 2
Wilhelm Tell 3	Armut 2	Schmetterling 2
Maria Stuart 1	Räuber 1	Höhere Leben 2
Johannisfeuer 1	Gute Ruh 2	
Kabale und Liebe 1	Staatsanwalt Alexander 2	

38 Aufführungen, 7 Klassiker mit 10 Aufführungen.

Opern:

Freischütz 2	Barbier von Sevilla 1	Martha 3
Rigoletto 2	Goldenes Kreuz 1	Fidelio 2
Tiefland 3	Tosca 2	Figaros Hochzeit 2
Trompeter von Säckingen 2	Bajazzo 2	

24 Aufführungen

Lustspiele:

Anneliese 1
Als ich noch im Flügelkleide 3
Im weißen Rößl 4
Als ich wiederkam 2
12 Aufführungen

Tanzaufführungen:

Schule Aderjahn 2
Possen und Schwänke:
Zwangseinquartierung 1
Robert und Bertram 1

Märchen:

Schneewittchen
Verzauberter Prinz
Rotkäppchen
Gestiefelter Kater
je 4 mal

⁶ Rep. 2, Nr. 2344-1, Bl. 96–105, Antrag des Bürgermeisters Lasch. Solche Anträge gingen gewöhnlich 1. an den Präsidenten des Regierungsbezirks (v. Oppen u. v. Ruperti), 2. an den Oberpräsidenten Siehr bzw. den Oberpräsidialrat Dr. Herbst oder Oberpräsidialrat Dr. Nollau, 3. an die Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium (Oberregierungsrat Frankenbach) und schließlich 4. an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Boelitz oder an dessen Referenten Dr. Seelig und Dr. Gall.

⁷ Rep. 2, Nr. 2344-1, Bl. 136.

⁸ Im Deutschen Bühnen-Jahrbuch für 1921 steht folgende Information: „Reise durch den Korridor vollzieht sich ohne Schwierigkeiten. Gepäckrevision findet nicht statt. Polnisches Visum zur Durchreise nötig. Die Reise per Bahn ist der Schiffsreise vorzuziehen, sie ist wesentlich billiger, desgl. die Aufgabe der Frachtgüter.“ Während der Abstimmungszeit war eine Schifffahrtslinie „Seedienst Ostpreußen“ eingerichtet worden.

⁹ Die Zusammenstellung in der Lycker Zeitung vom 5. Mai 1923, Rep. 2, Nr. 2344-1, Bl. 127.

Operetten:

Vogelhändler 1	Gasparone 1	Drei alte Schachteln 3
Schwarzwaldmädel 4	Geisha 2	Soldat der Marie 2
Bettelstudent 2	1001 Nacht 2	Fürstenkind 3
Süßes Mädel 1	Maskottchen 2	Flimmerklärchen 4
Zigeunerbaron 2	Fideler Bauer 5	
Dollarprinzessin 1	Fledermaus 3	
Dichterliebe 2	Rastelbinder 5	47 Aufführungen

Im ganzen gab es in Lyck 141 Aufführungen, davon waren 16 Volks- und 13 Gewerkschaftsvorstellungen; 28 Aufführungen fanden in Lötzen und Rastenburg statt. Der Spielplan unterschied sich nicht von dem anderer Theater, allerdings berücksichtigte er den ostpreußischen Dramatiker Hermann Sudermann mit den Theaterstücken Johannisfeuer, Die Ehre und Heimat. Er verlangte von den künstlerischen Kräften die Beherrschung eines großen Repertoires, wurden doch viele Stücke nur einmal gegeben. Man wagt kaum die Frage nach der Beherrschung der Rollen zu stellen. Leider sind keine Kritiken bis auf einige Bemerkungen über musikalische Aufführungen erhalten. Sie sind von dem verdienstvollen Musiklehrer des Lycker Gymnasiums, Dr. Neumann, verfaßt¹⁰. Über die Leistungen dieser ersten Spielzeit schreibt er: „Einige Aufführungen waren gut einstudiert und bedeuteten für eine kleine Provinzbühne eine Leistung, an der Spitze wohl die vorzügliche ‚Tiefland‘-Aufführung im Herbst 1922. Es fehlte nicht an guten Künstlern im Solopersonal und (im zweiten Theaterwinter) im Orchester.“ Er erwähnt die Koloratursopranistin Martha Schäfer, die Operettensoubrette Doris Joachimsen, den seriösen Bassisten Max Barde und den „unendlich vielseitigen“ Bruno Bellmann, der vom Heldenvater bis zum Operettenbuffo alle Rollen übernahm, wo Not am Mann war.

Im Anschluß an die Winterspielzeit fand vom 7. bis 12. Mai 1923 eine Wagner-Fest-Weekend statt. Mit dem Orchester der Königsberger Oper unter der Leitung ihres Dirigenten Wilhelm Franz Reuß und solistischen Gästen aus Königsberg, Berlin, Stuttgart, Tilsit und heimischen Kräften wie Max Barde, Karl Schmidt, Hedwig Gern und Gertrud Seibt wurden die Opern Lohengrin, Tannhäuser, Der fliegende Holländer und Die Walküre und Siegfried aufgeführt¹¹.

Zur Wagner-Weekend hatte Bürgermeister Lasch den Oberpräsidenten eingeladen, der sich jedoch durch Regierungsrat Schumann vertreten ließ. Immerhin schien der Erfolg der Wagner-Weekend im Oberpräsidium einen guten Eindruck gemacht zu haben. Es war in Lyck nicht unbekannt geblieben, wie man dort über Lyck und sein Theater dachte. Hatte doch der Referent des Oberpräsidenten für Theaterfragen, der Oberpräsidialrat Dr. Herbst, in einer Denkschrift über Theater und Musik in Ostpreußen, in der er ausführlich auf die Theater in Königsberg, Tilsit, Elbing und Allenstein eingegangen war, über Lyck nur zwei Sätze geschrieben: „Als wildes Theaterunternehmen besteht nebenher das Theater in Lyck, das aber als reines Geschäftsunternehmen zu betrachten ist. Es

gibt gleichfalls regelmäßig Opernvorstellungen in einzelnen benachbarten Städten“¹². Als Geschäftstheater fiel es aus der Gruppe der unterstützungswürdigen Theater heraus. Dr. Herbst urteilte hier ganz im Sinne des Ministers, dessen Theaterreferent Dr. Seelig eine Broschüre mit dem programmatischen Titel „Geschäftstheater oder Kulturtheater“ verfaßt hatte. Danach war nur die zweite Gruppe förderungswürdig. Durch den Erfolg der Wagner-Fest-Weekend glaubte man in Lyck wohl, den Beweis dafür erbracht zu haben, daß man zu dieser zweiten Gruppe gehöre. Inzwischen schien sich im Oberpräsidium in der Beurteilung der Lycker Bühne ein Sinneswandel vollzogen zu haben, denn der Oberpräsident beauftragte, nachdem Lyck in den Monaten Juni und Juli neue Anträge auf staatliche Beihilfe für die kommende Spielzeit gestellt hatte, den Privatdozenten für Musikwissenschaft an der Königsberger Universität, Joseph Müller-Blattau, mit der Überprüfung des Lycker Theaters. Sein „Bericht über das Luisentheater zu Lyck“ ist eine wichtige Dokumentation über den künstlerischen Stand des Lycker Theaters¹³.

Der Bericht lautet: „Die Besichtigung des Stadttheaters Lyck bei Gelegenheit der Eröffnung der Spielzeit 1923/24 und Anhören der 1. Vorstellung gibt Anlaß zu folgenden Feststellungen: 1. Der Innenausbau des Theaters, durch die Initiative eines Stadtrates im letzten Jahre vollendet, ist sowohl in bezug auf den Zuschauerraum, der eine gute Raumaussnutzung und ganz ausgezeichnete Akustik aufweist, als auch auf die ausreichenden u. gut ausgestatteten Nebenräume, als vorbildlich zu bezeichnen. Die Bühneneinrichtung ist durch Rundhorizont und gute Beleuchtungsanlage auf der Höhe der Zeit und gewährleistet sparsamste Bewirtschaftung. Der Fundus an Dekorationen und Kostümen ist zur Not ausreichend. Das Vorhandene repräsentiert somit einen gewaltigen Sachwert, der durch Inbetriebhaltung des Theaters unbedingt ausgenutzt werden muß. Das Geschäftliche liegt in den Händen einer G.m.b.H. auf gemeinnütziger Grundlage, wobei die Stadt Lyck die Hälfte der Anteile übernommen hat.

2. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen eines guten Fachmannes. Das von ihm zusammengestellte Ensemble, das sich aus wieder- und neuverpflichteten Mitgliedern zusammensetzt, ist ausreichend und entwicklungsfähig. Durch die Person des Direktors und guter Spielleiter der gepflegten Kunstzweige Oper, Operette und

¹² Dr. Herbst in der Denkschrift vom 5. 2. 1923, Rep. 2, Nr. 2344-1, Bl. 295-302.

¹³ Gutachten des Dr. Müller-Blattau über seine Inspektionsreise nach Lyck am 1. 9. 1923, Rep. 2, Nr. 2344-1, Bl. 295-300. Dr. Joseph Müller-Blattau (1895-1976) war seit 1922 Privatdozent an der Königsberger Universität. Der Oberpräsident ernannte ihn zu seinem Fachberater für Musikfragen. Als solcher besuchte er die Theater in Tilsit und Lyck. Seine Reisekostenabrechnung kennzeichnet die fortschreitende Inflation. Der Dollar stand damals bei 98.860.000,- Mark. Er reichte folgende Aufstellung ein:

2. Kl. Lyck (H+R)	21.600.000,-
2 Straßenbahnfahrten	300.000,-
1 Imbiß (mit 1 Glas Bier)	2.420.000,-
Hotel Trinkgeld	900.000,-
1 Programm u. Garderobe	100.000,-
Für Bedienung (Beisammensein nach der Vorstellung)	500.000,-
	<u>25.820.000,-</u>

¹⁰ Jubiläumsausgabe der Lycker Zeitung 1930 und Forum H. 6, 1925.

¹¹ Programm der Wagner-Festwoche im Mai 1923, vgl. Rep. 2, Nr. 2344-2, Bl. 101.

Schauspiel ist eine gute Durchschnittshöhe der Veranstaltungen gewährleistet. Das Orchester ist neu zusammengestellt; die einzelnen Kräfte gut; nach der Leistung des ersten Kapellmeisters darf man ihm zutrauen, daß es ihm in kurzer Zeit gelingen wird, das Orchester zu einem homogenen Ganzen zusammenschweißen. Bei der Entlegenheit der Stadt muß es als eine anerkennenswerte Tat bezeichnet werden, daß es gelang, Ensemble und Orchester zusammenzustellen; es ist dringend zu wünschen, daß es durch angemessene finanzielle Unterstützung seitens des Staates gelinge, den Betrieb aufrechtzuerhalten und die soziale Lage der Mitglieder zu befestigen und zu bessern. Diese Forderung erfährt ihre feste Begründung durch Hinweis auf die kulturelle Bedeutung des Luisentheaters.

3. Das Theater befindet sich in der neben Tilsit entlegensten Grenzstadt der Ostprovinz, eines Gebiets, das von den Polen hart bedrängt wird. Gute Zugverbindungen aus der Umgegend, regelmäßige Gastspiele in Lötzen und Rastenburg ermöglichen es dem Theater, das weite Hinterland mit guter Kunst zu versorgen. Der Spielplan bietet demzufolge unter Auswahl die wichtigsten deutschen Opern, die Klassiker (Schauspiel), die klassische deutsche Operette. Aber auch für die Stadt allein ist die Kulturbedeutung des Theaters klar, da Reisen in die Hauptstadt der Provinz unmöglich sind, die Stadt also vom deutschen Kulturleben abgeschnitten wäre. Hier schafft das bodenständige Theater die einzig mögliche Abhilfe.

Von besonderer Bedeutung ist das Orchester; da es infolge der Unterbringungsschwierigkeiten nicht möglich war, eine Militärkapelle in Lyck unterzubringen, bietet das Orchester die einzige Möglichkeit zur Aufführung von Symphonien und, in Verbindung mit dem Konzertverein der Stadt, zur Aufführung kleinerer Oratorien.

So muß, in seiner heutigen Organisation, das Luisentheater Lyck als eine wichtige entwicklungsfähige und deshalb staatlicher Unterstützung durchaus würdige Kulturstätte des bedrohten Grenzbezirkes bezeichnet werden.

Dr. Jos. Müller-Blattau“.

Die zweite Spielzeit (1. September 1923 bis 31. März 1924)

Die Weiterführung des Luisentheaters in der Winterspielzeit 1923–1924 stand unter einem schlechten und einem günstigen Stern; der schlechte Stern war die ihrem Höhepunkte am 15. November zutreibende Inflation, der günstige die durch den Besuch des Musiksachverständigen des Oberpräsidenten, Dr. Müller-Blattau, ausgelöste Hoffnung auf die in einer der vielen Besprechungen mündlich geäußerte oberpräsidiale Zusage einer staatlichen Hilfe. Die Auswirkung der Inflation und der auf sie folgenden Geldwertstabilisierung durch die „Rentenmark“ brachte Emil Lind im Deutschen Bühnen-Jahrbuch für 1925 auf die Kurzformel: Die Spielzeit begann in der Inflation. Die Einnahmen des Abends waren am nächsten Tage nur noch die Hälfte wert; die Stabilisierung der Währung brachte Geldknappheit und geringen Theaterbesuch¹⁴.

¹⁴ Emil Lind war Oberspielleiter am Berliner Künstler-Theater. Für das Deutsche Bühnen-Jahrbuch verfaßte er einen Rückblick auf die Jahre 1920 bis 1925.

In Lyck wurden beide Phasen durchlebt. Nach dem guten Ausgang der ersten Spielzeit – Wagner-Woche – waren neue Verträge über die Weiterführung der Bühne zwischen Direktor Dittrich, dem Besitzer des Theaters, und dem neuen Theaterverein unter dem Namen „Gemeinnützige Theatergesellschaft m.b.H.“ geschlossen worden. Dieser gehörten die Direktoren Dittrich, Bellmann, die Stadt Lyck und der Geschäftsführer des Lycker Gewerkschaftskartells August Schlisio an. Nach dem günstigen Ergebnis der Besichtigung des Theaters durch Dr. Müller-Blattau legte Bürgermeister Lasch dem Oberpräsidenten in einem ausführlichen Schreiben die Situation des Theaters dar mit der Bitte, der Bühne den Charakter der Gemeinnützigkeit zuzuerkennen; er wies auch darauf hin, daß das Theater „hier im letzten Winkel von Deutschlands letzter Kolonie“ eine hohe Kulturaufgabe erfülle und ein wichtiges Kampfmittel gegen das Polentum sei¹⁵. Gleichlautende Schreiben gingen an die Regierung Allenstein, die Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und den Reichsminister der Finanzen. Der Oberpräsident bemängelte in seiner Antwort nur das Fehlen einer beglaubigten Abschrift des Magistratsbeschlusses, daß die Stadt Lyck der „Gemeinnützigen Theatergesellschaft“ beigetreten sei. Als er diese erhielt, war er der Meinung, nun sei die formelle Voraussetzung für die Gewährung laufender Zuschüsse gegeben. In seinem Schreiben an den Kultusminister bat er, „die in Frage kommenden Zuschüsse baldmöglichst bewilligen zu wollen“¹⁶.

Der bis in den Oktober sich hinziehende Schriftwechsel mit den anderen erwähnten Dienststellen erbrachte jedoch wieder die Ablehnung der Bitte, weil der Inhalt des Pachtvertrages gegen die Annahme der Gemeinnützigkeit spreche. Dittrich hatte sich einen bestimmten Teil (zehn Prozent) der Tageseinnahmen vertraglich gesichert!¹⁷

Inzwischen waren die Vorstellungen voll angelaufen. Bellmann hatte mit bewährten alten Kräften und einigen Neuzugängen ein spielkräftiges Ensemble zusammengestellt. Leider ist der dem Oberpräsidenten zugeschickte Spielplan für 1923/24 nicht erhalten. Nach meiner Erinnerung – ich war als Schüler einige Monate Statist und Chorist – verlief die erste Hälfte der Spielzeit voll befriedigend. Deutlich erinnere ich mich an einige Szenen aus den Opern „Das Nachtlager von Granada“ (Kreutzer), „Troubadour“ (Verdi) und aus dem Schauspiel „Kolberg“. Die größeren Opern, wenn man diesen Ausdruck verwenden will, wurden von dem 1. Kapellmeister, Leo Simon-

¹⁵ Brief des Bürgermeisters Lasch an den Oberpräsidenten vom 6. 9. 1923, Rep. 2, Nr. 2344-2, Bl. 151.

¹⁶ Brief des Oberpräsidenten an den Minister vom 26. 11. 1923, Rep. 2, Nr. 2344-2, Bl. 151. Aus der gleichen Zeit liegt in den Akten folgender handschriftlicher Entwurf vor: „Hiermit wird dem Luisentheater in Lyck, handelsgerichtlich eingetragener Theatergesellschaft m.b.H., bescheinigt, daß dasselbe auf Grund der vom Herrn Kultusminister herausgegebenen Bedingungen als eine gemeinnützige Gesellschaft mit Staatszuschuß anzusehen und von der zu leistenden Lustbarkeitssteuer befreit ist“ (Ohne Datum, Unterschrift und Stempel).

¹⁷ Rep. 2, Nr. 2344-2, Bl. 151.

sohn, geleitet, ebenso die Symphoniekonzerte; von diesen war eins mit Beethovens 2. Symphonie in D-dur besonders gut gelungen¹⁸.

Diese künstlerisch erfolgreiche Zeit fand ein jähes Ende, als sechs Wochen vor Weihnachten (!) die „Gemeinnützige Theatergesellschaft“ in Geldschwierigkeiten geriet und den Konkurs erklärte; dieser zog die Liquidation des Theaterunternehmens nach sich. Bürgermeister Lasch erklärte gegenüber dem Lycker Landrat: die Gesellschaft ist „infolge Nichtgewährung der in sichere Aussicht gestellten Reichszuschüsse in Liquidation getreten“¹⁹. Der Höhepunkt der Inflation fiel fast zeitgleich mit dem Ende des Luisentheaters zusammen: 15. und 19. November 1923. Die Schauspieler, deren Verträge bis zum 30. April 1924 weiterliefen, spielten „auf Teilung“ weiter, da ihnen Dittrich die Theaterräume unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatte. Die Stadt lieferte Licht und Strom. Das zuerst aufflackernde Interesse der Lycker an ihrem Theater erlahmte bald wieder, und die Tageseinnahmen sanken. Besorgt um das Schicksal der Bühnengehörigen, gründeten die Herren Dittrich, Bellmann und Schlisio am 20. November 1923 eine neue Theatergesellschaft m.b.H. Deutsches Theater Lyck. Die Zeit des „Luisentheaters“ war abgelaufen.

Die neue Gesellschaft geriet gleich in Schwierigkeiten. Schon das Luisentheater hatte keine Spielkonzession erhalten, weil man nicht bereit gewesen war, die verlangte Kautions von zuerst 12.000, dann 6.000 Goldmark zu zahlen. Zudem war Direktor Bellmann, dem die „Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger“ die Schuld an den Schwierigkeiten gab, auf die sogenannte „Warnungsliste“ gesetzt worden. Am 11. März 1924 kam die Nachricht, daß die erbetene Konzession nicht bewilligt worden war. Da Direktor Bellmann auch nicht, wie erwartet, von der Warnungsliste gestrichen worden war, erklärte Direktor Dittrich, daß er sein Amt als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gemeinnützigen Theatergesellschaft am 20. März niederlegen werde, jedoch Zuschüsse für den Theaterbetrieb bis zum 31. März leisten werde. Am 30. März 1924 schloß das Deutsche Theater Lyck seine Pforten. In Allenstein spielte zur gleichen Zeit ein polnisches Theater²⁰!

Das Ende des Lycker Theaters wurde in der Presse erregt diskutiert. Die Königsberger Allgemeine Zeitung schrieb am 6. April 1924: „Der Theaterbetrieb, der mit soviel Liebe seiner Zeit ins Leben gerufen, wirklich ein Bollwerk der Kultur war und dessen Aufführungen auf äußerst künstlerischer Höhe standen, hat am 30. 3. seine Pforten geschlossen. Dem Theater wurde von behördlicher Seite aus, insbesondere seitens der Regierung Allenstein, nicht das Interesse entgegengebracht, das es als Kulturfaktor in unserer gefährdeten masurischen Heimat verdient“²¹. Diese Lycker Notiz mit der „Spitze“ gegen Allenstein schickte Oberpräsidialrat Dr. Herbst an den Regierungsprä-

sidenten in Allenstein; dieser verwies in seiner Antwort auf die fehlende Gemeinnützigkeit und die durch Dittrich und Bellmann verweigerte Stellung der Kautions. Dr. Herbst erwiderte darauf: „Der Oberpräsident würde es begrüßen, wenn ein neues Theaterunternehmen begründet würde und wenn es durch geeignete Einwirkung Ihrerseits gelänge, daß in den neu abzuschließenden Verträgen der Beteiligten alle Bestimmungen vermieden werden könnten, welche zu einer ungünstigen Beurteilung des Unternehmens in der Öffentlichkeit und zu einer erneuten Versagung der Anerkennung als gemeinnütziges Unternehmen durch den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und die Eisenbahnverwaltung führen könnte“. Dr. Herbst hatte noch in seiner Denkschrift vom 5. 2. 1923 wegwerfend von der Lycker Bühne als von einem „wildem Theaterunternehmen“ und „reinem Geschäftsunternehmen“ gesprochen; jetzt plädierte er für die Weiterführung des Theaters und versuchte sogar, den Allensteiner Regierungspräsidenten, dessen Voreingenommenheit gegenüber Lyck ihm bekannt war, als Bundesgenossen zu gewinnen²².

Die Schließung des Theaters hatte nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Provinz Aufsehen erregt. Der Verband der Deutschen Volksbühnenvereine sah sich veranlaßt, seinen „Ostsekretär“ J. Eggers mit einer Untersuchung der Theaterverhältnisse Ostpreußens zu beauftragen²³. Eggers teilte sein Vorhaben dem Oberpräsidenten mit und besuchte die Theater in Elbing, Königsberg, Tilsit, Allenstein und Lyck. In einem an den im Oberpräsidium tätigen Oberregierungsrat Dr. Nollau gerichteten Schreiben äußerte er sich über seine Eindrücke in Lyck: Er lobte das recht brauchbare neue Theater, bedauerte, daß es leer bleiben oder als Kinosaal benutzt werden sollte; denn von Lyck aus könnte der ganze Grenzbereich sehr gut bespielt werden. Er ging auch auf Persönliches ein und beklagte die „nicht zu leugnende Großmannssucht und Dickköpfigkeit“ Dittrichs wie auch das mangelnde Gespür der städtischen Verwaltung und anderer Stellen für die Bedeutung des eigenen Theaters. Die voreilige Schließung gefährde die Wiederinbetriebnahme des Theaters²⁴. Der Lauf der Dinge war aber nicht aufzuhalten. Das Theater war geschlossen, und die Bühnengestellten, die nicht hatten abreisen können, weil sie kein Geld hatten, wurden aus der Arbeitslosenhilfe versorgt.

Lyck ohne eigenes Theater (Spielzeit 1924/25)

Die erregende Theaterkrise im März 1924 hatte bei Direktor Dittrich zu einem Schlaganfall geführt. Doch hatte er sich wieder erholt und begann zusammen mit Direktor Bellmann mit Vorbereitungen für eine neue Spielzeit (1924–1925). Sie stellten

¹⁸ Leo Simonsohn war in der Spielzeit 1923–1924 I. Kapellmeister, zugleich war er Obmann der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger. Seine Frau Friedel war Schauspielerin. Nach 1945 war er Musikpädagoge, Musikdirektor und Komponist. Seinen Lebensabend verbrachte er in Naumburg/Saale.

¹⁹ Rep. 2, Nr. 2344-2, Bl. 178.

²⁰ In der Zeitung „Volk und Wissen“ vom 16. 4. 1924 heißt es: Die Theaterfrage ist eine deutsche Sache. In Allenstein spielt ein polnisches Theater, Rep. 2, Nr. 2344-2, Bl. 271.

²¹ Rep. 2, Nr. 2344-2, Bl. 282.

²² Brief vom 22. 5. 1924, Rep. 2, Nr. 2344-2, Bl. 284.

²³ J. Eggers, Sekretär des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine e.V. für die Provinzen Ober- und Niederschlesien und Ostpreußen (Ostsekretär), besuchte die ostpreußischen Theater, berichtete über seine Eindrücke dem Oberpräsidialrat Dr. Nollau und hatte auch eine Besprechung mit dem Oberpräsidenten, Rep. 2, Nr. 2344-2, Bl. 272.

²⁴ Rep. 2, Nr. 2344-2, Bl. 279.

bei dem Regierungspräsidenten in Allenstein den Antrag auf Erteilung der Konzession unter Zusage der 1923 verweigerten Kautions zur Sicherung der Gagen. Da aber meldete sich die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger und stellte beim Regierungspräsidenten den Antrag, die erbetene Spielerlaubnis wegen des Geschäftsgebahrens in der abgelaufenen Spielzeit zu versagen und das Theater überhaupt für die kommende Spielzeit zu sperren. Bei der Zentrale der Genossenschaft in Berlin und beim Präsidenten des Deutschen Bühnenvereins liefen Anfragen ein, ob in sittlicher, künstlerischer und finanzieller Hinsicht Bedenken gegen eine neue Konzessionserteilung geltend gemacht werden könnten. Der Regierungspräsident erklärte jedoch, er lege großen Wert auf die Erhaltung des Lycker Theaters und werde auch die Unternehmer unterstützen, wenn sie das Theater auf eine geschäftlich einwandfreie Grundlage stellen²⁵. Das waren neue Töne aus Allenstein. Doch waren weitere Bemühungen des Vizepräsidenten v. Ruperti nicht nötig, denn das Lycker Theater war von dem Südostpreußischen Landestheater (Allenstein) übernommen worden.

Max Worgitzki, der Vorsitzende des Theatervereins Allenstein e.V., teilte am 16. Oktober 1924 dem Oberpräsidenten mit, daß das Südostpreußische Landestheater die Lycker Bühne übernommen habe und dort Vorstellungen gebe. Damit wurde der ganze Regierungsbezirk Allenstein von ihr mit Theatervorstellungen versorgt; ja, man spielte auch außerhalb desselben, z.B. in Lötzen, Saalfeld, Deutsch-Eylau und Marienburg. Zu der Frage, warum die schon eingeleiteten Bemühungen der Herren Dittrich und Bellmann nicht weitergeführt wurden, geben die Akten keine Auskunft²⁶.

Lyck wird wieder Theaterstadt (die dritte Spielzeit 1. Oktober 1925 bis April 1926)

Nach dem zweiten Zusammenbruch in der zweiten Spielzeit war Lyck wieder in die Gruppe der „theaterlosen Städte“ zurückgefallen und gehörte zum Spielbereich des Südostpreußischen Landestheaters mit Sitz in Allenstein. Nach dem Ende der von diesem durchgeführten Spielzeit gab es Verhandlungen über die Weiterführung dieser Arbeit, in denen man der Stadt Lyck mit dem Plan entgegenkam, hier eine Zweigstelle mit einem verkleinerten Ensemble zu errichten, um die gut erreichbaren kleinen Städte mit Theatervorstellungen zu versorgen. Die Stadt Lyck aber wollte es aber doch wieder mit einem eigenen Theater versuchen²⁷. Zu diesem Zweck war eine neue Theatergesellschaft gegründet worden, der „Theaterverein Volksbühne Lyck E.V.“ In seinem Antrag auf Zuerkennung der Gemeinnützigkeit stellte er sich dem Oberpräsidenten vor²⁸. Der Vorsitzende war Rechtsanwalt Dr. Tschakert, der Direktor der Stadtbank, Stodollik, war Kassenwart, weitere Mitglieder des Vorstandes waren Direktor Heindl, Leiter der Landwirtschaftsschule, Rechtsanwalt Dr. Kanoldt, Kaufmann

²⁵ Rep. 2, Nr. 2345-1, Bl. 158.

²⁶ Rep. 2, Nr. 2345-1, Bl. 215.

²⁷ Mitteilung des Regierungspräsidenten an das Oberpräsidium vom 28. Juli 1925, Rep. 2, Nr. 2345-1, Bl. 312.

²⁸ Rep. 2, Nr. 2345-1, Bl. 314. Liste der Mitglieder des Vorstandes des Theatervereins.

Dembeck (Stadtverordneter), Kaufmann Egon Schneider und Direktor Kallies von der Lycker Zeitung. Als künstlerischen Leiter hatte man wieder den von der Bühnengenossenschaft inzwischen rehabilitierten Bruno Bellmann gewählt. Der Besitzer des Theaters war nicht mehr Max Dittrich, sondern Franz Albrecht. Die finanzielle Grundlage des Unternehmens bestand in der Verpflichtung der Theatergemeinde, in jedem Monat eine bestimmte Anzahl von Vorstellungen zu besuchen. Auf diese Weise hatte man sich 19.000 Theaterplätze gesichert. Auch die Kautions von 6.500 Reichsmark war geleistet worden. Aber die Einrichtungskosten waren höher als erwartet und zwangen zur Aufnahme eines Kredits. Da die Mitglieder des Theatervereins wegen der allgemeinen Notlage weniger ins Theater gingen, als sie versprochen hatten, geriet der Verein in Geldschwierigkeiten und wandte sich an Dr. Herbst um Hilfe bei der Zuerkennung der Gemeinnützigkeit und bei der Auszahlung der versprochenen 3.000,— Reichsmark. Man schickte sogar Direktor Heindl ins Oberpräsidium, der die finanzielle Lage des Theaters und die künstlerischen Pläne Bellmanns darlegte. Dieser Besuch hatte zur Folge, daß Dr. Herbst zusammen mit Dr. Fritz Jessner, dem Intendanten des Königsberger Neuen Schauspielhauses und Mitglied des Landesbühnenausschusses, am 23. Oktober 1925 nach Lyck kam, um mit dem Vorstand des Theatervereins, Mitgliedern des Magistrats und Vertretern der Theaterangestellten die Lage zu erörtern²⁹.

Als Ergebnis der Reise hielt Dr. Herbst fest: Die Voraussetzungen, die von der Preußischen Landesbühne an die Unterstützungswürdigkeit eines örtlichen Theaterunternehmens gestellt werden, müssen durchaus als erfüllt betrachtet werden. Die Gemeinnützigkeit liegt vor, und es ist zu hoffen, daß sie auch formell vom Herrn Minister anerkannt werden wird. Der Charakter des Theaters als Kulturtheater erscheint gesichert. Der Etat ist eingehend geprüft worden, und es gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Dr. Herbst befürwortete die Gewährung der Beihilfe. So schrieb er am 24. November. Am 2. Dezember teilte er der Landesbühne mit, daß der Lycker Theaterverein genötigt sei, in Konkurs zu gehen, wenn nicht die zugesagte staatliche Hilfe bald eintreffe³⁰. Zwei Tage später erhielt Dr. Tschakert 2.000,— Mark unter der Bedingung, daß die Stadt die gleiche Summe dem Theaterverein gebe. Am 14. Dezember meldete die Lycker Zeitung, daß die Volksbühne Lyck in Liquidation sei und die Belegschaft die Vorstellungen auf genossenschaftlicher Basis weiterführe. Bis Ende Januar konnten die Gagen noch ausgezahlt werden, dann blieben nur noch die Tageseinnahmen und die Arbeitslosenhilfe. Einige gut besuchte Gastspiele der Komischen Oper Königsberg mögen dazu beigetragen haben, daß Reste des Ensembles bis in den April hinein zusammenblieben. Am 29. 4. 1926 teilte der Regierungspräsident dem Oberpräsidium mit: „Die Schauspieltruppe hat Lyck seit einiger Zeit verlassen“³¹.

Die Frage nach der Ursache des Zusammenbruchs des Theaterunternehmens wurde in Lyck mit dem Ausbleiben des zugesagten staatlichen Zuschusses von 3.000 Mark

²⁹ Die Dienstreise des Dr. Herbst geschah im Auftrag der Preußischen Landesbühne Berlin. Der ausführliche Bericht vom 24. 11. 1925 in Rep. 2, Nr. 2345-1, Bl. 369.

³⁰ Das Schreiben an die Landesbühne wurde „Durch Eilboten“ expediert.

³¹ Rep. 2, Nr. 2345-2, Bl. 76.

und der immer noch nicht erklärten Gemeinnützigkeit begründet, aber auch mit dem mangelnden Verantwortungsgefühl der Lycker, die ihr Versprechen, 19.000 Theaterplätze zu erwerben, nicht gehalten hatten. Von seiten der Behörde, vor allem der Regierung in Allenstein, lag es an der Unklarheit und Ungenauigkeit der Eingaben des Theatervereins, wodurch Rückfragen notwendig wurden, die deren Bearbeitung verzögerten und die Erklärung der Gemeinnützigkeit verhinderten. Diesmal bedauerten beide Seiten das Scheitern des Lycker Theaterplans.

Über die künstlerischen Leistungen des Lycker Theaters würde man nichts erfahren, wenn nicht der Zufall seine Rolle gespielt hätte. Direktor Hellmann hatte nur ein kleines Ensemble zusammengestellt, etwa 20 Personen, mit denen er das gute Schauspiel und die gute Operette pflegen wollte. Er hatte allerdings weder eigene Chormitglieder noch ein Orchester. Diese Kräfte mußten von Fall zu Fall engagiert werden. Weil Dr. Herbst mit Dr. Jessner die Lycker Theaterverhältnisse an Ort und Stelle kennenlernen wollte, sind ein ihm zugeschickter Spielplan für die Zeit vom 18. bis 29. November und das Programmheft „Blätter der Volksbühne Lyck E.V.“ mit der Besetzungsliste für das am Besuchstage gespielte Stück „Der Pfarrer von Kirchfeld“ von Ludwig Anzengruber erhalten geblieben. Zusammen mit der Theateranzeige im Deutschen Bühnen-Jahrbuch für 1926 kann man nun bei dem 16-Personen-Stück einen Blick fast auf das ganze Ensemble tun³².

Spielplan

- 18. November: „Gefängnis“, Drama in 3 Aufzügen von Joseph M. Velter
- 20. November: „Meiseken“, Lustspiel von Hans-Alfred Kihn
- 22. November: „Der Pfarrer von Kirchfeld“, Volksstück von Ludwig Anzengruber
- 23. November: „Das Mädels vom Rhein“, Operette in 3 Akten von Hartmann
- 25. November: „Im Forsthaus“, Schauspiel von Richard Skowronnek
- 27. November: „Meiseken“ wie am 20. November
- 29. November: nachm.: „Im Forsthaus“ wie am 25. November
abends: „Dolly“, Operette von Hugo Hirsch

„Der Pfarrer von Kirchfeld“ – Personen:

Graf Peter von Finsterberg	Helmut Knoch
Lux, Revierförster	Eberhard Beerstecher
Hell, Pfarrer von Kirchberg	Herbert Schimkat
Brigitte, seine Haushälterin	Maria Genell
Vetter, Pfarrer von St. Jakob	Hans Pust
Anna Birkmeier, ein Dirndl aus St. Jacob	Maria Löschke
Michel Berndorfer	Werner Pilati
Talmüller Loisl	Julius de Nolte
Der Schulmeister von Alt-Ötting	Rolf Bartholzer
Der Wirt aus der Wegscheid	Curt Heide

³² Der Spielplan, Rep. 2, Nr. 2345-1, Bl. 359; das Programmheft, Rep. 2, Nr. 2345-2, Bl. 360.

Sein Weib
Beider Sohn
Der Wurzelsepp
Spielleitung
Inspektion

Elsa Lumma
Paula Carsen
Georg Päsel
Georg Püsch
Julius de Nolte

Das Anzengrubersche Volksstück hat eine dramatische Handlung und gibt den Spielern gute Möglichkeiten, sich „auszuspielen“. Dr. Fritz Jessner urteilte über die Aufführung kurz und knapp: „Die Vorstellung bewegt sich auf einer anerkanntwertigen Höhe. Der Theatersaal ist für eine Provinzstadt sehr gut eingerichtet, desgleichen die Bühne“³³.

Direktor Bellmann dürfte dieses Urteil eines anerkannten Fachmannes als ein Lob für seine Arbeit empfunden haben und als Wiedergutmachung für die Anfeindungen, denen er seit 1924 ausgesetzt gewesen war. Für den Theaterverein war es ein Hoffnungsschimmer, daß man ihm nun endlich die Gemeinnützigkeit bescheinigen würde, die er am 12. September beantragt hatte. Doch nun, nach dem Konkurs am 11. Dezember, konnte Dr. Herbst ihm nur mitteilen, daß die Weiterverfolgung keine Aussicht auf Erfolg biete. Er glaubte daher, ihm nahelegen zu sollen, daß der Theaterverein einen engen Anschluß an das Südostpreußische Landestheater in Allenstein suche, um – vielleicht als dessen Filiale in Lyck – weiter tätig zu sein³⁴. Er, der sich in jahrelanger Tätigkeit so stark für die Förderung des Theaterlebens in der Provinz einsetzte, mußte im Fall Lyck gestehen, daß er bedauere, daß eine mit viel Liebe und Eifer geleistete Arbeit vergeblich gewesen sein sollte, und fuhr fort: „Dies würde nicht nur einen Verlust an kultureller Arbeit bedeuten, sondern auch mit einem Prestigeverlust der Staatsbehörde verbunden sein, der insbesondere von der sehr regen polnischen Propaganda im südlichen Ostpreußen mit Behagen ausgenutzt werden würde“³⁵.

Die Stadt Lyck war nach dem Weggang der letzten Mitglieder des Ensembles wieder, was sie vor 1922 gewesen war: eine der vielen „theaterlosen“ Kleinstädte. Dabei war Lyck eigentlich keine Kleinstadt, sondern eher eine Mittelstadt, der es nicht gelungen war, einen Mittelweg zwischen dem Besitz einer eigenen Bühne und dem Anschluß an ein größeres Theaterunternehmen zu finden. Dr. Herbst und andere Wohlmeinende, darunter auch Max Worgitzki, der Organisator des Südostpreußischen Landestheaters, schlugen der Lycker Theatergemeinde diesen Weg, der der Stadt „das Gesicht gewahrt“ und eine ortsgebundene Theatergruppe erhalten hätte, vor. Der realistische Vorschlag wurde jedoch abgelehnt. Daher fehlt der Name Lyck auch in der Liste der „bespielten“ Städte, die der Landesbühnenausschuß herausgab³⁶. Wie sich die Stadt in den weiteren Jahren verhalten hat, läßt sich aus den Akten nicht feststellen. Sie hat sich anscheinend mit Gastspielen zufriedengegeben und sich erst 1934 dem Südostpreußischen Landestheater angeschlossen.

³³ Rep. 2, Nr. 2345-1, Bl. 370.

³⁴ Rep. 2, Nr. 2345-2, Bl. 26.

³⁵ Rep. 2, Nr. 2345-1, Bl. 373. Dr. Herbst an die Preußische Landesbühne am 2. 12. 1925.

³⁶ Rep. 2, Nr. 2361, Jahresberichte des Landesbühnenausschusses, Bl. 10.

Pyck (Ostpr.), Deutsches Theater.Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H.
(Fernspr.: 3.)

(18 000 Einw. Das Th. faßt 700 Pers. Spielzeit: 1. Sept. 1923 bis 1. Mai 1924.)

Eigentümer. Stadtrat Dr. Max Dittrich.**Verwaltungsbehörden.** Stadtrat Max Dittrich, Bruno Bellmann
(M. d. D. B. V.), u. Gewerkschaftsvors. August Schlisio**Geschäftsführer.** Max Sieber u. Dr. Bruno Bellmann, führt die gef.
Oberspiel.Doppelvorstellungen und Abstecher finden statt. Historische Kostüme werden
geliefert.**Schauspiel- und Musik-Vorstände.** Ernst Epstein, Spiell. d. Tr., Sch.
u. V. Franz Gummelt u. Josef Schüb, Spiell. d. B. u. Optie. Leo Simon-
sohn, I. Kaplm. u. jugl. Dirig. d. Sinfonieorch., Willy Genster u. Herber Kleps,
II. Kaplm. Emil Köhne, Konzertm. Alice Kusche, Harfe.**Bureau, Inspektion und Kasse.** Max Sieber, Bureauch. Alfred
Ljungberg, Inspiz. Ernst Carl, Souffl. d. Sch. Frieda Ljungberg, Souffl. d. Op.
Gertrud Warba, Kass. Fritz Philipp, Kassel. Paul Stresny, Thdien. Clemens
Nothe, Orchdien.

Theaterarzt: Dr. Grinun.

Darstellende Mitglieder.**Schauspiel.** Herren: Georg Born, Ernst Epstein (Spiell.), Walter Kündel,
Max Köhler, Leo Marenski, Hans Schönfeldt, Carl Valentin, Hans Wed.
Damen: Frieda Wivstus, Miny Duon, Magda Ott, Friedl Simonsohn,
Ellen de Baal.**Oper.** Herren: Max Barde, Carl Kumbier, Bernd Benz, Herm. Meyer-
Falkow, Erich Schmidt, Paul Strauch.Damen: Hilda Barby, Emma Friedrichs, Hedwig Gera, Doris Johansen,
Grell Langfeldt, Ilse Plath, Irma Reisch, Marta Schäfer.**Operette.** Herren: Curt Wivstus, Franz Gummelt u. Josef Schüb (Spiell.).
Damen: Käthe Erfurth, Margit Meinan, Joh. Schady, Joh. Schüb.

Charl. Strempele, Elli Wulff.

Chorpersonal. 8 Herren, 8 Damen.**Orchester.** 24 Mitglieder. (Bei großen Opern Verstärkung.)**Technisches Personal.** Franz Niha, Maschin., Thmsr. u. Delmal, m. 5 Geh.
Willy Lüdke, Vel.-Inspekt. m. 2 Geh. Fritz Chittl, Obergard. m. 3 Geh. Anna Schöbb,
Gard. Otto Greifuer, Fris. m. 2 Geh. Rob. Behr, Requis. m. 1 Geh. Gustav Gro-
gowala, Tischler.**Neuheiten.** Versteigert. Farmer Mädchen. Puppe. Färscherkrift. Prinzessin vom
Nil. Grigi. Glanzling der Barin. Nachbarin des Königs. Kaiserin die Tänzerin. Madame
Butterfly. Konzert. Schneeweischen u. Rosenrot. Pottsch u. Perlmutter. Dyerpostils
Erden.**Zeitungen.** Dyer Zeitung.**Lokale.** Luisencafé. Restaurant-Diele.**Hotels.** Bahnhofshotel. Hotel Kronprinz. Königl. Hof. Vittoria Hotel.**Genossenschafts-Wittellungen.** Ortsauschuß: Curt Wivstus, Obm. Rudy
von Walden, Schriftf. Ernst Carl, Kass.

aus: Deutsches Bühnen-Jahrbuch, 35. Jg. 1924, Berlin 1924

**Hans Bernhard von Grünberg, letzter Rektor
der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. 1937–1945**

Biographische Notizen über sein Leben

von Friedrich Richter

Unsere Albertus-Universität zu Königsberg/Pr., im Januar 1945 untergegangen, wäre in diesem Jahr 450 Jahre alt geworden, ein Anlaß, sich erneut mit ihrer Geschichte zu befassen. Auch an der heute russischen Universität Kaliningrad beginnt man, nach der Geschichte der Albertus-Universität zu fragen, nach der Institution, den jeweils leitenden Persönlichkeiten und ihrem Zusammenspiel im Dienste an der Institution, und ihrer Ausstrahlung. Letzter Rektor war von 1937 bis 1945 der Nationalökonom Hans Bernhard von Grünberg. Die nachfolgenden biographischen Notizen, auf leider nur partiell überlieferten Quellen und einem Einblick in verschiedene Nachlässe¹ beruhend, mögen seinen Weg in der damaligen Zeit beleuchten, ohne aufgrund des nur sporadisch Überlieferten dem Anspruch auf eine umfassende Biographie gerecht werden zu können.

Hans Bernhard von Grünberg (vG) wurde 1903 als zweites von sechs Kindern des Landwirts K. Friedrich von Grünberg und seiner Frau Emilie geb. von Pritwitz und Gaffron auf dem Gut Pritzgim im Kreis Rummelsburg, Hinterpommern, geboren. Die Grünbergs stammten aus neumärkischem Uradel. Auf dem Lande aufgewachsen, wurde ab 1911 das humanistische Gymnasium zu Kolberg besucht. In diese Zeit fielen der 1. Weltkrieg, der Zusammenbruch des Kaiserreiches, der Versailler Vertrag mit der erzwungenen Abtretung der nahen Provinzen Westpreußen und Posen. Familie und Schule waren von der Not der Nation erfaßt, besorgt um den Erhalt des weiteren deutschen Ostens und des Baltikums. Die junge deutsche Demokratie suchte indessen ihren neuen eigenen Weg.

Das Studium der wirtschaftlichen Staatswissenschaften 1922–1924 in Heidelberg – man war Korpsstudent, national-deutsch orientiert – wurde 1924–1928 an der Albertus-Universität zu Königsberg fortgesetzt, von landwirtschaftlichen Praktiken unterbrochen. vG ging den durch Versailles aufgeworfenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen nach und begann, im seit 1916 wirkenden Institut für Ostdeutsche Wirtschaft (IOW) mitzuarbeiten, dabei mit volkswirtschaftlichen Theorien, soziologi-

¹ Zu den hier benutzten Nachlässen und ähnlichen Quellen gehören

- Teile des Nachlasses des Kurators Dr. h.c. Hoffmann, inzwischen dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin zugeführt,
- Teile des Nachlasses von Prof. Dr. Carl Jantke, inzwischen dem Geheimen Staatsarchiv zugeführt,
- Nachlaß des Professors Dr. H. B. v. Grünberg, im Privatarchiv des Sohnes Bernhard von Grünberg, Bonn; Teile auch im Archiv des Herder-Instituts, Marburg, Best. 92,
- Privatarchiv des Autors Dr. F. Richter, das mit Teilen schon im Herderarchiv in Marburg archiviert ist.

schen Strukturvorstellungen befaßt, besonders von den Gebildetheorien Gottl-Ott-Lilienfelds beeindruckt. Er wurde Diplom-Volkswirt, 1928 (magna cum laude) Dr. rer. pol. mit einer Arbeit bei Prof. Teschemacher „Zur Theorie der Landarbeitskrise“, nicht nur die Landflucht, sondern die Krise aller Formen der ländlichen Arbeit analysierend. Politisch war er auf der Suche nach einem starken Staat und der Überwindung des Klassenkampfes.

1929 wurde vG wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer in Berlin unter Graf Baudissin, welcher zugleich Vorstandsmitglied in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung war. vG war zugleich Referent für Sozialpolitik des Deutschen Landwirtschaftsrates. Politisch registrierte er die hohe Arbeitslosigkeit einerseits, die Ausbreitung des Kommunismus andererseits, ohne in konservativen Kreisen oder der Mitte oder links eine erfolgversprechende Politik zu erkennen. Ab 1931 wurde er Schriftleiter in der Preußischen Zeitung in Königsberg, Mitglied der NSDAP, mit einer gewissen Sympathie für Gregor Strasser. Zugleich nahm er erneut wissenschaftliche Verbindung zum IOW auf und begann in Anknüpfung an die Problematik der Dissertation und Batocki-Schacks Industrialisierungsvorschläge von 1929² die Suche nach einem Aufbaukonzept für Ostpreußen, nach den bis dato nicht sehr gelungenen Versuchen und Einsätzen der Weimarer Regierungen, mit der Osthilfe im weitesten Sinne die ostdeutsche Landwirtschaft zu sanieren. Zusammen mit Dr. Bethke, dem späteren Vizepräsidenten in der ostpreußischen Landwirtschaftskammer, veröffentlichte er in Berlin 1932 ein wirtschaftspolitisches Programm „Entschuldigung und Neubau der deutschen Wirtschaft“ und wirkte in einem inoffiziellen Beraterkreis zur Entwicklung eines wirtschaftlichen Ostpreußenprogramms mit, mit dem Ziele, auch mit stärkerer Industrialisierung die Landflucht und Abwanderung durch Schaffung neuer naher gewerblicher Arbeitsplätze aufzuhalten. Es waren Programmideen für einen „Ostpreußenplan“, den der Gauleiter der NSDAP in Ostpreußen Erich Koch im Juli 1933, soeben neu ernannter Oberpräsident, dem Reichskanzler Hitler vorstellte. Hitler und die neue Reichsregierung waren den Plan zu fördern gewillt.

vG wird 1933 kommissarisch als Direktor des IOW eingesetzt, mit Lehrauftrag für ostpreußische Wirtschaftspolitik, zugleich bis Ende 1936 Leiter der neugegründeten Landesplanungsstelle beim Oberpräsidium und Leiter des Gauheimstättenamtes der NSDAP. 1934 erhält er eine Professur für Wirtschaftswissenschaften. Die Landesplanungsstelle bringt vG's Konzept und unter Zuarbeit des IOW den Industrialisierungsplan in Bewegung. Die Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen/Württemberg der Universität Tübingen (unter Leitung von Dr. Preiser) und der Universität Königsberg (unter Leitung von vG) analysiert die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur württembergischer und ostpreußischer Landkreise, um aus dem württembergischen gemischt-gewerblichen Vorbild Lehren für die Gewerbeförderung in Ostpreußen zu ziehen. 1935 wird ein neues Universitätsinstitut für Planungswissenschaft und -technik gegründet, auch

unter vG. 1937 wird die Landesplanung einerseits in eine Landesplanungsgemeinschaft, deren stellvertretender Vorsitzender vG wird, andererseits in ein vom Reichswirtschaftsministerium finanziertes Landesgewerbeamt Ostpreußen unter Heinrich Fromm aufgeteilt. vG bleibt Direktor des IOW bzw. zeitweilig eines interimistischen Ostpreußeninstituts, bis 1945. Mehr über das Konzept des „Vaters des Ostpreußenplanes“, die Organisation, die ersten Ergebnisse der Gewerbeförderung ist aus zahlreichen Veröffentlichungen vG's in dieser Zeit ablesbar, maßgebend davon sind für die Provinzentwicklung, die Agrar- und Siedlungspolitik die folgenden:

- Die Hauptgrundsätze des Ostpreußenplans (in: Das nationalsozialistische Ostpreußen), 26 S., Königsberg 1934;
- Das neue Ostpreußen. Rechenschaft über den Aufbau der Provinz (Schriften des Ostpreußeninstituts Nr. 1 [vG Hrsg.]), 317 S., Königsberg 1938;
- Hauptgrundsätze der Siedlungspolitik, 160 S., Berlin 1940;
- Die regionale Frage, 19 S., Berlin 1944.

Mehr als 20 Jahre später vom Bundesarchiv aufgefordert, zu dessen Dokumentation „Politik und Verwaltung in den deutschen Reichsgebieten östlich der Oder und Neiße“ beizutragen, lieferte er drei Beiträge über Wirtschaft und Planung in Ostpreußen in den 30er Jahren:

- BA Ostdok 10/4: Gesichtspunkte und Erfolge des Aufbaus der Provinz Ostpreußen 1933–38, speziell über Arbeitseinsatz, Wohnungs- und Siedlungsbau, Autobahn- und Straßenwesen, Raumordnung, Industrie und Gewerbe, 1959.
- BA Ostdok 10/88: Landesplanung, Gewerbeförderung, Siedlungspolitik. 1959.
- BA Ostdok 10/89: Die Entstehung der Planung und Raumordnung in Ostpreußen. 1959.

Während im oben erwähnten Rechenschaftsbericht von 1938 vier Jahre nach Beginn der praktischen Arbeit und im vollen Laufen des Ostpreußenplanes berichtet wird, ist das Dokument Ostdok 10/4 eine retrospektive Gesamtschau des seinerzeit einflußreich die Konzeption Tragenden.

Natürlich kann hier der Inhalt der damals Ostpreußen gewidmeteten Wirtschaftspolitik und deren Ergebnis nicht intensiver wiedergegeben und beurteilt werden. vG's zeitweiliger Mitarbeiter als Oberassistent und stellvertretender Leiter der Landesplanung bis 1935 und späterer Ostpreußenreferent im Reichswirtschaftsministerium Dr. Fremerey berichtete in den 60er Jahren in BA Ostdok 10/341 in ausführlichen Erinnerungsnotizen über die gewerbliche Aufbauarbeit³.

vG's Lehrprogramm und seine pädagogischen Bemühungen umfaßten nicht nur die Ostpreußen- und Planungsproblematik, sondern von 1933 bis 1945 auch die gesamten

³ Eine Dokumentation der Vorgeschichte der Industrialisierungspläne ab 1920, ihrer Durchführung in Ostpreußen und ihrer Einordnung in die Zeitgeschichte siehe in: Friedrich Richter, Industriepolitik im agrarischen Osten. Ein Beitrag zur Geschichte Ostpreußens zwischen den Weltkriegen. 325 S., Wiesbaden 1983. Einen detaillierten Bericht speziell über das Landesgewerbeamt Ostpreußen mit Informationen auch über vG gibt Heinrich Fromm in BA-Ost dok 10/87: „Erinnerungsbericht über die Gewerbeförderung“.

² v. Batocki u. Schack: Bevölkerung und Wirtschaft Ostpreußens, 176 S., Jena 1929.

wirtschaftlichen Staatswissenschaften. Daneben ging vG eigenen wirtschaftstheoretischen und soziologischen Studien nach, veröffentlichte 1937 eine auch begrifflich nicht leicht erfassbare Konzeption „Wirtschaft und Kultur. Elemente einer rassen- und wilensgebundenen Wirtschaftslehre“, 157 S., Berlin 1937, in der Analyse und Lehre ziemlich distanziert von der klassischen Nationalökonomie einerseits, dem Marxismus-Leninismus andererseits. Man spürt den Einfluß von Gedanken Schopenhauers und vor allem Nietzsches.

1937 wurde vG vom Senat zum Rektor gewählt, nachdem andere Kandidaturen gescheitert waren. Er hat sich, mehr zur Wissenschaft strebend, offenbar nicht danach gedrängt. Zugleich war er Gaudozentenbundsführer. Leider gibt es noch keine umfassende Geschichte der Albertus-Universität in den 30er und 40er Jahren und speziell in der Zeit seines Rektorats⁴. Zu viele Akten sind mit dem Untergang Ostpreußens 1945 untergegangen⁵.

vG's erklärtes Ziel war es jedenfalls, der Universität die Unabhängigkeit und Freiheit der Wissenschaft zu bewahren, gegen alle Eingriffsversuche von lokaler oder zentraler oder auch parteipolitischer Seite. Das gilt auch für vielerlei in Nachlässen belegte Berufungsfälle. Er verhinderte den Übergang zum Führerprinzip in der Hierarchie der Universität, weil „eine auf dem Prinzip wissenschaftlicher Sachkunde, Befähigung und Kollegialität wirkende körperschaftliche Selbstverwaltung bleiben müsse“⁶.

⁴ Götz v. Selle hat in seiner umfassenden Arbeit über die Gesamtgeschichte der Universität Königsberg von 1544 bis zum Untergang die allerletzte Phase nur sehr kurz behandelt, insbesondere auch das 400-Jahr-Jubiläum 1944. Erste Auflage Königsberg 1944, 2. Aufl. Würzburg 1956. – Beispielhaft für eine umfassende Darstellung einer deutschen Universitätsentwicklung speziell in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts und insbesondere 1933–1945 die Arbeit von Notker Hammerstein: Die Johann Wolfgang Goethe Universität zu Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule, Band 1, 1914–1950, Stuttgart 1989.

⁵ Es gibt zu der allerletzten Phase von 400 Jahren Universitätsgeschichte u. a. zwei Teilberichte mit ausführlicher Dokumentation in Friedrich Richter: 450 Jahre Albertus-Universität zu Königsberg, 210 S., Wiesbaden 1994: 1. Die 400-Jahrfeier im Juli 1944. 2. Die Wirtschaftlichen Staatswissenschaften und das Institut für Ostdeutsche Wirtschaft 1900–1945. Auch hat inzwischen Gerd Brausch in den „Ostdeutschen Gedenktagen 1994“, Bonn 1993, auf 4 Seiten mit Quellenangaben zusammenfassend über das seinerzeitige Universitätsjubiläum berichtet.

⁶ Quelle: Rundbrief der Gemeinnützigen Gesellschaft Albertinum v. 30. 6. 1975. Dort vG: „Zur 100. Wiederkehr des Geburtstages des Kurators Dr. h. c. Hoffmann“, mit einem ganzen Kapitel über die Universitätsverfassung und speziell: „Mit dem obligaten Führerprinzip hatten wir unsere Schwierigkeiten. Leider war die praktische preußische Universitätsverfassung nicht in allen Ländern eingeführt. Auf fast jeder Rektorenkonferenz, an der ich teilnahm, machen besonders die erst kürzlich Berufenen geltend, daß sie wie in süddeutschen Ländern einem unter ihnen stehenden Kanzler die Staatsangelegenheiten anvertraut wissen wollten, denn sie seien ja schließlich die ‚Führer der Universität‘. Meine Einwendungen, daß weder der Kurator noch ich uns als solche fühlten, sondern daß die preußische Verfassung der Universität eben deshalb gut sei, weil sie die akademische Selbstverwaltung nötige, sich auf ehrenamtliche Bewahrung der Kollegialität zu beschränken, die Staatsverwaltung aber nötige, sich mit den Kollegen, also dem Senat und den Fakultäten auseinanderzusetzen, statt mit einzelnen ‚befreundeten‘ Instituts- und Klinikleitern einer ‚Ordinarienwirtschaft‘ Vorschub zu leisten, stieß keineswegs auf ungeteilte Zustimmung“. – Prof. Weippert schrieb am 19. 6. 1950: „Man kann uneingeschränkt

Wer immer sich an die Aufgabe einer umfassenden Darstellung der letzten Phase der Universität heranwagt, der wird auch der Frage nachgehen müssen, wieweit die den politischen Monopolanspruch stellende NSDAP oder die Ministerialbürokratie die Entwicklung dieser Universität beeinflusst hat, ja sie durchdrungen hat, oder wieweit es den maßgebenden Persönlichkeiten in der Universität gelang, die Unabhängigkeit und Freiheit der Wissenschaft zu bewahren⁷.

Einige besondere Ereignisse, die auf vG's Initiative zurückgingen oder die er maßgeblich mitgestaltete, waren:

- Wiederbelebung des von A. E. Toepfer 1931 gestifteten Kopernikus-Preises mit universitätsautonom, von Berlin unabhängiger Auswahl der zu Ehrenden,
- Abschaffung der Feiern zum 30. Januar zugunsten von jährlichen Kantfeiern,
- öffentliche Vortragsreihe namhafter auswärtiger Gelehrter,
- universitätseigene Ehrung nicht zur Universität gehöriger Gelehrter in der Provinz Ostpreußen,
- fakultätsübergreifende Suche nach einem mehr zusammenhängenden Gesamtbild der Wissenschaften.

vG wurde im Kriege zwischenzeitlich zum Reichskommissariat Ukraine in Rowno abgeordnet, um dort eine Abteilung in Siedlungsfragen zu leiten. Als er mit bevorstehenden Judenerschießungen konfrontiert wurde, erklärte er die Unvereinbarkeit solcher Maßnahmen mit seinen Anschauungen, legte sein Amt nieder und kehrte nach Königsberg auf den Lehrstuhl zurück; seine Sekretärin bewog er zum gleichen Schritt⁸.

Als das 400jährige Jubiläum der Universität 1944 herannahte, waren Rektor, Senat und Kurator einig, das Ereignis im fünften Kriegsjahr zwar zu würdigen, aber in maßvoller Zurückhaltung. Berlin bestand stattdessen auf einer markanten und breiten Herausstellung des Jubiläums im Juli 1944. Über dessen Vorgeschichte im einzelnen und den Verlauf der 400-Jahrfeier gibt es inzwischen aufgrund von Recherchen nach noch verfügbaren Unterlagen eine umfangreiche Dokumentation⁹.

vG eröffnete die Veranstaltungsreihe mit einem Leitaufsatz in der Preußischen Zeitung vom 6. 7. über „Erbe und Verpflichtung der Albertus-Universität“, sowie mit der Akademischen Festrede im Festakt vom 8. 7. über „Mensch und Wirtschaft“, dort gedanklich anknüpfend an seine eigenständige Konzeption von Wirtschaft und Kultur von 1937.

sagen, daß der Gaustudentenbundsführer von Grünberg im Dienste des Rektors von Grünberg und daher im Dienste der Wissenschaftler und der Wissenschaft stand.“ (Privatarchiv B. von Grünberg).

⁷ Die enge Zusammenarbeit zwischen Senat, Rektor, Kurator und Rechtsrat hat offenbar zur Bewahrung der Unabhängigkeit beigetragen.

⁸ Zeugnisse des Universitätsrechtsrats Dr. Schiemann v. 26. 5. 1950, Prof. Dr. Krauspes v. 30. 5. 1950 und der Sekretärin des Rektors Frau Schimmelpfennig, sämtlich in den Nachlässen im Privatarchiv Bernhard von Grünberg, Frau Schimmelpfennigs auch im Privatarchiv des Autors (Juni 1978).

⁹ Siehe die oben Anm. 5 zitierte Arbeit Richters.

Nicht ganz zwei Wochen nach den Feiern vom 7./8. 7. 1944 war der 20. Juli. Sechs Wochen nach dem Jubiläum wurde die Innenstadt und die Universität durch britische Bomber weitgehend zerstört, am 28. Januar 1945 unmittelbar vor der Einschließung durch die Sowjets geschlossen. vG selbst nahm danach noch, wie schon im Polenfeldzug, als Soldat an den Kämpfen gegen die Sowjets in Ostpommern teil und geriet schließlich in der Sowjetunion bis 1950 in Gefangenschaft.

vG hat sich in sehr viel späteren Jahren und Jahrzehnten in vielerlei internen Studien noch einmal mit seiner Rektoratszeit befaßt, aber nicht in Form eines einzigen umfassenden Berichts, jedoch mit Würdigungen des in seiner Rektoratszeit gleichzeitig wirkenden Kurators Dr. h. c. Hoffmann und des Universitätsrechtsrats Dr. Carl Schiemann¹⁰. Die offenbar gute Zusammenarbeit mit diesen spiegelt sich auch in Zeugnissen der Genannten über vG aus den 50er Jahren wider.

vG war in sowjetischer Gefangenschaft zumeist im lettisch-weißrussischen Gebiet und wurde 1949 im Lager mit fünf anderen Gefangenen, Ärzten, vor ein Kriegsgericht gestellt. Man unterstellte ihm und den anderen aufgrund einer verleumderischen Denunziation, in einem Philosophenlehrgang in verschwörerischer Absicht Ideologien erörtert zu haben, die dem Marxismus-Leninismus feindlich seien. Die namentlich bekannten Leidensgenossen hatten sich in für Mitgefangene nicht verschlossenen Vorträgen mit dem Inhalt der Philosophie von Sophokles, Plato, Aristoteles u. a. befaßt. Das Urteil lautete zumeist auf 10 Jahre, für vG auf 8 Jahre Arbeits- und Besserungslager. 14 Monate Sonderhaft im Rigaer Zentralgefängnis folgten. Der Bericht Beteiligten sowie vG's ausführlicher retrospektiver Bericht über das Verfahren und die damit verbundene geisteswissenschaftliche Auseinandersetzung, aber auch über die entsetzlichen Begleiterscheinungen vor, während und nach dem Prozeß sind veröffentlichungswürdig.

Trotz des hohen Strafmaßes wurde vG 1950 überraschend entlassen und fand im April zu seiner mit fünf Kindern mittellos aus Ostdeutschland geflüchteten Familie im Weserbergland zurück. Im Dezember 1950 erfolgten die Entnazifizierung und Einstufung als Mitläufer, auch wohl im Blick auf ihn hervorragend beurteilende Zeugnisse von zwölf Professoren und Zeitzeugen. Er wurde in das Gesetz 131 einbezogen, jedoch ohne neue Berufung auf einen Lehrstuhl.

Danach widmete vG seine Kraft neben der Fürsorge für die Familie vier Aufgaben:

- auf Bitten von Arnold Bergsträsser, damals Universität Chicago, der retrospektiven Aufzeichnung über seinen Weg, seine konkreten Ostpreußenarbeiten, seine Rektoratszeit und seine Gefangenschaft, mit dem Ziele der Veröffentlichung in den USA anfangs der 50er Jahre;
- der Lehre in Philosophie, Geschichte und Geographie an einer privaten Oberschule;
- der Ausarbeitung umfangreicher nicht mehr veröffentlichter Manuskripte über 1. „Die Ordnung des Reiches“, auf der historischen Entwicklung aufbauend und mit

¹⁰ „Dr. Carl Schiemann zum Gedächtnis, anlässlich der 90. Wiederkehr seines Geburtstages 1969“ in: Rundbrief der Gemeinnützigen Gesellschaft Albertinum 1970. – „Universitätskurator Friedrich Hoffmann, zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages 1975“, s. o. Anm. 6.

eigenen Zukunftsvorstellungen (auch im Herder-Archiv Marburg, Best. 92), 2. „Die Lehre vom Wirtschaftsleben“ (zugleich als Lehrbuch für Volkswirtschaft Studierende), 3. „Das Ende des Jahrhunderts“, sein Blick auf die geistige Situation am Beginn des letzten Drittels des Jahrhunderts, wie sie ihm erschien, und zugleich ein Rückblick auf die Albertus-Universität, 1967, 4. „Philosophie“, auch eine Befassung mit Friedrich Nietzsche (auch im Herder-Archiv Marburg, Best. 92), 5. „Der Mensch in Staat und Wirtschaft“;

– im politischen Raum mit fünf kleineren, veröffentlichten Arbeiten über Vergangenheit, Staat und Wirtschaft und unsere, ihm denkbare neue Position in Europa; darin heißt es zu seinen politischen Zielen: „Aufbau einer nationalen Volksbewegung mit dem Ziele der Wiederbegründung eines Deutschen Reiches, das gemeinsam mit den schon neutralen europäischen Staaten Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich den neutralen Gürtel in der Welt verstärkt, aus den Militärpakten des Ostens und Westens ausscheidet.“ ... „Wiederaufbau eines von Geschäftsinteressen unabhängigen, von Gemeinsinn und der Vaterlandsliebe seiner Bürger getragenen Staates“¹¹. vG war damit auf der Suche nach einer neuen, zwar verfassungstreuen, aber aus seiner Sicht konservativeren Bewegung, die er zeitweilig bei der Deutschen Reichspartei und später der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands zu finden hoffte, aber offenbar nicht definitiv fand; im Dissens in rebus politicis schied er von manchen seiner ihm Näherstehenden.

vG starb 1975. Eine Liste aller seiner Veröffentlichungen und auch der unveröffentlichten Arbeiten, sowie diese dem Autor bekannt wurden, befindet sich im Privatarchiv des Autors.

Soweit unsere biographischen Notizen über den letzten Rektor der Albertus-Universität, die keinen Anspruch erheben können, Biographie im umfassenden Sinne zu sein¹².

Carl Jantke, vG's zeitweiliger Assistent in Königsberg und später Ordinarius in Hamburg, faßte eine subtile, differenzierende Betrachtung der Persönlichkeit vG's und insbesondere ihrer Haltung in Berufungsfragen, die Universität von unwissenschaftlichen Einflüssen freihalten wollend, dahin zusammen, „vG habe in seinem Amt zahlreichen Kollegen, insbesondere wenn sie neu nach Königsberg kamen, Mut gemacht, ihre Aufgabe ungeteilt und in freier Verantwortung wahrzunehmen; er hatte Achtung und aufrichtigen Respekt vor jeder wissenschaftlichen Leistung von Rang“¹³.

¹¹ In seinem Nachlaß eine eigene Kurzbiographie vG's.

¹² Einiges über vG auch in: Klaus von der Groeben, „Das Land Ostpreußen“, 350 S., Kiel 1993, sowie in zahlreichen Stellungnahmen von Kollegen 1950–1970, im persönlichen Nachlaß.

¹³ Carl Jantke, in: Rundbrief der Gemeinnützigen Gesellschaft Albertinum, Göttingen 30. 6. 1975.

(Zur Person Carl Jantke siehe den Beitrag zur Altpreuß. Biographie: Jantke, Carl * Elbing 1909, † 1989 [im Erscheinen]; „Der 4. Stand. Die gestalteten Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jhd.“, Freiburg und Hamburg 1955; Dietrich Hilger, „Carl Jantke, dem Lehrer, dem Forscher, dem Freund zum 70. Geburtstag“, in: Festbuch für Carl Jantke, Hamburger Jahrbuch Band 24, 1978).

Und ein anderer Zeitzeuge schrieb: „Er war kein Parteimann, der die Interessen der Partei in der Universität durchzusetzen sich bemühte, sondern gerade umgekehrt waren es die besonderen Belange der Universität gegenüber Partei und NS-Studentenbund, denen er mit Erfolg seine Tätigkeit widmete“¹⁴.

Mögen unsere biographischen Notizen auch Historiker anregen, der Geschichte der deutschen Königsberger Universität, deren Entwicklung in ihren ersten Jahrhunderten schon lange von der Geschichtsschreibung umfassend untersucht, dokumentiert und erzählt wurde, auch für ihre letzten Jahrzehnte umfassend nachzugehen und, was die geretteten Dokumente offenbaren, zu veröffentlichen! Interessante und detaillierte Teilberichte gibt es für einzelne Fachbereiche oder Institute aus berufener Feder.

¹⁴ Brief Regierungspräsident Dr. Paul Hoffmann vom 21. 11. 1967 an Frau Kurator Hoffmann, im persönlichen Nachlaß des Kurators.

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 33/1995

ISSN 0032-7972

Nr. 1

INHALT

Marian Biskup, Über die Edition der „Akten der Stände Königlich Preußens 1479–1526“, S. 1 – *Klaus Neitmann*, Ein mutmaßliches Kopiar des livländischen Deutschen Ordens aus dem späten 15. Jahrhundert im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv, S. 8 – *Klaus Bürger*, Dr. rer. nat. Hansheinrich Trunz, S. 21 – Buchbesprechungen, S. 23 – Korrektur der Redaktion, S. 32.

Über die Edition der „Akten der Stände Königlich Preußens 1479–1526“

Von Marian Biskup

Die Publikation der Ständeakten von Ordens- und Königlichem Preußen hat eine lange Geschichte. In den Jahren 1874–1886 veröffentlichte Max Toeppen auf Veranlassung des Vereins für die Geschichte Ost- und Westpreußens eine große fünfbändige Edition „Akten der Ständetage Preußens unter der Herrschaft des Deutschen Ordens (1233–1525)“, welche bis heute das Fundament für die Erforschung der sozialen, wirtschaftlichen und ständischen Probleme des Deutschordensstaates Preußen bildet. Die Aufgabe, Toeppens Werk für das Königliche Preußen seit 1466 fortzusetzen, übernahm der junge Historiker Franz Thunert, welcher seit 1887 als Oberlehrer in Danzig, dann in Löbau/Westpreußen wirkte. 1888–1896 publizierte er in Danzig in drei Lieferungen einen ersten Band von „Acten der Ständetage Preußens königlichen Antheils“, der die Jahre 1467–1479 umfaßte. Seine Edition wurde von der Forschung recht kritisch aufgenommen, vor allem von Max Perlbach. Er warf ihr zahlreiche editorische Mängel, die Beschränkung der Materialsuche auf preußische Quellen und Literatur, welche im übrigen auch nicht vollständig ausgenutzt wurden, und schließlich eine begrenzte Kenntnis der mittel- und niederdeutschen Dialekte vor. In Thunerts Werk spürte man auch keine Kenntnis der wesentlichen polnischen Quellen sowie der Namen der damals im Königlichen Preußen wirkenden Persönlichkeiten aus der Krone Polen¹. Viel-

Kommissionsverlag: Elwert'sche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 35037 Marburg (Lahn)

Manuskriptensendungen sind zu richten an:
Dr. Stefan Hartmann, Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Archivstraße 12–14, 14195 Berlin, oder
Dr. Klaus Neitmann, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, An der Orangerie 3, 14469 Potsdam

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Forschungsrates

Herstellung: Karlheinz Stahringer, 35085 Ebsdorfergrund

¹ Max Perlbach, Rezensionen der Edition Thunerts, in: *Kwartalnik Historyczny* [Historische Vierteljahrschrift], Bd. 3, Lemberg 1889, S. 537–538, und Bd. 11, Lemberg 1897, S. 605–608.